

Der
„Hugenberg=
Konzern“

Psychologie und Technik einer
Großorganisation der Presse

Von Ludwig Bernhard
ord. Professor der Staatswissenschaften a. d. Universität Berlin

Der „Hugenberg-Konzern“

Psychologie und Technik
einer Großorganisation der Presse

Von

Ludwig Bernhard

ord. Professor der Staatswissenschaften
an der Universität Berlin



Berlin
Verlag von Julius Springer
1928

**Alle Rechte, insbesondere das der Übersetzung
in fremde Sprachen, vorbehalten.**

ISBN 978-3-642-93920-4

DOI 10.1007/978-3-642-94320-1

ISBN 978-3-642-94320-1 (eBook)

Adolf von Harnack
in Verehrung und Liebe

Vorwort.

Seit 24 Jahren gehöre ich dem Freundestreise an, aus dem der „Hugenberg-Konzern“ erwachsen ist. Daher möchte ich mich den Lesern gewiß nicht als unparteiischen Richter empfehlen. Man wird aber, so hoffe ich, erkennen, daß ich in diesem Buche nichts verteidige oder gar anempfehle; ja es ist nicht einmal in mir die vorgesezte Absicht, eine Erscheinung zu erklären, sondern eher ein in bezug auf das Ergebnis gleichgültiges Bedürfnis, verborgenen Zusammenhängen nachzugehen und verwickelte, in sich scheinbar widerspruchsvolle Motive zu entfalten, was wohl auf Erklärung hinauslaufen wird, ohne aber so empfunden zu sein.

Die Feststellung, Prüfung, Anordnung, Schilderung der Geschehnisse ist mir nur eine unerläßliche Nebensache, denn als das Wesentliche betrachte ich das kaum bewußte Herauswachsen von Entschlüssen aus Plänen, von Plänen aus Träumen; das Leben eines seelisch-soziologischen Netzwerkes, eines Geschlechtes, von dessen Zustand, Wachsen und Welken die Erscheinungen abhängen. Dieses Netzwerk bloßzulegen, würde mich reizen, auch wenn es nicht gerade das Lebensgeflecht der größten Publikationsorganisation Deutschlands wäre.

Das Kapital zum Aufbau des Hugenberg-Konzerns ist von einigen Personen und Gesellschaften der rheinisch-westfälischen Bergwerksindustrie gegeben worden. Der trustartige Aufbau selbst aber, obwohl er sich industrielle Erfahrungen zunutze macht, weicht in seinem entscheidenden Organ von allen industriellen Vorbildern ab. Das hat seinen tiefen Grund, denn die Grundanschauung, gleichsam die Seele des Hugenberg-Konzerns, stammt nicht aus der Industrie, sondern aus agrargenossenschaftlichen Vorstellungen im Sinne Raiffeisens.

Diese verschiedenartige Herkunft und fruchtbare Verbindung zu zeichnen, ist die wesentliche Schwierigkeit dieses Buches. Die beiden ersten Abschnitte: „Der Freundestreis“ und „Die soziologische Funktion der geschäftlichen Interessen“ sind dazu bestimmt, für die Überwindung dieser Schwierigkeit gleichsam als Brücke zu dienen. Sie

setzen voraus, daß der Leser parteipolitische Erwägungen ausschalte und den Versuch mache, das Politische unpolitisch zu sehen.

Von dem unpersönlichen Charakter industrieller Kapitalorganisationen ist der Hugenberg-Konzern weit entfernt; er ist vielmehr in seiner Leitung überwiegend persönliche Gemeinschaft. Der erste Abschnitt soll den Leser in diese Atmosphäre des Persönlichen hinein-
führen.

Die Niederschrift ist unter der von mir betonten Voraussetzung entstanden, daß ich mit rücksichtsloser Offenheit Dinge behandeln könne, die bisher verhüllt waren.

Berlin, den 20. Februar 1928.

Ludwig Bernhard.

Inhaltsverzeichnis.

Erster Teil: Der Untergrund.

	Seite
1. Der Freundestreis	3
2. Die soziologische Funktion der geschäftlichen Interessen	25
3. Zeitungskrisen	35

Zweiter Teil: Der Aufbau.

4. Alfred Hugenberg	53
5. Die ersten Maßnahmen	60
6. Erwerb der August Scherl G. m. b. H.	65
7. Aufbau der Ma-Anzeigen Gesellschaft.	73
8. Einfluß auf die Provinzpresse (Bera, Mutuum, Wipro)	78
9. Erwerb und Ausbau der Telegraphen-Union.	84
10. Beteiligung an der Universum Film A.-G. (Ufa)	91
11. Die Beherrschung des Hugenberg-Konzerns	94
12. Wirkung und Wesen	102

Erster Teil.
Der Untergrund.

1. Der Freundeskreis.

Als ich im Jahre 1904 Professor an der Akademie in Posen wurde, fühlte ich mich von einer Gruppe wirtschaftspolitisch tätiger Männer angezogen. Es waren sechs preußische Staatsbeamte. Drei von diesen, junge Geheimräte in verschiedenen Ministerien, lebten zwar in Berlin, hatten aber ihr Herz ganz in der Ostmark und kamen oft zu Besprechungen nach Posen: Friedrich von Schwerin, Arnold Wahnschaffe und Alfred Hugenberg. Die drei anderen waren als Regierungsräte im Ansiedlungswerk der Ostmarken tätig: Ganse und Kette bei der Ansiedlungskommission, Meydenbauer bei der Ostpreußischen Landgesellschaft. Den Mittelpunkt dieser Gruppe von Staatsbeamten bildete ein Nichtbeamter, der junge Direktor der Posenschen Landesgenossenschaftsbank Dr. Leo Wegener.

Jeder dieser Männer hat später eine hervorragende Rolle gespielt:

Von Schwerin, von seinen Standesgenossen „der rote Schwerin“ genannt, wurde der anerkannte Führer der inneren Kolonisation Preußens. Wahnschaffe gewann als Chef der Reichskanzlei eine weitreichende Bedeutung. Hugenberg wurde als Vorsitzender des Direktoriums Krupp und als Präsident des Vereins für die bergbauartigen Interessen eine führende Persönlichkeit der deutschen Ruhrindustrie. Ganse wurde Präsident der Ansiedlungskommission. Kette, heute Senator von Danzig, hat sich als einer der leitenden Organisatoren des westpreußischen Agrarkredits einen Namen gemacht. Meydenbauer wurde als Ministerialdirektor im Wirtschaftsministerium einer der Vorkämpfer der sogenannten Planwirtschaft, und Leo Wegener erlangte unter den Deutschen Posens, insbesondere unter den deutschen Bauern, eine fast märchenhafte Popularität.

Uns allen gemeinsam aber war die Verehrung für den genialen, über alle Formen erhabenen Präsidenten der Ansiedlungskommission Wittenburg und für den Oberpräsidenten von Schlesien, den Grafen Robert von Zedlitz und Trübschler, unser aller Lehrmeister und väterlicher Freund.

Dieser Freundeskreis hat für die Entstehung und Verwirklichung des Hugenberg-Konzerns so große Bedeutung gewonnen, daß jeder Versuch, das Gewordene zu verstehen, bei ihm anknüpfen muß. Schwerin lebt nicht mehr; Wahnschaffe wurde durch seine eigene Tätigkeit in Anspruch genommen; die anderen aber haben in immer engerem Verbundensein gewirkt, die meisten von ihnen nehmen heute tätigen Anteil an der Organisation. Vor allem aber hat der Freundeskreis sich fähig gezeigt, sich zu erweitern und zu verjüngen. Die Grundanschauungen dieser Freundschaft sind noch heute die eigentliche und tiefste Grundlage des Hugenberg-Konzerns.

Wenn ich hier und an anderen Stellen dieses Buches versuche, die politischen Anschauungen und Bestrebungen darzustellen, welche den Freundeskreis verbinden und zu gemeinsamem Wirken seit mehr als zwei Jahrzehnten veranlassen, so liegt es mir fern, diese Darstellung als einen Beweis für die Richtigkeit unserer Anschauungen und für die Zweckmäßigkeit unserer Bestrebungen anzusehen. Ich will weiter nichts als eine Vorstellung davon geben, welcher Art die geistige Verfassung des Kreises ist, aus dem der Hugenberg-Konzern geistig entstanden ist.

Die um Leo Wegener vereinigte Gruppe junger Staatsbeamter spielte seit 1904, ich möchte geradezu sagen, die Rolle einer Nebenregierung in der ostmärkischen Ansiedlungspolitik. Zwar berieten die Oberpräsidenten, die Regierungspräsidenten, der Ansiedlungspräsident und andere „Spitzen“ dies und beschloßen das. In Wirklichkeit aber geschah sehr oft, was ich in jenem vertrauten Kreise hatte entstehen und heranreifen sehen. Eine geheimnisvolle Macht wirkte über alle bürokratischen Instanzen hinweg. Die Grundlagen dieser Macht waren folgende: Seit Jahren war die ostmärkische Politik durch Reibereien zwischen maßgebenden Instanzen verwirrt. Das Staatsministerium in Berlin, gedrängt von dem einflußreichen ostelbischen Großgrundbesitz, wünschte, daß die sachlich notwendige Personalunion zwischen dem Oberpräsidium in Posen und dem Präsidium der Ansiedlungskommission vermieden werde. Man fürchtete die Entstehung einer allzu mächtigen, für innere Kolonisation, d. h. Aufteilung großer Güter interessierten Provinzialinstanz. — Der Oberpräsident von Posen andererseits sagte sich, wenn er nicht selbst das Präsidium der Ansiedlungskommission erhalten könne, dann müsse der Ansiedlungspräsident von so geringer Bedeutung sein, daß er ihm nicht unbequem werden könne. Dies Hin und Her endete damit, daß man im Jahre 1903 die Befugnisse des Ansiedlungs-

präsidenten erheblich einschränkte und ein undurchsichtiges System von verschiedenartigen Zuständigkeiten konstruierte. Die drei interessierten Minister (Finanzen, Inneres, Landwirtschaft), der Oberpräsident von Posen, der Oberpräsident von Westpreußen, in einigen Fragen auch die Regierungspräsidenten, der Ansiedlungspräsident: sie alle wirkten durcheinander. Da sich noch dazu die höchste Stelle der preußischen Regierung über den einzuschlagenden Kurs nicht ganz klar war, und da der preußische Landtag sich ebenfalls schwankend bemerkbar machte, schien jede Konsequenz aus der ostmärkischen Politik verbannt zu sein. Pläne tauchten auf, wurden gepriesen und verschwand; kostspielige Unternehmungen wurden in die Wege geleitet, um plötzlich an einer Instanzenschwierigkeit zu scheitern.

Diesem Durcheinander der Regierungsfäden entsprach ein Wirrwarr auch der freien Organisationen; denn die deutschen bäuerlichen Genossenschaften waren nicht nur in zwei Verbände gespalten, sondern ihr wichtigster Verband war sogar ohne einheitliche Führung, da neben Leo Wegener, den Direktor der Landesgenossenschaftsbank, ein besonderer, unabhängiger Verbandsdirektor und Filialdirektor für die Darlehnskassen gestellt war. Wenn der Ansiedlungspräsident den einen dieser beiden Genossenschaftsleiter zur Mitarbeit heranzog, zog der Oberpräsident den anderen heran. Wenn in Posen dem einen Verband die Organisation der Ansiedler anvertraut wurde, paktierte man in Berlin mit dem anderen. Die Minister aber und die Parteiführer im Landtag vermochten sich in dem so komplizierten deutschen Apparat überhaupt nicht mehr zurechtzufinden.

Demgegenüber wirkten die polnischen Organisationen unter der fast diktatorischen Leitung des Prälaten Wawrzyniak in straffer Einheitlichkeit.

So entstand die Pflicht, in dieser bureaukratischen Wirrsal den persönlichen Willen leidenschaftlicher Gestalter geltend zu machen. Zueinandergeführt wurden durch diese Pflicht eigenwillige, eigenartige Männer, die ohne solchen Druck gewiß getrennte Wege gegangen wären. Ihre ungewöhnliche Arbeitskraft und ihr immer waches Interesse gab ihnen eine solche Überlegenheit, daß die landläufige Bureaukratie ihrem Einfluß widerstrebend nachgeben mußte. Damals lernte ich kennen — was ich dann hundertmal wieder erlebt habe —, daß in einem Ministerium in Berlin oder bei einer hohen Behörde in Posen 15—20 Beamte und Vertreter wirtschaftlicher Organisationen um den langen grünen Tisch herumsaßen. Der Minister oder der Oberpräsident führte die Be-

ratung. Stundenlang wurde verhandelt. Schöne Worte wurden gemacht. Diplomatische Bedenken wurden geäußert. Kleine Pfeile wurden abgeschneit. Schweigsam saßen meine Freunde da. — Ergebnislos ging die Konferenz zu Ende. Aber während sich dann die hochmögenden „Spitzen“ im Hotel de Rome an Speise und Trank erquickten, trafen die Freunde sich in der Wohnung Leo Wegeners und entwarfen die Statuten der notwendigen Organisation, welche in der Konferenz nicht zustande gekommen war. Und dann begann die „Operation mit verteilten Rollen“. Schwerin war Dezernent im Ministerium des Innern, Hugenberg Dezernent im Finanzministerium, Wahnschaffe Dezernent im Landwirtschaftsministerium. Die drei warfen einander die Bälle zu, beeinflussten die Unterstaatssekretäre und die Minister. Zugleich bereiteten Leo Wegener, Gänse, Kette und Meydenbauer in der Provinz den Boden für den von den Freunden entworfenen Plan. Weit über ihre formelle Zuständigkeit hinaus griffen diese Männer in die amtlichen Geschäfte ein und riskierten manchmal ihre Stellung, indem sie ohne Wissen, sogar gegen die Beschlüsse der zuständigen Instanzen handelten. „Der an sich richtige Zustand ist es nicht; — schrieb Hugenberg am 13. September 1907 — auch ist er für die Beteiligten selbst am allerwenigsten dankbar, ja im Grunde unaushaltbar. Denn sie werden von allen Seiten scheel angesehen und sind vor dem Vorwurf der Kompetenzüberschreitung und vor Desavouierungen, wie im Falle des Prinzen Stolberg, nie sicher“.

Erträglich wurde der Zustand nur durch die Atmosphäre unbedingten Vertrauens, die in dem Freundeskreise herrschte. Jeder fühlte, daß er sich auf den anderen verlassen könne. Jeder erlebte die Freude, von dem anderen aus schwierigen Situationen herausgepaßt zu werden. Immer enger verband alle eine gemeinsame Grundanschauung.

Diese Grundanschauung war aus genossenschaftlichen Vorstellungen im Sinne Raiffeisens entstanden: aus dem Glauben an die Fruchtbarkeit einer gegenseitigen geistigen und wirtschaftlichen Hilfe heimatlich verbundener Menschen.

Raiffeisens über die ganze Erde hinwirkende Kraft beruht auf der von ihm mehr empfundenen als begriffenen Einsicht in die soziologische Affinität, die zwischen ganz heterogenen Erscheinungen besteht: daß z. B. ein gewisses Gefühl heimatlicher Zusammengehörigkeit und eine bestimmte Art der Kreditorganisation sozusagen aufeinander angewiesen seien; daß diese beiden scheinbar wesensver-

schiedenen Dinge nur zwei verschiedene Formen desselben Lebenszustandes seien; daß das Gefühl heimatlicher Zusammengehörigkeit zerstört werden könne durch den Mangel einer „entsprechenden“ Kreditorganisation und daß die bestimmte Art der Kreditorganisation nicht gedeihen könne, wenn das Heimatsgefühl fehle.

Solche Zusammenhänge, denen sich heute die Soziologie allmählich nähertastet, waren dem einfachen Bürgermeister des Städtchens Wenerbusch, Friedrich Wilhelm Raiffeisen, instinktiv klar geworden. Uns zogen diese Vorstellungen mächtig an. Ich erinnere mich und finde in Briefen und Tagebüchern die Belege dafür, wie unser Grübeln und Beobachten und Diskutieren immer wieder auf theoretische Probleme und praktische Pläne kam, die irgendwie mit Raiffeisens Gedanken zusammenhingen. Der Nationalitätenkampf aber, in dem wir mitten drin standen, gab diesem Denken und Trachten besondere Impulse. Als literarische Frucht jener Zeit erschienen im Jahre 1903 von Leo Wegener: „Der wirtschaftliche Kampf der Deutschen mit den Polen um die Provinz Posen“¹; 1906 Alfred Hugenberg: „Bank- und Kreditwirtschaft des deutschen Mittelstandes“²; 1907 mein Buch: „Das polnische Gemeinwesen im preußischen Staate“³ und 1909 meine Schrift über „Städtepolitik im Gebiete des deutsch-polnischen Nationalitätenkampfes“⁴. Auch die Regierungsdenkschrift: „Zwanzig Jahre deutscher Kulturarbeit“⁵ könnte in diesem Zusammenhange erwähnt werden. Gansse war der Verfasser wesentlicher Teile, die in unserem Kreise besprochen wurden. Allerdings hat dann höhere Hand vor der Veröffentlichung manches gestrichen, was wir gern öffentlich ausgesprochen hätten.

Das starke Hervortreten politisch-literarischer und wissenschaftlicher Bestrebungen darf aber darüber keinen Zweifel entstehen lassen, daß die wesentliche Arbeit sich auf praktische Pläne richtete, und zwar auf kreditpolitische Pläne, die weit über die Sphäre des Nationalitätenkampfes hinausgingen. Denn alle Mitglieder unseres Kreises waren davon durchdrungen, daß die Organisation des Kreditwesens in Deutschland einseitig sei und daher einer Ergänzung bedürfe. Mit Bewunderung beobachteten wir, wie sich in jenen Jahren die Konzentration der deutschen Großbanken vollzog in einer Weise, die in keinem anderen Lande der Welt gelungen war. Die wach-

¹ Posen: Verlag Solowicz 1903. ² München: Verlag Lehmann 1906.

³ Leipzig: Verlag Duncker & Humblot 1907. 2. Aufl. 1910. 3. Aufl. 1920.

⁴ Leipzig: Verlag Duncker & Humblot 1909.

⁵ Berlin: Buchdruckerei Möser 1907.

sende Überlegenheit, mit der Deutschlands Handel und Industrie über See, insbesondere in Südamerika auftraten, war ja unmittelbar auf die deutsche Kreditorganisation zurückzuführen¹.

Aber wir glaubten zu erkennen, daß diese hochkapitalistische Zusammenfassung der Kreditorganisationen Gefahren für die deutsche Gesamtentwicklung bringe. Die Landwirtschaft und der städtische Mittelstand würden, so meinten wir, durch den allgemeinen Kreditverkehr an ein System angeschlossen, das international, welthandelsmäßig orientiert sei. Gewiß seien die Großbanken nicht agrarfeindlich und mittelstandsfeindlich, aber sie seien agrarfremd und mittelstands-fremd. In der Wirkung sei solche Wesensfremdheit mit ihren unbeabsichtigten zwangsläufigen Folgen für die Gesamtheit noch gefährlicher, als eine bewußte Feindschaft es je sein könnte. Denn die Sparkapitalbildung auf dem flachen Lande werde so in den großen Strom des internationalen Kreditverkehrs hineingezogen; die landwirtschaftliche Entwicklung sei dadurch gelähmt, der Übertritt ländlicher Existenzen in die städtische Sphäre erleichtert und beschleunigt. Andererseits werde den Arbeitern, infolge der steten Schwächung des Mittelstandes, der Aufstieg in höhere Schichten erschwert. Infolgedessen könne sich das Emporstreben der Tüchtigsten innerhalb der Arbeiterschaft nur so auswirken, daß die Begabten zu Beamten und politischen Führern ihrer Schicht werden und es als ihre Lebensaufgabe ansehen, die Arbeiterklasse zu einer einheitlichen, anderen Klassen feindlich gegenüberstehenden Masse zusammenzuschließen, den Gedanken des Klassenkampfes also zu verwirklichen.

Wer die Organisation der deutschen Industrie und ihre gewaltige Kraft kannte, und wer damit die Organisation der deutschen Landwirtschaft verglich, mußte zu dem Ergebnis kommen, daß es der Landwirtschaft, trotz ihrer großen Bedeutung, trotz der Milliardenwerte, die sie Jahr für Jahr erzeugte, an einer Einrichtung fehlte, welche ihre Kräfte zusammenfaßte. Das landwirtschaftliche Depositenwesen könnte und müßte so zusammengefaßt und bankmäßig so organisiert sein, daß es die Grundlage bildete für eine maßgebende Stellung der deutschen Landwirtschaft auf dem inländischen und ausländischen Kapitalmarkt.

¹ Wie es später in anderen Ländern anerkannt wurde, zeigt besonders deutlich eine im Kriege in England als Manuskript gedruckte Schrift von R. S. Brand: „The Coordination of British Industry and Finance“, die in englischen Fachkreisen Aufsehen erregte. Dann folgte die offizielle Anerkennung im „Report of the Committee on financial facilities“ (Cd 92 27) 1918, Vorsitzender des Komitees Sir Richard B. Nassar-Smith von Loyds Bank.

Im Besitze eines solchen Zentrums wäre die Landwirtschaft zugleich fähig, gegenüber der Industrie, insbesondere der chemischen (Dünger) Industrie, gegenüber dem Großhandel und gegenüber den Großbanken eine ganz andere Rolle zu spielen, als es tatsächlich der Fall ist. Damit wäre der Faktor geschaffen, der dem internationalen, beweglichen Kapital gegenüber ein wohlthätiges Gegengewicht bildete.

Zweimal hat die deutsche Landwirtschaft Gelegenheit gehabt, dieses Ziel zu erreichen, und jedesmal ist der Ruf, die Gelegenheit wahrzunehmen, von unserem Freundeskreis ausgegangen. Das erste Mal vor dem Kriege, als das landwirtschaftliche Genossenschaftswesen sich aus der ursprünglichen Enge des Raiffeisenrahmens erhob, bestand die Möglichkeit, die Preussische Zentral-Genossenschaftskasse aus einem staatlich geleiteten starren Wesen zu einem lebendigen Organ der Landwirtschaft zu machen. Die Gelegenheit wurde veräußt.

Das zweite Mal bot sich die Gelegenheit kurz nach dem Kriege, als in der Zeit der Geldentwertung die landwirtschaftlichen Genossenschaften den großen Vorzug hatten, auf Sachwerte zurückgreifen zu können. Damals buhlten die Großbanken um die Gunst der einzelnen landwirtschaftlichen Verbandskassen. Hugenberg riet damals in einer Manuskriptendrschrift, die einem Kreise führender Landwirte bekanntgegeben wurde, die zersplitterten Verbandskassen zur Gründung einer landwirtschaftlichen Zentralbank zu vereinigen. Wieder ließ man die Gelegenheit vorübergehen, nicht etwa weil die führenden Landwirte die Durchführbarkeit bezweifelten, sondern weil die Leiter der rivalisierenden landwirtschaftlichen Verbände sich nicht vertragen konnten.

Das ist eines der „ewigen“ Probleme, das uns schon 1904 beschäftigte und dessen Lösung wir immer noch erhoffen.

Die letzte entscheidende und durchaus gemeinsame Selbstprüfung bot uns in allen unseren Arbeiten stets die Frage: Wie steht es mit der nationalen Wirkung des Unternehmens? Die Erfahrungen des Nationalitätenkampfes hatten uns gezeigt, daß das deutsche Volk nur ein schwächtliches Nationalgefühl besitzt. Verglichen mit der nationalen Leidenschaft der Polen und der Franzosen schien uns das, was selbst sogenannte nationalgesinnte Kreise aufbrachten, nur ein recht kümmerliches, mit Phrasen gefüttertes Gefühl zu sein. Wir bewunderten, wie die Engländer, je länger sie im Auslande lebten, um so mehr — englisch wurden; wie sie ihre Selbstachtung fanden in einem

klaren, überlegenen, geschlossenen Nationalgefühl. Die Deutschen dagegen, die in der Mitte Europas wohnend, von Eiferfucht umgeben, ihre nationale Existenz noch entschiedener schirmen mühten, sind das einzige Volk der Welt, welches einen Verzicht auf Nationalgefühl als kulturelle Leistung empfindet. Ein solches Volk mühte, so meinten wir, unvermeidlich zwischen Nationen von stärkerem Eigengefühl in eine politisch gefährvolle Lage kommen.

In unserem Kreise war einer, der von Anfang an die Meinung vertrat, daß unsere Bestrebungen und Pläne ins Leere verpuffen würden, wenn wir nicht Mittel hätten, um auf die öffentliche Meinung einzuwirken. Von Anfang an tummelte Leo Wegener vor uns sein Steckenpferd: „Zeitungswesen“. In allen Gangarten ritt er es, unermülich. Immer entschiedener zog er unsere Blicke darauf.

Die große Bedeutung, die Leo Wegeners Gedanken für den Aufbau des Hugenberg-Konzerns gewonnen haben, wird nur verständlich, wenn man von seiner Persönlichkeit eine Vorstellung gewinnt. Aus der Sphäre des großen Nationalökonomien Max Weber hatte er viel in unseren Kreis gebracht. In der Umgebung Webers hatte ich zuerst für Leo Wegener Bezeichnendes vernommen:

Als das Genie Max Webers zu erlöschen schien, als er sich zum Tode müde im schwülen Heidelberger Sommer des Jahres 1900 in die Fakultätsfigung schleppte, um die Wahl seines eigenen Nachfolgers noch in einem letzten Aufbrausen zu bestimmen, als das Mitleid seiner Kollegen seine armen Nerven peinigte und der geschwähige Geschäftsgang der akademischen Selbstverwaltung über den empfindsamen Kranken hinwegging wie über einen Toten, als die Nervenheilanstalt in Urach ihn aufnahm — da organisierte heimlich einer seiner besten Schüler, der soeben das Doktorexamen summa cum laude bestanden hatte, eine Kundgebung, die mit zartem Empfinden darauf abgestimmt war, den Mutlosen, ihn, der sich selbst aufgab, zu beleben, zurückzurufen.

„Gestern — so schrieb Frau Marianne¹ an ihren Mann, der in der Uracher Nervenheilanstalt am Fenster hockte und unbeweglich hinausstierte in die Kronen der Bäume — gestern war ein ereignisreicher Tag: Um 12 Uhr erschien im Fraß und weißer Weste Leo Wegener und überreichte mir mit feierlicher Rede, die

¹ Weber, Max: Ein Lebensbild von Marianne Weber, S. 275. Tübingen: Verlag Mohr 1926.

ihn selbst so bewegte, daß er fast weinte, eine Adresse deiner Schüler“. Die Adresse, ein Sepiabild in Leder, zeigte einen Mann, der von einem steilen Felsen, den er eben erklimmt, Feuerbrände ins Land schleudert. Sie gleiten zu seinen Füßen den mit Dornen bewachsenen Felsen hinab, in den die Namen der Schüler Max Webers eingegraben sind. Der Hintergrund aber öffnet sich zu einer goldig blühenden Ferne: „Wir wünschen fröhliche Rückkehr zum Stolz und zur Förderung der Wissenschaft und zur herzlichen Freude Ihrer dankbaren Schüler.“

Jahre später, als das Genie Max Webers wieder aufstrahlte in seiner geisteskräftigen Arbeit: „Die protestantische Ethik und der Geist des Kapitalismus“¹, sagte mir Max Weber: „Damals, als der tiefe Stand erreicht war und alle Kollegen mich als erledigt ansahen, hat Leo Wegener, der das Kranksein kannte, mich aus der vollkommenen Hoffnungslosigkeit zum Lebenwollen zurückgerufen.“

Dies eine Erlebnis zeigt, wie Leo Wegener ist; denn so ist er immer; — immer beleben, immer herausholen aus Mutlosigkeit, aus Schlendrian; immer Wege zeigen. Immer bereitet er Neues, Unerwartetes vor; und dazu die Fähigkeit, die anderen heranzuziehen, zur Mitwirkung aufzurufen.

• Am stärksten zeigt sich seine seelische Kraft, wenn er selbst am Zusammenbrechen ist. Als die Nachricht von der Katastrophe des Weltkrieges Anfang Oktober 1918 nach Posen kam, wo Leo Wegener in höchst verantwortlicher Stellung als Direktor des Verbandes deutscher Genossenschaften wirkte, da wurde er von schweren Herzkämpfen gepackt, die sein Leben bedrohten. Ihm war, als könne er die endgültig besiegelte Niederlage nicht überstehen. Sein vorwärtsdringender Geist sah voraus, daß die Polen mit unerfülllichem Haß alles vernichten würden, was er aufgebaut hatte. Wenige Tage später, als das kranke Herz wieder ruhiger schlug, ließ er eine Versammlung der Genossenschaftsvorstände berufen; deutsche Bauern, insbesondere aus den Gebieten der Ansiedlungskommission; Männer, die auf zehntausende deutscher Siedler Einfluß hatten und die nun verwirrt und hoffnungslos herbeieilten, um ihren Führer zu hören.

Mit seiner bestimmten, schnarrenden Stimme sprach Leo Wegener langsam, bedächtig, ganz ohne Pathos: „Unsere Organisation ist selbständig. Sie ist mit der deutschen Zentralorganisation nicht

¹ Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik, II. und III. Band (1904 und 1905).

verbunden. Die volle Unabhängigkeit unserer Provinzialorganisation habe ich, wie Ihr wißt, in jahrelangen Kämpfen längst erreicht. Wir stehen daher auf eigenen Beinen. Wir brauchen uns nicht umzustellen. Wir werden uns halten, gleichviel ob unter deutscher oder polnischer Herrschaft“.

Als ich wenige Tage später im Auftrage des Generalquartiermeisters nach Posen kam, um mich über die Lage im Gebiete des Nationalitätenkampfes zu unterrichten, sagte man mir vorwurfsvoll: „Wie kühl hat Leo Wegener zu den Bauern gesprochen; als werde er im Grunde seines Herzens von den Ereignissen gar nicht berührt. Was für ein kalter Verstandesmensch.“ Und als ich fragte, welchen Eindruck das auf die Bauern gemacht habe:

„Allerdings, die Bauern wurden ganz ruhig und merkten sich bedächtig all die Verhaltensmaßnahmen, die Leo Wegener ihnen am Schlusse seiner Rede gab.“

Dies Erlebnis zeigt wieder, wie Leo Wegener ist. Im Innersten getroffen, aufgewühlt durch die Nachricht von der Kriegskatastrophe, von Herzkrämpfen niedergeworfen, — spricht er so, daß die Menschen kopfschüttelnd sagen: „Was für ein kalter Verstandesmensch!“

Daß Leo Wegener mit seinem klugen, scheinbar kühlen Verstand den Kern der Frage im Augenblick allgemeiner Verwirrung sicher getroffen hatte, zeigte sich sehr bald unter polnischer Herrschaft, und mit Recht rief sieben Jahre später auf dem Verbandstage der deutschen Genossenschaften in Polen der neue Verbandsdirektor dem scheidenden Wegener zu: „Ihnen verdanken wir es, daß unsere Organisation nach dem Kriege nicht umgestellt zu werden brauchte. Sie war längst unabhängig geworden und hatte gelernt, auf die eigene Selbsthilfe zu vertrauen . . . Wir danken es Ihnen, daß dadurch nicht nur unsere ganze Organisation in ihrer Entwicklung gesund blieb und vorwärtstam, sondern daß wir dadurch auch davor bewahrt geblieben sind, daß ein wesentlicher Teil unserer Genossenschaften hätte durch den Friedensvertrag von Versailles zerstört werden können¹.“

Leo Wegener aber grüßte das, was der verlorene Krieg und die polnische Herrschaft von seinem Lebenswerk übriggelassen hatten, in einer unvergeßlichen Abschiedsrede, der das Thema zugrunde lag: „Pfleget die Freude!“

¹ Bericht über den Verbandstag des Verbandes deutscher Genossenschaften in Posen am 19. Mai 1925. Beilage zum Landwirtschaftlichen Zentralwochenblatt Posen.

Um Leo Wegener verständlich zu machen, setze ich ein Wort hierher, das in seiner landläufigen Bedeutung gar nicht auf ihn paßt. Nimmt man aber das Wort in seinem reinen, tiefen Ursprungssinn, dann kennzeichnet es ihn vollkommen. Das Wort: „Dilettant“, das, von dilettare, ergötzen, erfreuen abstammend, den seelischen Genuß in der Beschäftigung hervorhebt; das freudige Genießen der Arbeit im Gegensatz zur Verdrossenheit fachmännischer Routine.

Leo Wegener ist nicht Fachmann. Selbst in seinem eigensten Berufe, dem Bankwesen, nicht Fachmann. Seine nationalökonomischen Darlegungen, seine gelegentlichen historischen Exkurse beweisen, daß ihm das Fachmännische fremd ist. Die für die Entwicklung entscheidenden Jahre, in denen der Mensch durch Fachstudien, Fachausbildung einen festen Grund zu legen pflegt, um dann mit Kenntnissen und Können ausgestattet ins wirkende Leben zu treten, hat Leo Wegener in Krankenhäusern zugebracht. Seit seinem 19. Lebensjahr lag er fast 8 Jahre unter wiederholten schweren Operationen in Kliniken und Krankenhäusern. Eine schwere Infektion der Stirnhöhle zwang nach Jahren kaum erträglicher Schmerzen dazu, ihm die Stirn aufzumeißeln.

Als er dann in seinem 28. Lebensjahre endlich anfangen durfte zu arbeiten, da war ihm nicht mehr nach grundlegenden Studien zuzumute. Was in den schmerzreichen Jahren des Grübelns in ihm entstanden war, das wollte jetzt stürmisch zum Lichte. Zeit war nicht zu verlieren. Vielleicht werde der schwer getroffene Körper ihm nicht mehr lange dienen. So stürzte er sich nicht auf elementarische Studien, sondern auf — Probleme. So wurde er, wie er ist. Skeptisch steht er allen Erfahrungen gegenüber; wohlgeübte Routine ist ihm keine erstrebenswerte Fähigkeit, sondern eine gefährliche Lahmlegung aller Eigenart. Eigenart, eigenes Denken, eigene Ziele sehen, eigene Wege gehen. Aus dem Krankenhaus trat er erstaunt ins Leben und sah, daß die meisten Menschen schliefen oder sich in ausgefahrenen Bahnen beruhigt fortbewegten, um so beruhigter, je ausgefahrener die Bahn. Das Beobachten der vielen kerngefunden Menschen, die nie auf einen eigenen Gedanken kamen und sich daher so geborgen fühlten, war ihm höchst interessant, und bald entwickelte sich in ihm eine Lebensweisheit, die aus Menschenverachtung und Menschenliebe gut und fest gebildet war.

In Heidelberg studierte er Nationalökonomie, und Max Weber, dessen Geisteskraft alles in Frage stellte, überall Probleme bloßstellte, war ganz der Mann für Leo Wegener. Insbesondere lernte Leo

Wegener an ihm kennen, mit welcher Leidenschaft die glänzenden Waffen des Geistes geführt werden können. Er begriff durch ihn, daß für den wirkenden Menschen alles darauf ankommt, den Weg zu finden „zu den Gehirnen der Menschen“. Er begriff, was er immer wieder aussprach und noch heute täglich ausspricht, daß alles darauf ankomme, belebende Gedanken in die Gehirne der schläfrigen Menschen hineinzuschmuggeln. Erfinderisch nicht nur in der Formulierung wirksamer Wendungen, sondern auch in den Methoden ihrer Verbreitung, überraschte er uns immer von neuem. So verließ er z. B. die Stadt Posen oft in den frühesten Morgenstunden, nur um die Provinz kreuz und quer zu durchfahren und in Eisenbahngesprächen mit Bauern, Handwerkern, Kaufleuten irgendwelche Urteile über aktuelle Streitfragen geschickt anzubringen. Er nannte das „Bazillen verbreiten“.

Einem solchen Manne mußte das Zeitungswesen ein unerschöpfliches Thema sein. Die ersten Zeilen, die ich von ihm erhielt, lauteten: „Können Sie mir wöchentlich 2—3 Spalten Raum in der . . . Zeitung beschaffen?“ Gleich die erste Unterhaltung, die ich im Herbst 1904 mit Leo Wegener führte, sprang auf diese Frage über, denn wenige Tage vorher war ich aus England zurückgekehrt, wo ich seit dem Frühjahr 1904 wirtschaftspolitische Studien getrieben hatte. Dort hatte ich Gelegenheit gehabt, in die Zeitungskrise hineinzu-blicken, die durch eine stürmische Entwicklung der Daily Mail und durch die Unsicherheit einiger Blätter alten Stils gekennzeichnet wurde. Manches, was dort zu erkunden war, warf Licht auch auf Vorgänge, die sich in der deutschen, zumal in der Berliner Presse vollzogen. Jeder von uns hatte Gelegenheit, hinter die Kulissen des Zeitungswesens zu sehen und da wir uns alle lebhaft dafür interessierten und die Bedeutung dessen, was sich im Zeitungswesen damals vorbereitete, sehr hoch einschätzten, entstand bald ein Bild, das, aus Gewußtem und Geahntem zusammengefügt, sich im entscheidenden Augenblick als eine zutreffende Abzeichnung der Wirklichkeit erweisen sollte.

In seiner Arbeit, die ihn täglich mit der breiten Schicht der ländlichen Bevölkerung in Berührung brachte, empfand Leo Wegener die stete Hemmung, die sich daraus ergab, daß die Zeitungen fremd oder feindselig gerade derjenigen Entwicklung gegenüberstanden, in der wir das Heil zu sehen glaubten. Das war begreiflich, denn sogar die rein lokalen Zeitungen hingen durch gewisse Wurzeln entweder mit dem zentralen Beamtentum oder mit städtischen, kaufmännischen Schichten zusammen und, selbst wenn sie ganz frei dastanden, waren

sie doch auf eine großstädtische Nachrichtenzufuhr angewiesen, deren Wesen, wenn ich so sagen darf, sich unbemerkt bemerkbar machte. Es waren gerade die Jahre, in denen ein genialer Zeitungsfachmann, Anton Levin¹ aus Berlin, in der Provinz umherreiste, um die ländliche Presse für eine neue Einrichtung zu gewinnen, die erhebliche Ersparnisse brachte und dem Provinzblatt doch zugleich ein modernes Ansehen gab: Wer die geschäftliche Lage der Provinzpresse kannte, die auf jede denkbare Ersparnis bedacht sein mußte und wer die technische Entwicklung verfolgte, die den geschäftlichen Erfordernissen zu entsprechen suchte, der mußte einsehen, daß die Abhängigkeit der ländlichen Provinzpresse von großstädtischen Einrichtungen und Einflüssen schnell zunehmen werde. Anton Levin demonstrierte den Provinzverlegern, wie unbequem und kostspielig es sei, daß sie die aus der Großstadt kommenden Nachrichten erst sehen, dann matern und gießen müßten, und wie es andererseits doch lästig, oft sogar technisch unmöglich sei, die eigene Setzarbeit usw. dadurch zu verringern, daß sie die großstädtischen Nachrichten fertiggedruckt bezögen und als Beilagen in ihre Zeitung legten. Anton Levin bot ihnen etwas Neues, er wollte ihnen täglich aktuelle Leitartikel, Plaudereien, Kurszettel, Nachrichten usw. in gematertem Zustande liefern, d. h. in Pappstreifen eingepreßt, so daß in der Provinzdruckerei weder das kostspielige und langwierige Setzen noch das schwierige Pressen des Satzes in Pappe erforderlich blieb, sondern nur mit einer einfachen Metallgießmaschine aus der Mater die fertige Druckplatte hergestellt zu werden brauchte. Anfangs schien es, als ob die Provinzverleger, obwohl sie die Bedeutung der Sache anerkannten, dem Gedanken nicht folgen würden. Anton Levin pflegte zu erzählen, daß ein alter Provinzverleger ihn mit den Worten ermutigt hatte: „Auf dem Stuhl, auf dem Sie jetzt sitzen, saß vor Jahren ein in Zeitungssachen bahnbrechender Mann: der erste, der an die Provinzzeitungen eine fertiggedruckte Sonntagsbeilage mit dem Kopf der einzelnen Provinzzeitung liefern wollte. — John Henry Schwerin. Der Mann ist im Irrenhause gestorben.“ Anton Levin aber hatte Erfolg und bald lieferte sein „Zentralbureau für die deutsche Presse“ einer großen Zahl von Provinzzeitungen gematerte Artikel, die der ländlichen Zeitung großstädtischen Geist vermittelten. Ein besonderer Clou war es, als der Staatssekretär Dernburg sich auf seiner Afrika-

¹ Anton Levin ist im Sommer 1901 mit seinem Plan zum ersten Male hervorgetreten. Nach Überwindung der Anfangsschwierigkeiten hat sich sein Unternehmen seit etwa 1903 entwickelt.

reise von einem Vertreter des „Zentralbureaus für die deutsche Presse“ begleiten ließ, so daß die an Levin „angeschlossenen“ kleinen Provinzzeitungen „eigene“, „frische“ Berichte brachten, wie sie die großen Berliner Blätter nicht besser haben konnten.

„Unsere Landwirte, so pflegte Leo Wegener zu sagen, sitzen auf ihrer Klitsche. Solche Leute wie Levin aber bereisen das ganze Jahr die Provinz und kennen zugleich alle Hilfsmittel der Großstadt. Wenn sie in der Provinzpresse einen Bedarf entdecken, sorgen sie für die Befriedigung des Bedarfs und tragen so in ihrer Weise dazu bei, die öffentliche Meinung des Landes von der Atmosphäre der Großstadt abhängig zu machen. Und dann wundern sich die ländlichen Grundbesitzer, daß sie politisch und wirtschaftlich entwurzelt und beiseitegedrängt werden.“ Die technische und geschäftliche Entwicklung, durch welche die Provinzpresse in gewissem Umfange von großstädtischen Hilfsmitteln abhängig wird, sei nicht aufzuhalten; deshalb aber sei um so notwendiger, daß die großstädtischen Hilfsmittel in die Einflußsphäre von Kreisen kommen, welche die eigenartigen Entwicklungsbedingungen des Landes kennen. „Alle unsere Pläne und Arbeiten werden fruchtlos sein, solange wir nicht über fein entwickelte Leitungen zu den Gehirnen der Menschen verfügen.“ Das war im Jahre 1904. Heute gehören zwei technisch hervorragend ausgerüstete Maternkorrespondenzen zum Hugenberg-Konzern¹. Die schärfsten Kritiker des Hugenberg-Konzerns heben fast stets mit an Bewunderung grenzender Anerkennung hervor, daß der Konzern im Unterschiede von den anderen Zeitungskonzentrationen es verstehe, auf die Provinzpresse einzuwirken. „Er ist nicht in den Fehler verfallen, seinen Einfluß auf die Provinzpresse mit ausschließlicher Hilfe der Berliner Journalistik und der reichshauptstädtischen Zeitungs-Organisationskunst zu gewinnen. Im Hugenberg-Konzern herrscht der Provinzjournalist und der Provinzzeitungsfachmann vor, die beide genau wissen, was die Provinzpresse will, was sie braucht, wie sie anzufassen ist und wie man sie gewinnen kann².“ Der Ursprung dieser psychologischen Kunst, die in der Tat von der Leitung des Hugenberg-Konzerns sorgfältig gepflegt wird, liegt in den Lehrjahren in der Ostmark.

Überhaupt ist das Wesentliche dieser ganzen organisatorischen Arbeit nicht zu verstehen, wenn man etwa ihre eigentlichen Wurzeln im Ruhrgebiet suchen wollte. Wäre Hugenberg niemals in das

¹ Siehe unten im zweiten Teil den Abschnitt: „Einfluß auf die Provinzpresse.“

² „Die Hilfe“, 1. Februar 1925; „Berliner Tageblatt“, 3. Februar 1925.

Ruhrgebiet gekommen, wäre er z. B., wie es durchaus möglich gewesen wäre, Leiter großer agrargenossenschaftlicher Institute geworden, so hätten wir wahrscheinlich auch heute einen Pressekonzern unter seiner Leitung, nur mit dem Unterschied, daß dann die finanziellen Mittel zur Begründung nicht in erster Linie aus der Ruhrindustrie geflossen wären.

Gerade in der Zeit, als die entscheidenden Maßnahmen getroffen wurden, die zum Aufbau des Hugenberg-Konzerns führten, in den Jahren 1917 und 1918, vereinigte sich unser Freundeskreis zu einer gemeinsamen Aktion, die den unmittelbaren Anlaß bot, uns noch fester zusammenzuschließen, und welche die psychologischen Grundlagen und die Art des gemeinsamen Arbeitens besonders deutlich erkennen läßt.

Damals stand ich, vom März 1917 bis zum Dezember 1918, als Leutnant beim Stabe des Generalquartiermeisters im Großen Hauptquartier und wurde unter anderem damit betraut, den General Ludendorff über die Siedlungsfrage auf dem laufenden zu halten.

Eines Tages — es war im Spätsommer 1917 — erhielt ich Befehl, dem General Ludendorff über die Lage der Dinge Vortrag zu halten, der damit endete, daß Ludendorff sich entschloß, den Feldmarschall für den Gedanken einer Siedlungsorganisation zu gewinnen, um sofort, bei Beendigung des Krieges, den zurückkehrenden Soldaten landwirtschaftlichen Besitz zu schaffen und um, für den Fall einer langen Dauer des Krieges, die aus Rußland flüchtenden Bauern deutscher Abkunft anzusiedeln. Die entscheidende Frage, die Ludendorff an mich richtete, war: „Haben wir Sachverständige, auf die ich mich unbedingt verlassen kann?“ In dem Augenblick, als er diese Frage aussprach und mich erwartungsvoll anblickte, sah ich im Geiste unseren Freundeskreis vor mir.

Schwerin saß in Frankfurt a. d. Oder als Regierungspräsident an eine wirtschaftliche Organisation gebunden, welche die Ernährung von Volk und Heer zu leisten hatte. — Hugenberg war in Essen als Vorsitzender des Direktoriums Krupp überhäuft mit Arbeiten der Bewaffnung. — Ganse arbeitete in Posen, wo er die Ansiedlungskommission in einen großen wirtschaftlichen Hilfsapparat für die Lieferung von Nahrungsmitteln umgewandelt hatte. — Leo Wegener, ebenfalls in Posen, hatte, obwohl krank, die von leitenden Kräften durch den Krieg entblöhten landwirtschaftlichen Genossenschaften mit äußerster Anstrengung arbeitsfähig zu erhalten. — Men-

denbauer war in Berlin als Geheimrat im Finanzministerium und zugleich organisierend in Elsaß-Lothringen tätig. — Kette und Swart standen als Offiziere im Felde. — Wenn es mir gelänge, diese Männer heranzuholen, dann hätten wir die besten Sachverständigen, die es gab.

Ludendorff, dem die Pause nach seiner Frage anscheinend zu lange dünkte, bemerkte: „Wenn Sie die Gewähr für geeignete Persönlichkeiten nicht übernehmen, können wir es nicht machen.“ — „Euer Exzellenz, ich kann die Gewähr übernehmen.“

Einige Tage später saßen „wir“, d. h. Schwerin, Hugenberg, Leo Wegener, Gänse, Meydenbauer in Berlin, um zu beraten. Alle waren, wie ich es erwartet hatte, bereit. Swart wurde auf Befehl des Generalquartiermeisters von seinem Truppenteil abkommandiert. Wir waren „komplett“.

Wir beschloffen, der Obersten Heeresleitung eine Organisation vorzuschlagen, in der drei Kräftefaktoren vereinigt wirken sollten:

1. Die gemeinnützigen Siedlungsgesellschaften, die Schwerin heranzuholen übernahm.
2. Das Privatkapital, das Hugenberg zu interessieren hätte.
3. Die Reichs- und Staatsbehörden, mit denen ich verhandeln sollte.

Keiner der drei Faktoren sollte ein solches Übergewicht haben, daß er die anderen ausschalten könne. Immerhin sollte die Führung bei den Siedlungsgesellschaften sein, um einerseits die gemeinnützige Behandlung gegenüber dem Privatkapital zu sichern und um andererseits zu verhindern, daß der staatlich-bureaufkratische Apparat mit seinen langwierigen Dienstwegen und seiner Scheu vor verantwortlichen Entscheidungen die Arbeit hemme.

Das Zentrum der Organisation sollte eine zu gründende Aktiengesellschaft in Berlin bilden, die gemeinnützig zu arbeiten, d. h. ihre Dividende auf höchstens 5% zu beschränken hätte. Von dieser Zentralgesellschaft sollte für die Gebiete (Länder, Provinzen), in denen zu siedeln sei, je eine Tochtergesellschaft als G. m. b. H. finanziert werden.

Der ganze Apparat war breit angelegt, weil wir erreichen wollten, daß die kurländischen Barone, die zu Kriegsbeginn die Abtretung eines Drittels ihres Landbesitzes an Kleinsiedler versprochen hatten, auch von unserer Organisation erfaßt würden. Das Versprechen der baltischen Barone war nämlich bisher nicht recht faßbar.

Zwar war es von einigen Kreisversammlungen kurländischer Rittergutsbesitzer im Herbst 1915 beschlossen worden, aber es schien zweifelhaft, ob diese Kreisversammlungen zuständig gewesen waren. Ich bat daher den Vertreter der kurländischen Ritterschaft, Baron Rhaden, darüber Sicherheit zu schaffen. Am 20. September 1917 trat auf Veranlassung Rhadens ein außerordentlicher Landtag der kurländischen Ritterschaft zusammen und bestätigte am 22. September 1917 das Versprechen vom Herbst 1915. Die näheren Bedingungen wurden von der Allgemeinen Konferenz der kurländischen Ritter- und Landschaft am 17. Dezember 1917 beschlossen.

Inzwischen hatte Schwerin die Siedlungsgesellschaften für den großen Plan gewonnen und Hugenberg den Industriellen die Bedeutung des Unternehmens so eindringlich gezeigt, daß eine starke Beteiligung des Privatkapitals gesichert war.

So konnte ich dem Generalquartiermeister in der Tat die Gewähr geben, die er gefordert hatte, und wir durften an die Arbeit gehen, woraus ein enges Zusammenwirken der verantwortlichen Generalstabsoffiziere mit meinem Freundeskreise entstehen mußte. Das erste Mißtrauen gegen die Eindringlinge war schnell überwunden und bald verstanden meine Freunde und die Generallstäbler sich vorzüglich. Zuerst fiel den Militärs auf, daß die politischen Grundanschauungen unseres Freundeskreises nicht mit irgendeinem Parteiprogramm identisch waren. Nach einer langen Unterhaltung mit Meydenbauer, der im Großen Hauptquartier über die Organisation berichtete, machte mich einer der Offiziere darauf aufmerksam, daß Meydenbauers politische Ansichten weit verschieden seien von denen Schwerins, der einige Wochen vorher im Hauptquartier gewesen war. „Und doch — fügte er sinnend hinzu — fühle ich, daß beide Männer durch etwas ihrer Weltanschauung Gemeinsames verbunden sind. Eine solche weltanschauliche Verbindung von Männern, die in ihrem Urteil über konkrete Erscheinungen der Tagespolitik oft weit voneinander abweichen, ist mir neu und beweist mir, daß man konsequente Politik treiben kann, ohne auf ein Parteiprogramm eingeschworen zu sein.“

„Sie könnten — fügte ich hinzu — sogar sagen, daß man konsequente Politik nur treiben kann, wenn man nicht auf ein Parteiprogramm eingeschworen ist. Denn die politischen Parteien werden nach sog. taktischen Rücksichten geleitet, d. h. z. B. mit Rücksicht auf die Stimmung eines Wahlkreises, in welchem ein Parteiführer in Gefahr ist, oder mit Rücksicht auf eine Massenpsychose, die sich plötz-

lich im Lande bemerkbar macht. — Einige meiner Freunde gehören zwar bestimmten Parteien an, sind sogar in der Parteileitung tätig. Gerade diese aber sprechen mit der entschiedensten Geringschätzung vom politischen Parteiwesen und betrachten es durchaus nur als ein notwendiges Übel.“

Ferner gefiel den Militärs der eigentümlich vertraute persönliche Zusammenhang zwischen den Freunden. Eines Tages bemängelte man im Großen Hauptquartier das Statut einer Organisation, an der die Industrie durch Hugenberg mitbeteiligt war. Man wünschte gewisse Änderungen ehe General Ludendorffs Entscheidung falle. Der abschließende Vortrag bei Ludendorff mußte aber sofort noch in derselben Stunde stattfinden, und es war unmöglich, Hugenbergs Zustimmung zu der Änderung rechtzeitig zu erlangen. Da erklärte ich mich bereit, Hugenbergs Unterschrift darunterzusetzen. „Saben Sie mit ihm telephoniert?“ — „Nein, ich kann ihn heute nicht erreichen. Er befindet sich im Zuge zwischen Berlin und Essen. Aber ich übernehme die Gewähr, daß er meine Unterschrift anerkennen wird, als sei es seine eigene.“

So schmolz bald die strenge, kühle Form, in der die Fragen zuerst von den Offizieren behandelt wurden, die warme Atmosphäre des Vertrauens machte sich geltend und die Herren brauten und mischten verständnisvoll miteinander. Eine besondere Würze erhielt das gemeinsame Werk dadurch, daß hier zwei ganz verschiedenartige Organisationsweisen sich aneinander messen konnten, geübt von Männern, die gewohnt waren, über das, was sie taten, eindringlich nachzudenken und die sich ihrer Organisationsmethoden durchaus bewußt waren. Denn der große Generalstab hatte immer Wert darauf, eine Schule des Organisierens zu sein und diese Kunst, die in ihrem eigentlichen Wesen unlehrbar ist, durch systematische Übungen wenigstens nahezubringen. Meine Freunde andererseits waren Schüler des Präsidenten Wittenburg und des Grafen Robert von Zedlitz und Trübschler, die beide in der noch ungeschriebenen inneren Geschichte der preußischen Verwaltung einen hohen Rang einnehmen.

Die Organisationsmethode des Generalstabs nahm sowohl Logik wie Anschauungskraft in kluger Weise in Anspruch. Sie war als eine für den Krieg bestimmte Arbeitsweise auf Schnelligkeit berechnet, sollte aber zugleich schnellfertige Oberflächlichkeit vermeiden. Die logische Vorbereitung war ein Zergliedern, das innerlich verwandt war, dem „abschnittweisen Verfahren“, welches allen von Moltke und seinen Mitarbeitern stammenden militärischen Anweisungen,

z. B. der Felddienstordnung, zugrunde lag. Die auszuführende Gesamtleistung wurde in ihre Teile zerlegt und für jeden Teil ein Stichwort gebildet. Die Stichworte wurden dann nach drei Gesichtspunkten geordnet: Erstens „nach ihrer wesentlichen Bedeutung“, zweitens nach der „Zugehörigkeit“ und drittens „nach der Reihenfolge der praktischen Ausführung“. Aus der ersten Stichwortreihe wurde man sich schnell klar darüber, welche Funktionen die wesentlichen und welche als Hilfsfunktionen anzusehen seien. Durch die zweite Stichwortreihe wurde deutlich, welche bestehenden Stellen (Behörden, Truppenverbände, wirtschaftliche Einrichtungen, Persönlichkeiten) durch die geplante Organisation berührt wurden oder zu der Organisation herangezogen werden konnten, und die dritte Stichwortreihe gab an, in welcher Reihenfolge bei der Verwirklichung des Planes vorzugehen sei.

General Ludendorff verfügte in hohem Maße über die Fähigkeit, eine Angelegenheit blitzschnell so zu gliedern, und erlangte dadurch in allen Verhandlungen eine überlegene Stellung. Kleinigkeiten flogen beiseite und in wenigen numerierten Stichworten stand das Wesentliche da, die möglichen Hilfskräfte waren geordnet notiert und der nächste praktische Schritt fixiert.

Gleichzeitig, diese logische Arbeit, die immer die Führung behielt, unterstützend, wurden die Anschauungskräfte mobil gemacht, indem man eine sog. „Spinne“ zeichnete, d. h. eine graphische Darstellung der beabsichtigten Organisation: In der Mitte oder oben durch einen kleinen Kreis angedeutet die leitende Stelle, darum verteilt als Kreise oder Quadrate oder Dreiecke die einzelnen Abteilungen oder Institute, und zwar so, daß man aus der Form (Kreis, Quadrat, Dreieck), aus der Verteilung und aus der Verbindung (mit vollen oder punktierten, schwarzen oder farbigen Linien) anschaulich erkennen konnte, in welchem Verhältnis der Unterordnung oder Nebenordnung die Abteilungen zueinander standen. Durch ein Stichwort auf der Zeichnung wurde für jede Abteilung vermerkt, welches ihre Funktion sein solle.

Das alles wurde auf Grund systematischer Schulung mit Schnelligkeit und Klarheit entworfen und dann in militärischer Befehlsform so distret realisiert, daß diejenigen, welche die Befehle auszuführen hatten, zunächst noch gar nicht erkennen konnten, um was es sich handelte. Es erging z. B. der Befehl, ein Gebäude, das soundso einzurichten sei, zur Verfügung zu stellen oder Personen bestimmter Art zu versammeln. Meine Freunde pflegten daher scherzend zu

sagen: „Wenn die Militärs eine Verwaltung schaffen, lassen sie zunächst ein Haus bauen und überlegen dann, was sie in dem Hause verwalten wollen.“ In Wirklichkeit aber haben meine Freunde viel von den Militärs gelernt und ich finde in ihren Entwürfen seit jener Zeit manches, was an die Generalstabstechnik erinnert. — Einen Fehler allerdings hat diese Methode, mit der die Generalstäbler an das Organisieren herangehen: Sie setzt voraus, daß sie von intelligenten, geschulten Menschen angewendet wird, und sie verlangt, daß der logische Teil der Vorbereitung stets die Führung behalte. Auf Laien und Dummköpfe aber, die das Genie des Organistors in sich glühen fühlen, macht gerade der anschauliche Teil, die sog. „Spinne“ den stärksten Eindruck, und oft habe ich erlebt, daß solche papierene Phantasie Unheil anrichtete. Wenn ich nach Beendigung des Krieges die Studenten, die als Offiziere am Kriege teilgenommen hatten, fragte, wofür sie sich besonders befähigt und geneigt fühlten, erhielt ich in einer sehr großen Zahl der Fälle die Antwort: „Für das Organisieren“. Stets war dem so Begnadeten die „Spinne“ begegnet, und er war überzeugt, in ihr das unfehlbare Mittel zu besitzen, das ihn zum Organistator machte.

Da ein rechter Generalstabsoffizier Feinschmecker in bezug auf Organisationskünste ist, fand die ganz andere Art, in der meine Freunde vorgingen, viel Aufmerksamkeit und oft entwickelten sich im Großen Hauptquartier Unterhaltungen über das Wesen dieser „Zivilorganisation“.

Graf Zedlitz, dessen teures Andenken ich schon mehrmals heraufbeschworen habe, sagte mir einst: „Wenn mir jemand einen organisatorischen Plan, den Aufbau oder Umbau eines großen Zusammenhanges darlegt, so erwidere ich ihm: ‚Der Plan würde mich erst dann interessieren, wenn Sie die zu schaffenden Zusammenhänge als Gesetze oder Satzung oder Geschäftsordnung formuliert haben, erst dann vermag ich zu erkennen, ob juristische Zwangswirkungen möglich sind, welche das gewünschte organisatorische Zusammenwirken sichern.‘“ Von diesem Baum stammt die Erkenntnis meiner Freunde. Sie gehören nicht zu denen, die sich mit einer „Generalidee“, einem „Dessin“, begnügen und die Formulierung dem Notar oder Justitiar überlassen, sondern sie denken und schauen in juristisch formulierten Zusammenhängen, und sie beginnen mit dem Wagnis irgendeiner Verwirklichung erst, wenn sie für die technischen Vorgänge, die sie durch die Organisation herbeiführen wollen, ganz bestimmte juristische Bahnen festgelegt haben. Diese Methode hat den großen Vorzug,

daß sie alles laienhafte ausschließt, denn sie ist nur anwendbar auf Grund von Gesetzeskenntnis, Kenntnis der wirtschaftstechnischen Zusammenhänge, Erfahrung und Scharfsinn. Die Beherrschung dieser Methode gibt daher eine zuverlässige Überlegenheit, die nicht durch einen spekulativen, ideenreichen Gegenspieler gefährdet werden kann. Die Gefahr aber liegt darin, daß derjenige, der diese Methode auf Grund langer Übung und besonderer Begabung spielend beherrscht, dadurch verleitet werden kann, höchst komplizierte Gebilde aufzurichten, in denen sich schließlich nur ganz wenige zurechtfinden. Unter Umständen aber darf diese Unzugänglichkeit als ein Vorteil angesehen werden.

In dem eifrigen Zusammenwirken der Offiziere und meiner Freunde gingen die beiden Organisationsmethoden bald eine fruchtbare Vereinigung ein, und die Macht der militärischen Zentralgewalt förderte die Arbeit.

Exzellenz Sahnendorff, der zweite Generalquartiermeister, war immer bereit, persönlich nach Berlin zu fahren und sich mit Entschiedenheit einzusehen, wenn es galt, Schwierigkeiten, die in einigen Ministerien entstanden, zu beseitigen. Major von Schleicher, der Vielgewandte, fand aus mancher Notlage einen witzigen Ausweg. Am lebendigsten aber war der edelgesinnte Oberst von Thaer (Chef des Stabes beim zweiten Generalquartiermeister) für die gemeinsame Arbeit begeistert. Er war die treibende Kraft und wußte Hindenburg und Ludendorff immer von neuem dafür zu interessieren.

Auf Grund der Beschlüsse, welche die allgemeine Konferenz der kurländischen Ritter- und Landschaft am 17. Dezember 1917 gefaßt und der Obersten Heeresleitung mitgeteilt hatte, entwarfen die Militärverwaltung Kurland und der Referent des Generalquartiermeisters eine Verordnung, die Hugenberg, Leo Wegener und Gänse dann gehörig umarbeiteten. Zu diesem „Entwurf H—B“, wie er in den Akten hieß, fügte Schwerin wichtige Ergänzungen. So entstand die sog. Kurlandverordnung, die trotz des verlorenen Krieges dadurch Bedeutung behält, daß sie zum ersten Male die Siedlungsgrundsätze formulierte, die das heute geltende Reichsiedlungsgesetz enthält. Die drei wichtigsten Einrichtungen, mit denen das Reichsiedlungsgesetz vom 11. August 1919 dem deutschen Siedlungswesen neue Wege zu öffnen sucht, stammen aus der Kurlandverordnung vom 17. Juni 1918 bzw. aus den ihr zugrunde liegenden Entwürfen und Protokollen. Erstens das Institut der Landlieferungs-

verbände (§ 12ff. RSG. cf. § 8 der Aurlandverordnung), zweitens das Vorkaufsrecht (§ 4—11 RSG. cf. § 6 der Aurlandverordnung und noch deutlicher im Entwurf der Aurlandverordnung), drittens die Enteignung (§ 15 RSG. cf. § 4 betr. die eventuelle Erhöhung der „Landleistungspflicht“). — Gleichzeitig wurde die Zentralgesellschaft, die in Berlin entstehen sollte, um das Werk zu finanzieren, so sorgfältig durchkonstruiert, daß sie jeden Augenblick ins Leben und in Aktion treten konnte. Die Siedlungsgesellschaften, Privatkapital, staatliche Behörden (Reichsamt des Inneren und Preussisches Finanzministerium) und der kurländische Großgrundbesitz waren zur Mitwirkung bereit. So konnte am Sonnabend, den 4. Mai 1918 im Generalstabsgebäude in Berlin eine abschließende Sitzung stattfinden, an der von der Obersten Heeresleitung der Generalquartiermeister Exzellenz Hahndorff, Hauptmann v. Schleicher und ich teilnahmen; für die Kurländer Baron Rhaden und Silvio Broederich; für die Siedlungsgesellschaften Regierungspräsident von Schwerin; für das Privatkapital Geheimrat Hugenberg; für das Reichsamt des Inneren Geheimrat Jung; für das Finanzministerium Geheimrat Mendenbauer; ferner Leo Wegener und Swart. Wir waren wieder einmal „komplett“.

Am Montag, den 13. Mai 1918 hielt ich in Gegenwart des Obersten von Thaer dem General Ludendorff über das Ergebnis Vortrag. Ludendorff behielt sich vor, zunächst dem Feldmarschall von Hindenburg zu referieren.

Tags darauf berief mich Ludendorff zu sich, um mir mitzuteilen, der Feldmarschall sei bereit, zu unterzeichnen, wünsche aber, daß der Kaiser und der Reichskanzler vorher Kenntnis erhielten. Ludendorff übernahm es, dem Kaiser Vortrag zu halten, während ich nach Berlin fuhr, um dem Reichskanzler (in Gegenwart des Obersten von Winterfeld) unsern Plan darzulegen.

Für den 7. Juni wurde ich nach Wesnes (Befehlsstelle der Obersten Heeresleitung) befohlen. General Ludendorff, der noch die volle Sicherheit des Siegers zeigte, war lebhaft und sprach mit Freude von dem Siedlungsplan, etwa in denselben Worten, die er in seinen Kriegserinnerungen später gebrauchte¹.

¹ In Ludendorffs „Kriegserinnerungen“, S. 371 ff., Berlin 1919: „Mich befehle der Wunsch, ein zufriedenes und wehrhaftes Geschlecht nach dem Kriege zu erziehen. Ich wollte im Baltikum ein großes Siedlungsgebiet für Soldaten und die später aus Rußland in großer Zahl zu erwartenden deutschen Rückwanderer schaffen. Die weiten, unbewohnten und unbearbeiteten Flächen dort boten Raum

Am 17. Juni 1918 unterzeichnete Feldmarschall von Hindenburg den Erlaß, von dem wir die Verwirklichung des Planes erhofften.

Einen Monat später, am 19. Juli erfuhr ich, daß nach Ansicht der Operationsabteilung Hindenburgs der Krieg verloren sei.

So trat unser Freundeskreis durch gemeinsame Arbeit eng verbunden aus dem Kriege heraus, und so ergab sich psychologisch zwingend die Notwendigkeit, auch in gemeinsamer Arbeit an die Aufgabe zu gehen, welche wir stets als einen Teil unserer allgemeinen Bestrebungen betrachtet haben: die Organisation der Presse.

2. Die soziologische Funktion der geschäftlichen Interessen.

Wir nennen einen Menschen, der auf das politische Geschehen Einfluß zu üben sucht, dann einen „Interessenten“, wenn wir andeuten wollen, daß mit seiner öffentlichen Betätigung der Erfolg privater geschäftlicher Unternehmungen zusammenhänge. Wir sind geneigt, solchen Zusammenhang als etwas Bedenkliches zu betrachten, weil die Möglichkeit besteht, daß die allgemeine Wohlfahrt nur vorgewendet wird, um den Erfolg privater geschäftlicher Unternehmungen zu fördern. Dieses Mißtrauen wird durch zwei Momente zur ethischen Beurteilung gesteigert: erstens weil das allgemeine Wohlergehen und der geschäftliche Erfolg nicht häufig parallel laufen werden und im Falle ihrer Divergenz der Interessent sich gedrängt fühlen wird, für seinen geschäftlichen Erfolg gegen die allgemeine Wohlfahrt zu handeln. — Hierzu kommt zweitens, daß der Interessent als ein mit geschäftlichen, auf Geldgewinn gerichteten Unternehmungen verbundener, geneigt und fähig sein wird, Geldmittel für die Herbeiführung eines von ihm gewünschten politischen Ge-

für deutsche Siedlungen, ohne die Landesbewohner zu beengen . . . Ein weites Arbeitsgebiet von höchster nationaler Bedeutung tat sich auf. General Hahndorff nahm sich dieser Fragen mit weitem Blick an. Gemeinnützige Siedlungsgesellschaften, denen die erfahrensten Kreise aus Deutschland zur Verfügung standen, wurden geschaffen und gingen sofort an das Werk. Damals ereiferten sich die Gemüter über die Siedlungsgesellschaften. Wie richtig der Grundgedanke war, sollte die Zukunft beweisen. Eine der ersten Maßnahmen der republikanischen Regierung war der Entwurf eines Ansiedlungsgesetzes, das in seinen Grundlinien auf den von der Obersten Heeresleitung durch Professor Ludwig Bernhard entworfenen Verordnungen für Kurland beruht.“

schehens oder Unterlassens aufzuwenden, so daß er nicht nur selbst — gemessen an der Bedeutung anderer Staatsbürger — einen unverhältnismäßig großen Einfluß gewinnt, sondern auch besitzlose Personen, die in der politischen Maschinerie einflußreich sind, im Sinne seiner Interessen beeinflussen und korrumpieren kann. Prüft man diese Analyse, so findet man, daß sie auf der als selbstverständlich angenommenen Voraussetzung beruht, die allgemeinen politischen Anschauungen einerseits und die geschäftlichen Interessen andererseits seien voneinander wesensverschieden; die allgemeinen politischen Anschauungen als etwas, das an der allgemeinen Wohlfahrt zu messen ist; die besonderen geschäftlichen Interessen als etwas, das an der Differenz zwischen Kosten und Ertrag einer Privatunternehmung zu messen ist. Irgendein innerer Zusammenhang scheint nicht zu bestehen, vielmehr scheint die Vermischung von allgemeinen Bestrebungen und besonderen Interessen eine Art Betrug. So wirft man denn auch dem national gesinnten Schwerindustriellen vor, daß das Feuer seiner nationalen Begeisterung im eigenen Hochofen geschürt sei, oder dem Bankherrn, daß er Weltbürger sei, weil er deutsche Effekten in New York und Amsterdam zu emittieren habe.

Diese Vorwürfe werden ihre Wirkung niemals verlieren, weil sie im Grunde richtig sind. In der Tat haben die Großindustriellen des Ruhrgebiets oder die Großgrundbesitzer Ostbelgiens ihre lebhaften Sympathien für das Betonen nationaler Eigenart, weil sie Hochofen oder Rittergüter besitzen, und die Bankherren und Großhändler haben ihre Begeisterung für Völkerbund und Völkerveröhnung, weil sie Effekten emittieren oder in Leder handeln. Das alles ist richtig, aber die als selbstverständlich angenommene Voraussetzung ist falsch. Falsch ist die Annahme, daß die allgemeinen politischen Anschauungen einerseits und die besonderen geschäftlichen Interessen andererseits voneinander wesensverschieden seien. Soziologisch betrachtet, d. h. im Zusammenhange mit der Frage, wie kommen die Gruppenbildungen in der Gesellschaft zustande und in welchen Beziehungen stehen die Gruppen zueinander — soziologisch betrachtet besteht vielmehr zwischen diesen scheinbar heterogenen Begriffen eine Verwandtschaft bestimmter Elemente, eine Affinität, die, wie sich sogleich zeigen wird, für die Dynamik des öffentlichen Lebens von großer Bedeutung ist; von so großer Bedeutung, daß man sagen kann, das öffentliche Leben der modernen Großstaaten wird durch die Affinität von politischen Anschauungen und geschäftlichen Interessen gekennzeichnet. Denn in dem, was man „öffentliches“ Leben nennt,

im Gären der öffentlichen Meinung, im Kampf der Parteien, in den politischen Wahlen, in den Debatten und Beschlüssen der Parlamente geht ein wesentlicher Teil der Spannungen auf zwei materielle Gegensätze zurück:

Der eine, der letzte und äußerste Gegensatz ist der zwischen Besitz und Nichtbesitz, der andere, gleichsam der „vorletzte“ Gegensatz, ist der zwischen beweglichem und unbeweglichem Besitz. Solange jener letzte und äußerste Gegensatz sich nicht zur Katastrophe steigert, wirkt im politischen Leben der „vorletzte“ Gegensatz sogar stärker als der letzte und äußerste Gegensatz. Beweglicher Besitz einerseits, unbeweglicher Besitz andererseits bilden materielle Kerne für zwei voneinander getrennte, gegeneinander kämpfende politische Anschauungen. Denn indem der unbewegliche Besitz die Gutsbesitzer, die Bergwerkseigentümer, die Großindustriellen mit ihren geschäftlichen Interessen innerhalb der Grenzen eines Landes festhält, zwingt er diese Eigentümer, Gedanken und Gefühle mit dem Schicksal des Landes in steter, enger Berührung zu halten. Das Land, das umgrenzte Gebiet, von dem ein Etwas ihnen angehört, das Land, in dem vielleicht schon ihre Voreltern aufgebaut haben, was Mittel eines Wohlstandes geworden ist, das Land mit seinen Grenzen und seinem Schicksal, bildet die Grundlage ihres Daseins.

Wie nun diese Verbundenheit bei dem einzelnen auch zum Ausdruck kommen mag, ob er daraus den Schluß zieht, daß die Grenzen des Landes gegen ausländische Konkurrenz gesperrt werden müssen, oder ob er daraus einen derben Haß gegen die Nachbarstaaten saugt, oder ob eine starke, verstehende Liebe für die Bedeutung nationaler Eigenart daraus erwächst — das wird von der Persönlichkeit des einzelnen abhängen. Jedenfalls aber — wohin auch die einzelnen Ausläufer sich richten mögen — jedenfalls bildet der unbewegliche Besitz einen sammelnden und stärkenden Kern für alles dasjenige, was dahin neigt, die nationale Eigenart zu betonen und sich gegen fremdes Wesen abzuschließen.

Der bewegliche Besitz hingegen, indem er fremden Überfluß zur Befriedigung heimischen Bedarfs heranzieht, unbeschäftigter heimischer Tatkraft lohnende Beschäftigung für ausländischen Bedarf verschafft, den Kreis der Wirtschaft ausdehnt, zwingt er die Banfiers, die Handeltreibenden, ihre Gedanken, ihre gestaltenden Geisteskräfte hinauszuweisen zu lassen über die Grenzen des Landes, das ja, wie ihre tägliche Arbeit sie lehrt, nur ein Bruchstück ist einer

großen Einheit. Auch hier wird es ganz von der Persönlichkeit abhängen, wie diese ins Weite gerichtete Haltung bei dem einzelnen wirkt. Ob er daraus den Schluß zieht, das die Zollschranken fallen müssen oder ob er daraus eine lächelnde Geringschätzung für alles „Bodenständige“ und eine ungehemmte Bewunderung für alles Fremde gewinnt oder ob ein starker umfassender Glaube an eine friedliche Annäherung der Völker daraus erwächst. Wie diese Wirkungen auch auslaufen mögen, jedenfalls bildet der bewegliche Besitz einen sammelnden und stärkenden Kern für alles das Seelische, das dahin neigt, die Gemeinschaft alles Menschlichen zu betonen und fremdes Wesen zu begreifen.

So haben sich Erscheinungen gebildet, die dadurch gekennzeichnet sind, daß jede von ihnen eine Zweigestalt aus Weltanschauung und Interessenstandpunkt bildet. Diese Vermählung von Weltanschauung und Interessenstandpunkt wird noch enger, wo die Interessen des Besitzes zu Angelegenheiten des Ehrgefühls gesteigert oder — besser gesagt — umgebildet sind. Ich verstehe unter Ehrgefühl hier nicht die vielleicht oberflächliche gesellschaftliche Empfindlichkeit für die Achtung, die eine Persönlichkeit in einem Kreise genießt, sondern als Ehrgefühl sei bezeichnet das tiefe Gefühl einer Persönlichkeit dafür, ob ihr Empfinden und ihr Denken und Handeln vor dem eigenen sittlichen Bewußtsein als wertvoll bestehen können. In diesem tiefstempfundenen und ethisch hoch zu wertenden Sinne werden die Interessen des Besitzes zu Angelegenheiten des Ehrgefühls. Wenn z. B. ein Landgut seit Generationen im Besitz einer Familie ist, wird alles, was die Erhaltung dieses Besitzes betrifft, in erster Linie zu einer Ehrensache oder, wenn eine Fabrik mit ihren Einrichtungen und ihrer Produktion das Ergebnis einer großaufgefaßten Lebensarbeit bildet, oder wenn es sich um die Existenz einer Bank handelt, die fast zu einem Teil des öffentlichen Wesens geworden ist. Daß eine solche Vermählung des geschäftlichen Interesses mit dem Ethischen und Weltanschaulichen sich vollziehe und sich in möglichst weitem Umfange vollziehe, liegt durchaus auch im Sinne des allgemeinen Wohles, denn die gesamte Volkswirtschaft wird um so fester fundiert sein, je mehr in allen ihren Teilen eine derartige Vermählung erfolgt. Die für den Staat so wichtigen Gemeinschaftsgefühle, Verbandsgefühle beruhen zum großen Teil auf diesem Zusammenhang und nicht etwa auf abstrakten Vorstellungen. Abstrakte Vorstellungen werden selten ausreichen, um das zu erzeugen, was für die Gemein-

schaftsgefühle wesentlich ist: den Habitus, die dauernde Gefühlshaltung. Damit aber hängt wiederum zusammen: Je intensiver die Vermählung des geschäftlichen Interesses mit dem Ethischen und Weltanschaulichen ist, um so stärker werden die Interessenten sich gedrängt fühlen, in das öffentliche Leben einzugreifen. Daher kommt es, daß es in allen Gewerben gerade die ethisch hochstehenden Persönlichkeiten sind, die sich getrieben fühlen, die Interessen ihres Gewerbes auch in der Politik geltend zu machen und den Makel eines „Interessenten“ zu tragen. Die „Miturverdiener“ hingegen halten sich von dem gefährlichen Eingreifen in das politische Gebiet fern, überlassen es den anderen, die Kastanien aus dem Feuer zu holen und genießen noch den Vorteil, die besondere Sauberkeit ihrer Denkweise bewundern zu lassen. Denn gefährlich ist und bleibt das Zusammenwirken von Interessen und Politik, weil der Zusammenhang von persönlichen Geldvorteilen und öffentlichem Wohl manche schlimme Gelegenheit schafft, die manchen Dieb macht.

Man könnte meinen, daß der Gegensatz, der zwischen beweglichem und unbeweglichem Besitz besteht und in der Dynamik des öffentlichen Lebens eine Rolle spielt, etwas vorübergehendes sei, da ja bewegliches und unbewegliches Kapital, repräsentiert durch Banken und Handel einerseits, Industrie und Landwirtschaft andererseits, immer enger zusammenarbeiten. Jedoch das intime Zusammenarbeiten hat den Gegensatz nicht abgestumpft, sondern verschärft; denn das intime Zusammenarbeiten von Banken und Industrie ist ein Kämpfen gegeneinander. Für die Banken wird das Zusammenarbeiten mit der Industrie immer dann besonders „interessant“, wenn es über das normale Kreditgeschäft hinausgeht, wenn die Bank gestaltend in die Industrie eingreifen kann. Dann werden große Transaktionen möglich und an einem Tage wird ein Vielfaches von dem verdient, was vorher in Jahren aus dem „normalen“ Geschäft für die Bank herausprang. Dann sind auch organisatorische Leistungen möglich, die an sich Freude machen, das Ansehen und die Macht der Bank erhöhen und dauernd große Gewinne versprechen. So ist die große deutsche Elektrizitätsindustrie nicht von Industriellen, sondern von Bankiers umgestaltet und aufgetürmt worden. Das Schicksal Schuckerts und die Erlebnisse Bergmanns geben Kunde davon. Man hat gemeint, daß dieses Ringen notwendig und schnell zur Herrschaft der Banken über die Industrie führen müsse, so daß dann der Gegensatz demnach verschwinden werde. Jedoch auch das

ist keineswegs zu erwarten. Zwar ist den Banken gegenüber der Industrie eine Überlegenheit eigen, weil fast jedes industrielle Unternehmen Zeiten der Kreditschwierigkeit durchlebt, und so ein Unternehmen nach dem anderen in Abhängigkeit gerät. Aber in Perioden allgemeiner Geldflüssigkeit, in denen bereits ein nahender Aufschwung fühlbar wird oder in Zeiten einer Inflation, welche die Produktion anregt, reißt sich die Industrie meist schnell und allgemein von den allmählich geknüpften Banden los, zumal, wenn hervorragende industrielle Führer sich der Gelegenheit vorausblickend bemächtigen. Und selbst wenn industrielle Werke bereits völlig beherrscht werden und die Banken „ihre“ Männer in die maßgebenden Stellen gebracht haben, wenn also von einem Losreißen nicht die Rede sein kann, selbst dann erfolgt fast stets ein Rückschlag. Denn das absolute Bankregime ist den industriellen Werken auf die Dauer nicht heilsam, es schädigt die industrielle Spannkraft und damit den geschäftlichen Erfolg, so daß die beherrschende Bank sich im eigenen Interesse von der industriellen Last wieder befreit.

Dieses Hin und Her verschärft den heimlichen Gegensatz zwischen Banken und Industrie und läßt den Kampf in immer neuen Formen aufleben. So war die ganze Finanzpolitik des alten Thyssen ein siegreicher Kampf des Ruhrindustriellen gegen die Banken, die vorher im Ruhrgebiet allmächtig waren. Thyssen machte Schule, und mir klingt noch im Ohr der triumphierende Ton, mit dem Emil Kirdorf vor dem Verein für Sozialpolitik die Worte sprach: „Niemand ist der Einfluß der Großbanken in der Großindustrie Rheinlands und Westfalens so gering gewesen, wie er zur Zeit ist. Man kann heute im Gegenteil sagen: die Großbanken buhlen um das Wohlfühlen der Industrie, aber nicht etwa umgekehrt¹.“ Das war zehn Jahre vor dem Kriege, und nach dem Kriege kam in der Inflationszeit der Kampf, den Hugo Stinnes gegen die Großbanken führte, die dann wiederum nach seinem Tode den Spieß umkehrten, indem sie den Stinnes-Konzern „schlachteten“ und einige der von Stinnes einst besonders geschätzten Teile an einen englischen Papier- und Zeitungstrust verkauften². Immer wurde und wird dieser Kampf ge-

¹ Schriften des Vereins für Sozialpolitik, Bd. 116, S. 285.

² Es handelt sich um die Koholnt A.-G. in Berlin. Sie besitzt in Ostpreußen, Westfalen und am Rhein einige bedeutende Papierstoff- und Papierfabriken. Hugo Stinnes hatte die Koholnt A.-G. dazu bestimmt, einem deutschen Zeitungskonzern als Rohstoffgrundlage zu dienen. Nach Stinnes' Tode wurde die Aktienmehrheit der Koholnt A.-G. unter führender Mitwirkung der Darmstädter- und

führt in den legalen Formen eines geschäftlichen Zusammenarbeitens. Immer aber bleibt es ein Kampf.

Die allgemeine Bedeutung des Kampfes zwischen beweglichem und unbeweglichem Besitz hatten wir darin gesehen, daß mit dem Gegensatz der Interessen ein Ringen um Lebensanschauungen verbunden sei. Dazu aber fügt sich ein anderer Zusammenhang, der direkt in das politische Leben hineinführt: Ich nannte den Gegensatz zwischen beweglichem und unbeweglichem Besitz den „vorletzten“ Gegensatz, um den das politische Leben spiele, solange der letzte und äußerste Gegensatz sich nicht zur Katastrophe steigere. Der letzte und äußerste Gegensatz aber, nämlich der Gegensatz zwischen Besitz und Nichtbesitz bleibt doch im Hintergrunde stets wirksam und bricht gelegentlich tobend hervor.

Man sollte nun meinen, daß der Gegensatz zwischen beweglichem und unbeweglichem Besitz in all den Kämpfen verschwinden müßte, in denen sich Besitz und Nichtbesitz gegenüberstehen. Das ist aber nicht der Fall. Nur in Augenblicken der vollständigen Gefährdung der Wirtschaftsordnung oder bei einem unmittelbaren Eingriff kommunistischer Mächte ist solche Einheit zu beobachten. So war es z. B. im großen, als nach dem Kriege ein Sieg des Bolschewismus oder Spartakismus in Deutschland drohte, und so war es im kleinen, als man fürchtete, die zusammenbrechenden Unternehmungen der Ufa könnten in den Besitz der kommunistischen Propagandazentrale gelangen¹. Von solchen Momenten der Angst abgesehen, verstummt der Kampf zwischen beweglichem und unbeweglichem Besitz keineswegs in den Kämpfen zwischen Besitz und Nichtbesitz, sondern gewinnt im Gegenteil hier erst seine rücksichtsloseste Härte. Und das kann aus folgenden Gründen nicht anders sein:

Die bestehende Wirtschaftsordnung, die auf der Anerkennung und dem staatlichen Schutze des Privateigentums an Produktionsmitteln beruht, kann von den Besitzenden gegenüber der weit größeren Masse

und Nationalbank und der Berliner Handelsgesellschaft an die International Pulp & Chemical Co. Ltd. in London verkauft. Diese Gesellschaft befindet sich im Besitz des großen englischen Papier- und Zeitungstruists Inveresk Paper Co., dem eine ganze Reihe englischer Zeitschriften gehört, darunter: Illustrated London News, Sketch, Graphic, Drapers Record, Sphere, Tatler u. a.

Also hat ein englischer Presse trust mit Hilfe deutscher Großbanken in Deutschland festen Fuß gefaßt.

¹ Siehe unten den Abschnitt: „Erwerb der maßgebenden Beteiligung an der Univerzum-Film-Aktien-Gesellschaft.“

der Nichtbesitzenden nur deshalb aufrechterhalten werden, weil breite Schichten der Bevölkerung und insbesondere weil die Führer breiter Schichten das Privateigentum an Produktionsmitteln für notwendig halten, vielleicht für ein notwendiges Übel, vielleicht für etwas nur zur Zeit noch Notwendiges aber — für etwas Notwendiges. Wenn die führenden Persönlichkeiten der deutschen Sozialdemokratie, welche die Gesetzgebungsmaschine nach dem Kriege in ihren Händen hatten, wirklich ernstlich geglaubt hätten, daß eine Beseitigung oder eine weitgehende Einschränkung des Privateigentums an Produktionsmitteln möglich, d. h. wirtschaftstechnisch tragbar, d. h. ohne einen verhängnisvollen Rückgang der Produktion durchführbar gewesen wäre, dann wäre die Sozialisierung durchgeführt worden. Nicht durch die Macht des Besitzes wurde das verhindert, sondern durch die zwar zeitweise schwankende, aber im entscheidenden Augenblick doch von der wirtschaftstechnischen Unentbehrlichkeit des Privateigentums an Produktionsmitteln überzeugte Meinung der führenden Sozialdemokraten, welche genügend Einfluß hatten, um die breiten Massen, sei es zu überzeugen, sei es über die kritischen Vorgänge hinwegzuleiten.

Als so grell die psychologischen Grundlagen der Wirtschaftsordnung zutage traten und so deutlich die Unsicherheit dieser Grundlagen erkennbar wurden, machte sich auch geltend, daß die Massen den „Besitz“ nicht als etwas Einheitliches auffassen, sondern wohl zu unterscheiden wissen. Beeinflußt insbesondere durch die jahrzehntelang betriebene Propaganda der Bodenreformer, stellte sich die öffentliche Meinung anders zum unbeweglichen als zum beweglichen Besitz und mißbilligte vor allem das Privateigentum an großen Landgütern, an Bodenschätzen (Kohlen und Erzen) und an solchen industriellen Werken, die man im Kriege als „lebenswichtige Betriebe“ erkannt hatte. In bezug auf den beweglichen Besitz hingegen stand nicht der Gedanke einer Beseitigung des Privateigentums im Vordergrund, sondern der Gedanke an Verkehrs- und Preiskontrollen, Wucherbekämpfung, Devisenordnung und ähnliches.

Man kann, wenn man die Zeitungen der Jahre 1918—1924 daraufhin studiert, feststellen, daß in bezug auf die Arten des Besitzes, ich will nicht sagen sehr genau, aber doch sehr eifrig unterschieden wurde, da nämlich die höchst ernst genommene, wenn auch höchst unklare Frage hineinspielte, wo denn nun der „eigentliche“ Kapitalismus sitze und wie man den am wirksamsten packen könne, ob durch Beseitigung des Privateigentums an unbeweglichem Besitz oder durch

Kontrolle der Bahnen, welche der bewegliche Besitz fortwährend durchlaufe.

So fanden die Gegensätze zwischen beweglichem und unbeweglichem Besitz in den Sozialisierungsneigungen der Bevölkerung nicht einen Anlaß sich auszugleichen, sondern im Gegenteil einen starken Antrieb sich zu verschärfen und im politischen Kampf hervorzutreten.

Der kranke Teil unserer Wirtschaftsordnung sei, so sagten die einen, der Großgrundbesitz, das Privateigentum an Bodenschätzen und an solchen Werken, welche dem Gemeinwohl unentbehrlich sind. Hierdurch werde der Gesamtheit eine Rente abgepreßt, die wenigen Großeigentümern zufließe. Der krankhafte und heilungsbedürftige Teil unserer Wirtschaftsordnung, so sagten die anderen, sei die Internationalität des Kreditverkehrs. Hierdurch werde der nationale Wohlstand ausgezogen zugunsten internationaler Kapitalisten. Diese Auseinandersetzungen sind nun praktisch-politisch von sehr erheblicher Bedeutung, denn der Kampf zwischen Kapitalismus und Sozialismus, also der Kampf um die Gestaltung der Wirtschaftsordnung wird entscheidend vorwärtsgebracht, weniger durch das Zusammenprallen von Kapitalisten und Sozialisten, als vielmehr durch den Kampf zwischen verschiedenen kapitalistischen Gruppen, von denen zwar jede an dem Gedanken des Privateigentums grundsätzlich festhält, aber so, daß die eine mehr und stärker Reformen in bezug auf Banken, Börsen, Spekulation, Handel, die andere Reformen in bezug auf Großgrundbesitz, Industrie vertritt und der öffentlichen Meinung nahezubringen sucht. Jede der beiden Gruppen sucht also gewissermaßen die Güter der anderen preiszugeben, um ohne eigenen Schaden die Entwicklung weiterzuführen. In jeder der beiden Gruppen weiß oder fühlt man, daß es sich um eine Auseinandersetzung handelt, die an die materiellen Grundlagen rührend auch die Entscheidung über die eigenen Kulturideale bringt. Daher die Leidenschaft des Kampfes, daher die Hoffnungslosigkeit einer Verständigung, daher die Gleichgültigkeit gegen das, was heute für Recht gehalten wird, da es ja morgen schon Unrecht sein kann.

In einem solchen Kampfe mußte notwendig der Wunsch entstehen, auf die psychologische Grundlage der Wirtschaftsordnung Einfluß zu gewinnen, d. h. auf die öffentliche Meinung.

Eines der Hauptmittel, welches die Interessenten anwenden, um die öffentliche Meinung zu beeinflussen, sind die Zeitungen, die „Kanäle zu den Gehirnen der Menschen“.

Als Lord Rothschild gefragt wurde, ob er bereit sei, eine der führenden Zeitungen Englands zu kaufen, antwortete er: „Es ist ein Grundsatz unseres Bankhauses, niemals ein finanzielles Interesse an irgendeinem Zeitungsbesitz zu nehmen.“ J. Harcourt Ritchin, der dieses Wort mitteilt¹, fügt hinzu: „Die Rothschilds hatten zwar geholfen, Grundstücke für den Buchklub (ein großes Propagandaunternehmen der „Times“) zu erwerben, aber das war eine reguläre Kapitalanlage.“

Eine reguläre Kapitalanlage — das ist es!

Es liegt in der Natur jedes großen, modernen Zeitungsunternehmens, das seine Entwicklung in immer erneuten Stößen vorwärtstreibt. Die Gefahr einer unerwartet vordringenden Konkurrenz oder die Laune des Publikums oder der Wunsch, eine Gelegenheit zu ergreifen, zwingen plötzlich zu Anstrengungen, die fast stets mit kostspieligen Erweiterungen der Anlagen, mit großen Propagandaausgaben verbunden sind. Nur selten wird ein Zeitungsverlag genügend Mittel aufgespart haben, den Vorwärtstoß ohne Hilfe einer Bank zu führen. Je mehr die Zeitungsverlage an Größe zunehmen, je weiter ihr finanzieller Radius über das Vermögen einzelner Personen hinausgreift, je angespannter die Konkurrenzkämpfe werden, je rationeller die Kreditpolitik der Zeitungsverlage wird, um so mehr werden sie gezwungen oder geneigt sein, bei Banken Stützpunkte zu finden. Der Wert der Kapitalanlagen der großen Berliner Zeitungsverlage beträgt heute in einem einzigen Verlag 20—60 Mill. M. Und nicht nur in Berlin, sondern auch in der „Provinz“ gibt es Zeitungsunternehmungen von diesem Ausmaße. In England, wo die Pressekonzentration noch weiter vorgeschritten ist, ist ein Zeitungsunternehmen, die „Illustrated Newspapers“ Ltd. im Oktober 1926 mit einem Kapitalaufwand von 3500000 £ = 70 Mill. M. finanziert worden²; ein anderes englisches Zeitungsunternehmen (E. Hulston & Co.) wurde 1923 vom Daily-Mail-Trust für 6000000 £ = 120 Mill. M. übernommen³. Dabei ist zu beachten, daß es noch zwei erheblich größere Zeitungsunternehmungen in England gibt.

¹ J. Harcourt Ritchin in „Moberly Bell and his Times“, 1925, S. 223.

² 1400000 £ Ordinary Shares, 1800000 £ 7% Pref. Shares, 300000 First Mortgage Debenture Stock. Offizielle Registermitteilung der Illustrated Newspapers Ltd. über den Gründungsvorgang.

³ Offizielle Registermitteilung des Daily Mail Trust Ltd. gelegentlich der Ausgabe von 8 Mill. £ First Mortgage Debenture Stock im Oktober 1923.

Kein modernes Zeitungsunternehmen kann sich ohne Bankkredit entwickeln. In einem unaufhörlich sich wiederholendem Aufnehmen und Hingeben, in einem fast zu organischer Bewegung gesteigerten Wechselspiel zwischen Bank und Zeitung entwickelt sich der Körper der Zeitung.

Und die Seele der Zeitung? Sie kann nicht unberührt bleiben. Wenn ein Mann, der für das geschäftliche Gedeihen, also für die Existenz eines Zeitungsverlages verantwortlich ist, sich bewußt wird, daß ein beträchtlicher Bankkredit im nächsten Jahre prolongiert werden muß, wird er, ohne gegen sein Gewissen zu handeln, sich doch so verhalten, daß er das Geschäft nicht aufs Spiel setzt. Er wird das Kampfesfeuer, das jede Zeitung zu ihrem Gedeihen braucht, nicht gerade dahin sprühen lassen, wo die Bank im ollen gemeinen oder die „befreundete“ Bank im besonderen empfindlich sind. Die Presse in einer organischen Abhängigkeit zu halten, ohne Zeitungen zu besitzen, das ist die Stärke der Banken. Indem die organische Abhängigkeit sich über einen großen Teil der Presse erstreckt, ohne Ansehung der Partei, wird über die ganze politische Front hin sich ein liebliches Maßhalten geltendmachen, dem dann zu guter Stunde ein fröhliches Mitgehen entspricht.

Der unbewegliche Besitz hat nicht so günstige Gelegenheiten, auf den Wegen des regulären Geschäfts in die öffentliche Meinung hineinzugleiten. Je mehr aber die Allgegenwart der Banken sich in der Presse fühlbar macht, je stärker die Weltanschauung des beweglichen Kapitals von jener Allgegenwart ausstrahlt, um so stärker ist auch das Bedürfnis geworden, dem entgegenzuwirken.

Durch die im vorhergehenden erörterten Zusammenhänge ist vorgezeichnet, wie sich notwendig das bewegliche Kapital einerseits und das unbewegliche Kapital andererseits, jedes in der ihm entsprechenden Weise, Einfluß auf die Presse verschaffen wird, um auf die öffentliche Meinung, von der die tiefsten, die entscheidenden Veränderungen der Wirtschaftsordnung ausgehen, einzuwirken. Ob das moralisch oder unmoralisch ist, wird davon abhängen, in welchem Geiste diese notwendigen Handlungen vollzogen werden.

3. Zeitungsstrifen.

Durch die beherrschende Bedeutung, welche die Inserateneinnahmen im Zeitungshaushalt haben, wird jede Zeitung in hohem Maße konjunkturrempfindlich. Jeder Zeitungsverleger erhält in den täglich

kontrollierbaren Inseratenaufträgen und in dem täglich feststellbaren Verhältnis der Inseratenbarzahlungen zu den Außenständen höchst reagible Merkzeichen für die wirtschaftliche Lage im allgemeinen und für die finanziellen Ausichten seines Blattes im besonderen. Nicht aber vermag der Zeitungsverleger immer mit Sicherheit zu erkennen, wodurch ein Rückgang der Inseratenaufträge oder ein Nachlassen der Barzahlungen bewirkt worden ist. Der Leiter seiner Inseratenabteilung wird den Rückgang als Folge einer allgemeinen wirtschaftlichen Depression oder als eine „Saisonercheinung“ zu erklären suchen. Der Verleger hingegen wird vorsorglich vermuten, daß in der Organisation der Inseratenabteilung etwas in Unordnung sei. Schließlich aber werden Verleger und Inseratenchef sich sagen, daß etwas geschehen müsse, d. h. fast stets: Verstärkung der „Propaganda“, und die kostet Geld.

Die allgemeinen Wirtschaftskrisen von 1900 und 1907 mit den anschließenden Depressionsjahren hatten das Zeitungswesen schwer getroffen, hatten aber zugleich einigen genialen, zupackenden Zeitungsorganisatoren zum Sprunge gedient, um der belasteten Konkurrenz zuvorzukommen. Eine Vermehrung des Wettbewerbes unter den großen Zeitungen war die Folge. Bedeutende Verbesserungen, insbesondere in der Illustration des Rotationsdrucks waren die sehr kostspieligen technischen Mittel. Gewaltige Propagandaschläge begleiteten diese Neuerungen.

Das mußte sich notwendig im Haushalte der großen Zeitungen als eine unvermutete Vermehrung des Kapitalbedarfs geltend machen, und wo es nicht gelang, diesen Kapitalbedarf in solider Weise zu befriedigen, kamen die Zeitungen ins Schwanken.

Die Folgen wurden bald auch den Außenstehenden erkennbar, denn es setzte eine Zeitungskrisis ein, die zu einer wesentlichen Umgestaltung der europäischen Presse führte.

In London bot sich zuerst das damals dem Publikum noch ungewohnte Bild, daß große Zeitungen, die durch Menschenalter einheitlich geleitet, eine Tradition verkörperten, plötzlich verkauft wurden. Es wirkte wie eine unglaubliche Mär, als man in eingeweihten Kreisen sich zuraunte, daß sogar die „Times“ verkäuflich sei, und als schließlich nach mehrjährigem Schwanken dieses weltberühmte Blatt an den großen Zeitungsgeschäftsmann Lord Northcliffe verkauft wurde¹. Lord Northcliffe nahm die „Times“ in seinen Zeitungs-

¹ Die einzige zuverlässige Quelle bildet der Auseinandersetzungsprozeß „Sibley v. Walter“. Er wurde im Jahre 1905 vor dem „Court of Chancery“ in London

konzern auf. Ganz ähnlich kamen kurz vorher und bald nachher verschiedene englische Zeitungen und Zeitschriften ins Schwanken und wurden von einigen unternehmenden Männern aufgekauft und reorganisiert. Insbesondere wirkten in dieser Weise William Ewert Berry, der seit 1901 das Annoncenwesen reformierte¹, ferner Sir John Ellerman, einer der größten englischen Reedereibesitzer², der seit 1903 Zeitungen kaufte und auch im Jahre 1908 an dem Erwerb der „Times“ durch Lord Northcliffe beteiligt war³, ferner

eröffnet. Am 5. Dezember 1906 wurde ein vorläufiges „agreement“ verkündet. Am 31. Juli 1907 erging ein Gerichtsbeschuß über die Weiterführung der Angelegenheit. Am 7. und 18. Januar 1908 veröffentlichte die „Times“ Erklärungen in der Angelegenheit. Am 16. März 1908 erging ein Gerichtsbeschuß über den Abschluß der Angelegenheit.

Der Tatbestand, der in diesem Prozeß öffentlich bekannt wurde, ist für die Entwicklung großer Familienunternehmungen der Presse bezeichnend: Der Begründer der „Dynastie Walter“, die seit mehr als hundert Jahren die „Times“ regierte, hatte bei seinem Tode im Jahre 1812 die Druckerei hinterlassen und die Hälfte des Verlagsrechtes der „Times“. Die Erbordnung der „Dynastie Walter“ wurde so gehandhabt, daß die Nachfolger des Begründers: John Walter II., gestorben 1847, John Walter III., gestorben 1894 und dessen Sohn Arthur F. Walter die Druckerei behielten, während das Verlagsrecht mit jedem Erbfall weiter zersplitterte. Es gab Familien, die ganz unbedeutende Bruchteile des Verlagsrechtes besaßen. Der „Times-Beherrscher“ Arthur F. Walter selbst besaß außer der Druckerei nur ein Achtel des Verlagsrechtes. Zwischen der „Times“ und der Druckerei bestand seit der Gründung ein unkündbarer Vertrag, demzufolge die „Times“ in der Walter-Druckerei gedruckt werden mußte. Da Arthur F. Walter nicht die Mittel besaß, die Druckerei zu entwickeln, wurde die Herstellung der „Times“ — verglichen mit konkurrierenden Blättern — immer teurer und schlechter. Die kleinen Anteilseigner, deren es etwa hundert gab, erhielten immer weniger und schließlich gar keine Gewinne und mußten fürchten — da sie eine „private partnership“ bildeten —, für Schulden der „Times“ haftbar gemacht zu werden. Einer der kleinsten Teilhaber, ein Dr. Sibley, strengte daher im Jahre 1905 einen Prozeß gegen Arthur F. Walter an, in welchem er forderte, daß ihm Einblick in die Geschäftsführung der „Times“ gegeben werde. Das Gericht verfügte eine Untersuchung, die zu einem so ungünstigen Ergebnis kam, daß Dr. Sibley die Auflösung der Gesellschaft und den Verkauf der „Times“ fordern konnte. Das Gericht beschloß demgemäß und behielt sich vor, den Verkauf zu genehmigen, um eine Schädigung der kleinen Teilhaber zu verhindern.

¹ Den Anfang machte er mit der Begründung von „Advertising World“ im Jahre 1901.

² Sir John Ellerman, Großaktionär der Leyland-Schiffahrtslinie, organisierte die Ellerman-Lines und spielt auch in anderen Schiffahrtsunternehmungen eine bedeutende Rolle.

³ John Ellerman wurde bei Übernahme der „Times“ nächst Lord Northcliffe, der 51% der stimmberechtigten Anteile übernahm, der größte Anteilsbesitzer der „Times“.

Sulton und einige kleinere Unternehmer. So entstanden infolge der Zeitungskrisen große kapitalstarke Konzerne. William Ewert Berry, dessen Kapital aus der englischen Bergwerksindustrie stammte brachte gemeinsam mit seinem Bruder J. Homer Berry eine ganze Reihe zum Teil sehr verbreitete Zeitungen und Zeitschriften („Sunday Times“, „Daily Dispatch“, „Evening Chronicle“, „Sunday Chronicle“, „Empire News“; ferner Sportzeitschriften) an sich, zu denen er später mehrere in Glasgow und Newcastle erscheinende Blätter fügte. John Ellerman kaufte besonders illustrierte Zeitschriften, „Sphere“ und „Tatler“, die sich seit 1900 in finanziellen Schwierigkeiten befanden, „Illustrated London News“, „Sketch“, „Graphic“, „Drapers Record“, „Bytander“, „Eve“. Durch scharf durchgeführte finanzielle Maßnahmen¹ und durch große technische Neuerungen wurden die den Krisen nicht gewachsenen Zeitungsverlage saniert und dann zu mächtigen, widerstandsfähigen Konzernen zusammengefügt.

In Frankreich machte sich die allgemeine Krisis von 1900 und besonders die darauffolgende wirtschaftliche Depression der Presse ebenfalls fühlbar, führte aber zu ganz anderen Konsequenzen, nämlich zur akuten Verschlimmerung einer gewissen, den französischen Zeitungen schon früher anhaftenden Schwäche. In der Sprache der französischen Zeitungsethik spricht man von einem „Prinzip reinlicher Trennung von Redaktion und Geschäft“. Diese „reinliche Trennung“ besteht seit Generationen vor allem darin, daß französische Zeitungen ihren finanziellen Teil an Unternehmer verpachten, die ein Geschäft mit doppeltem Boden daraus machen, indem sie sowohl auf fremde Rechnung Besprechungen von Gründungsvorgängen, Emissionen usw. bringen als auch auf eigene Rechnung Nachrichten lancieren, die ihren eigenen Spekulationen dienlich sind. Der ethisch berührte französische Redakteur betont, der „volkswirtschaftliche“ und finanzielle Teil sei „nicht als integrierender Bestandteil der verantwortlichen Redaktion“ anzusehen. Der Leser aber kann unmöglich erkennen, wo die Grenze zwischen Redaktion und Geschäft zu ziehen ist, zumal die finanziellen und volkswirtschaftlichen Anregungen, um an Wert zu gewinnen, zwischen die übrige Literatur anmutig verstreut werden. Diese „Sitte“ ist so verbreitet, daß sogar antikapitalistische Blätter, wie z. B. „Humanité“ ihr bulletin financier ganz im Stile der „Bourgeoisblätter“ verpachten, und zwar hatte die

¹ „Illustrated London News and Sketch Company Limited“ z. B. beschloß 1911 von jedem Sterlinganteil 15 Schilling abzuschreiben.

sozialistische „Humanité“ als Pächter Edmond Théry gewählt, der als finanzieller Publizist die Interessen der großen Banken und großen Kapitalisten betrieb¹. Durch diese und verwandte Schwächen wird die französische Presse in Zeiten wirtschaftlicher Krisen für finanzielle Zumutungen in hohem Grade zugänglich. Ein Mann, der das mit scharfem Auge erspähte, der russische Nationalökonom Arthur Raffalovich² organisierte zuerst im Kleinen, seit 1904 in ganz großem Stil ein System, welches durch Annoncenbestechung, fiktive Massenabonnements, Honorierung inspirierter Artikel, Honorierung für Beilagen, persönliche Gratifikationen an Zeitungsdirektoren und Redakteure viele Millionen Frs. den französischen Zeitungen zuführte, um für die russische Politik und für die russischen Anleihen Stimmung zu machen. Es ist aktenmäßig festgestellt³, daß z. B. nach der russischen Niederlage bei Mukden (10. März 1905) der russische Agent Raffalovich 3 Mill. Frs. für die Bestechung der französischen Presse, und zwar der „angesehensten“ Blätter: „Matin“, „Petit Journal“, „Petit Parisien“, „Temps“ usw. gegeben hat⁴. Dies aber

¹ Diese Tatsache wurde in der Verhandlung der 12. Strafkammer des Pariser Tribunals in dem Prozeß des „Matin“ gegen die „Humanité“ festgestellt.

² Arthur Raffalovich war ständiger Vertreter des russischen Finanzministeriums in Paris. Im Jahre 1897 begann er mit „Subventionen“. Im Jahre 1904 setzte dann das Bestechungssystem ein, das er selbst als „l'arrosage en grand“ bezeichnete.

³ In dem Prozeß, der vom 18. März bis zum 24. Mai 1924 in der Sache „Matin“ contra „Humanité“ vor der 12. Kammer des Pariser Tribunals geführt wurde, ist festgestellt, daß die in der kommunistischen Zeitung „Humanité“ seit dem 2. Dezember 1923 veröffentlichten Dokumente aus dem Geheimarchiv der kaiserlich russischen Regierung echt seien. Der als Zeuge vernommene ehemalige russische Minister Kozowtze w bestätigte die Echtheit.

⁴ Das Gericht hat die Zeitung „Humanité“, welche vom „Matin“ auf 500 000 Fr. Schadenersatz verklagt war, zu nur 10 000 Fr. (Papierfranken) Schadenersatz und zu 200 Fr. Geldstrafe verurteilt. Im Urteil hieß es: es sei zwar der Beweis dafür erbracht, daß der „Matin“ Summen von der russischen Regierung erhalten habe, aber ein Beweis dafür, daß die Direktoren des „Matin“ „ihr Gewissen verkauft haben“, sei nicht erbracht. Außer dem „Matin“ hatte keine einzige französische Zeitung, die der Bestechung beziehen wurde, geklagt. Der Prozeß hatte einige amüsante Momente: Erstens wurde festgestellt, daß auch die „Humanité“, welche die allgemeine Korruption aufdeckte, vor dem Kriege von der russischen Regierung Bestechungsgelder angenommen hat. — Zweitens erregte folgende Stelle große Heiterkeit: Der als Zeuge vernommene ehemalige russische Minister Kozowtze w wurde vom Anwalt des „Matin“ gefragt: „Halten Sie Herrn Bunau-Barilla (Haupteigentümer des „Matin“) für einen Mann, den man kaufen kann?“ Darauf Kozowtze w: „Ich kenne den Herrn nur wenig, und als russischer Flüchtling muß ich mir Zurückhaltung auferlegen. Immerhin glaube ich, daß es nicht leicht ist, einen Mann wie Bunau-Barilla zu kaufen.“

war nur ein Bruchteil einer systematisch von 1904—1917 stets unter der Leitung des russischen Nationalökonomens Arthur Raffalovich geführten Bestechungskampagne, die so ungeheure Dimensionen annahm, daß der französische Präsident Poincaré sich Anfang 1913 mit der russischen Regierung in Verbindung setzte, nicht etwa um die Einstellung der Bestechungsaktion zu fordern (was ihm die französische Presse übelgenommen hätte), sondern um in die Verteilung der russischen Gelder auf die verschiedenen französischen Zeitungen eine geheime Kontrolle der französischen Regierung einzuschalten¹. So sehr hatten sich die großen französischen Zeitungen auf die ihnen monatlich zufließenden Zahlungen eingestellt, daß Raffalovich am 9. März 1908 an seinen Minister schrieb: „Eine ganz seltsame Sache ist die Haltung eines Teiles der Presse in Frankreich, welche mit aller Kraft erzwingen will, daß Rußland Anleihen mache . . . weil die Notwendigkeit zu leben und Geld einzunehmen sie dazu treibt“².

Zu derselben Zeit, als in Frankreich die Zeitungskrise zu so furchtbaren Erscheinungen führte und als in England angesehenere Zeitungen, an der Spitze die „Times“, in finanzielle Schwierigkeiten kamen, zeigte sich die gleiche Erscheinung wie in England auch in Deutschland. Die Grundursachen waren auch hier einerseits die Folgen der Wirtschaftskrisen von 1900 und 1907, andererseits ein verstärkter Wettbewerb, der in Verbindung mit technischen Neuerungen zu bedeutenden Kapitalinvestitionen zwang.

Zeitungsverleger, die an der Entwicklung wegen Kapitalmangels nicht teilnehmen konnten und andererseits solche, welche die neue Entwicklung stürmisch forcieren wollten, kamen in Gefahr. Zur ersten Gruppe gehörten zwei hochangesehene Berliner Zeitungen, die Nationalzeitung und die Vossische Zeitung. Zur zweiten Gruppe eine der drei größten Zeitungsverlagsanstalten Berlins, die August Scherl G. m. b. H.

Die Nationalzeitung, die in den Revolutionstagen des Jahres 1848 gegründet war, um für „ein starkes, einiges Deutschland zum Schutz und Trutz gegen Osten und Westen“³ einzutreten, hatte von

¹ Dies ergibt sich aus zwei Briefen, die der russische Botschafter in Paris, Iswoltsky, am 1. Februar 1913 an den russischen Minister Sazonow richtete und die als „strictement confidentiel“ bezeichnet waren. (Abgedruckt in der „Humanité“, 11. Januar 1924.)

² Abgedruckt in der „Humanité“, 31. Dezember 1923.

³ Wortlaut der Ankündigung.

hervorragenden Kräften unterstützt (Lassfer, Lothar Bucher, Adolf Stahr u. a.), sich bedeutend entwickelt und war nach dem Kriege 1870/71 das führende Organ der damals den Reichstag fast beherrschenden nationalliberalen Partei geworden. Solange Bernhard Wolff, der Begründer des Telegraphenbureaus, mit der Nationalzeitung verbunden war, war dies Blatt auch im Nachrichtendienst überlegen. Die „Vossische Zeitung“, die seit fast 200 Jahren existierte, wetteiferte lange Zeit mit der „Nationalzeitung“ um den Ruhm, das bedeutendste Blatt der Reichshauptstadt zu sein.

Beide Zeitungen gerieten in Schwierigkeiten. Es war bald ein öffentliches Geheimnis, daß die „Nationalzeitung“ Zuschüsse aus „industriellen Kreisen“ brauche, um existieren zu können, und daß für die Aktienmehrheit zuweilen ein kapitalkräftiger Mann gesucht wurde. Als diese Hilfen versagten, glitt die „Nationalzeitung“ in ein Fahrwasser, das von dem Strom ihrer früheren Entwicklung abstach¹.

Die „Vossische Zeitung“ befand sich seit mehr als hundert Jahren im Besitz der Familie Voß-Vessing und litt unter Schwierigkeiten, die sich aus wiederholtem Erbgang ergeben hatten². Die nach 1900 unternommenen Versuche, sich den anderen großen Berliner Zeitungen gewachsen zu zeigen, führten 1905—1907 zur Errichtung eines Neubaus, von dem einer der Mitbesitzer, Oberst Kardinal v. Widdern, gesagt haben soll: „Der Neubau ist das Mausoleum der Vossischen Zeitung“. In der Tat ergaben sich daraus Schwierigkeiten, die im Jahre 1909 zum Verkauf von Anteilen führten, und nachdem der greise Carl Robert Vessing, der Hauptbesitzer, am 28. Januar 1911 gestorben war, ging die Mehrheit der etwas über 3 Mill. M. nominell betragenden Stammanteile an das Bankhaus Lazard Speyer-Ellissen über³. Im Jahre 1913 knüpften die

¹ Die „Nationalzeitung“ wurde schließlich als „8-Uhr-Abendblatt“ in ein Sensationsblatt verwandelt, das unter der geschickten Leitung von Victor Hahn Bedeutung als „Boulevard-Blatt“ gewann. Heute gehört die Zeitung zum Geschäftskreis des Verlages Rudolf Mosse.

² Die im Jahre 1721 begründete „Berlinische privilegierte Zeitung“ war 1802 Eigentum der Tochter von Chr. Fr. Voß geworden, die mit dem Münzdirektor Karl Vessing verheiratet war.

³ Am 22. April 1911 wurde dieser Besitzwechsel perfekt. Vgl. hierzu und zu den folgenden Daten den Aufsatz von Dr. Max Osborn: „Die Vossische Zeitung seit 1904.“ Der streng sachlich gehaltene, auf den Akten der „Vossischen Zeitung“ beruhende Aufsatz ist in dem Werke: „50 Jahre Ullstein“ im Verlag Ullstein 1927 erschienen.

neuen Eigentümer Verhandlungen mit dem Verlag Ullstein an mit dem Ergebnis, daß die Firma Ullstein den Verlag der Boffischen Zeitung und die Druckerei kaufte. Am 1. Januar 1914 fand der Besitzwechsel statt.

Genau zu derselben Zeit, als die Krise der Boffischen Zeitung entstand und gelöst wurde, spielte sich ein ähnlicher Vorgang in der August Scherl G. m. b. H., die den „Berliner Lokal-Anzeiger“, den „Tag“, „Die Woche“ und zahlreiche Zeitschriften herausgab, ab¹.

August Scherl stand seit 1894 in enger Geschäftsverbindung mit der Berliner Handels-Gesellschaft, die ihm ein Darlehen von 2200000 M. gewährt hatte. Das Darlehen war allmählich auf 6 Mill. M. im Jahre 1900 und auf 8450000 M. im Jahre 1906 angewachsen und machte etwa ein Drittel des Wertes der August-Scherl-Unternehmung aus. Dies Geschäftsverhältnis ging über den Rahmen des normalen Bankverkehrs beträchtlich hinaus, denn die Berliner Handels-Gesellschaft verfügte seit 1896² über die vertragliche Bindung Scherls, daß er zur Bestellung von Geschäftsführern und Prokuristen die Zustimmung der Berliner Handels-Gesellschaft bedürfe. Ebenso war die Übernahme neuer Verlagsgeschäfte, die Einrichtung neuer Geschäftszweige und der Verkauf seiner Majorität an Stammanteilen an die Zustimmung der Berliner Handels-Gesellschaft gebunden.

Diese Abhängigkeit wurde August Scherl unbequem, als er nach 1906 von unruhigen Plänen bewegt zu werden begann. Sein Unternehmen war an sich zwar durchaus rentabel, es erschien aber zweifelhaft, ob August Scherl auf die Dauer imstande sein werde, die Finanzierung des Unternehmens sicher zu führen, denn sein Genie begann sich unter krankhaften Erregungen zu verwirren. Im Laufe der auf 1906 folgenden Jahre brauchte August Scherl neue bedeutende Geldmittel, mit denen er vorwiegend Unternehmungen finanzierte, die mit der Verlagstätigkeit nicht das geringste zu tun hatten. Es waren die kostspieligen Träume eines erkrankenden Genies. So verschwanden z. B. mehrere Mill. M. allein in den vorbereitenden Arbeiten für eine „Einschienebahn“, durch die August Scherl den Eisenbahnverkehr der ganzen Welt revolutionieren

¹ Die im folgenden mitgeteilten Daten sind den Akten der August Scherl G. m. b. H. und den Akten des Deutschen Verlagsvereins, Düsseldorf, welcher die Mehrheit der Stammteile der August Scherl G. m. b. H. im Herbst 1913 kaufte, entnommen.

² Vertrag vom 24. Februar 1896, ferner Vertrag vom 7. April 1900.

wollte¹. Die Mittel zu diesen und ähnlichen Unternehmungen verschaffte sich August Scherl von verschiedenen Seiten. Infolgedessen war bald wieder eine finanzielle Konsolidierung erforderlich, die im Frühjahr 1911 erfolgte. August Scherl benutzte die Gelegenheit, um das alte Verhältnis zur Berliner Handels-Gesellschaft, das ihm bei einer etwaigen Veräußerung seiner Unternehmungen hätte hinderlich sein können, zu lösen. Im März und April 1911 gab er deshalb an ein Konsortium von großen und mittleren Banken und an einige Privatpersonen Vorzugsanteile (ohne Stimmrecht) im Betrage von 10 Mill. M., mit 6% zu verzinsen, von denen jährlich 400 000 M. nominell ausgelöst und zu 110% zurückgezahlt werden sollten. Zum 2. Januar 1921 waren alle übrigen, sechs Monate vorher gekündigten Vorzugsanteile zum Kurse von 110% einzulösen. — Mit seinem großen Konkurrenten Rudolf Mosse, dem Inhaber des Berliner Zeitungsverlages, dem das Berliner Tageblatt, die Berliner Volkszeitung, die Berliner Morgenzeitung, einige technische Zeitschriften, Adreßbücher usw. gehörten, schloß August Scherl am 24. April 1911 einen Sondervertrag, auf Grund dessen Rudolf Mosse für 1 500 000 M. Vorzugsanteile der August Scherl G. m. b. H. übernahm und auf das (den übrigen Vorzugsanteilbesitzern eingeräumte) Recht verzichtete, die Einlösung der Anteile am 2. Januar 1921 zu verlangen. Ferner erwarb Rudolf Mosse von den stimmberechtigten Stammanteilen der August Scherl G. m. b. H. 750 000 M.².

Die Besitzer der Vorzugsanteile wurden August Scherl gegenüber treuhänderisch vertreten durch die Allgemeine Deutsche Creditanstalt in Leipzig, deren Vertrag mit August Scherl vom 31. März 1911 datiert ist.

Nachdem diese Transaktion abgeschlossen war, begann August Scherl den Verkauf seiner Stammanteile ins Auge zu fassen, d. h. den Verkauf des ganzen Unternehmens.

In der Reichshauptstadt gab es nur zwei Zeitungsverlage, die

¹ In der Broschüre „Ein neues Schnellbahnsystem“ Berlin 1909 findet man die Grundgedanken. Die Bahn selbst wurde in einem Modell erbaut, das genügend groß war, um Personen aufzunehmen, und wurde in den Ausstellungshallen am Zoologischen Garten vorgeführt. — Daraufhin schloß Scherl einen Vertrag mit einem Unternehmer, der die Bahn in den Vereinigten Staaten von Amerika vorführen wollte. Aus irgendeinem nicht erkennbaren Grunde verweigerte August Scherl alsdann die Ausführung des Vertrages und mußte dem amerikanischen Unternehmer eine sehr hohe Entschädigung zahlen.

² Die Gesamtsumme der Stammanteile betrug 10 Mill. M. nominell.

mit der August Scherl G. m. b. H. an Bedeutung zu vergleichen waren, und von denen man annehmen konnte, daß sie finanziell und fachlich stark genug wären, beim Verkauf der Scherl-Unternehmungen entscheidend einzugreifen:

Rudolf Mosse und Gebrüder Ullstein. Rudolf Mosse hatte in klug vorwärtsschreitender aber doch vorsichtiger, thesaurierender Geschäftsführung einen fest fundierten Zeitungsverlag geschaffen und damit seinen Publikationen, insbesondere dem Berliner Tageblatt seit 1872 eine finanzielle Grundlage gegeben, wie sie kaum eine andere deutsche Zeitung besaß. Sein Zusammenarbeiten mit dem Chefredakteur Arthur Levensohn und später Theodor Wolff war durch so klare Grundsätze geleitet, daß in verhältnismäßig kurzer Zeit eine sichere Tradition entstanden war, die sich weder von geschäftlichen Erschütterungen noch von Eingriffen der Parteileitung antasten ließ. Mit einem Wort, der Verlag Rudolf Mosse erschien nicht nur als ein starker geschäftlicher Faktor sondern auch als eine politische Macht.

Der andere Berliner Verlag, der neben der August Scherl G. m. b. H. Bedeutung gewonnen hatte, waren Gebrüder Ullstein. Ihre Art Zeitungen zu organisieren, verschiedene Unternehmungen zusammenzuballen und eine lebhaft Propaganda zu entfalten, erinnerte an August Scherls Methode. Die Gebrüder Ullstein kamen diesem Konkurrenten vielleicht an Genialität nicht gleich, aber sie übertrafen ihn weit an geschäftlicher Ordnung, an Klarheit ihrer Dispositionen.

In den leitenden politischen Kreisen Berlins nahm man im Jahre 1913 an, daß — wenn nicht „höhere Gewalt“ lenkend eingreife — entweder Rudolf Mosse oder Gebrüder Ullstein das Eigentum des Scherlverlages erwerben oder doch beim Verkauf Scherls einen starken Einfluß gewinnen werde.

Diese Meinung hatte ihr Hauptquartier im Preußischen Landwirtschaftsministerium aufgeschlagen, von wo dann auch, wie wir sehen werden, die entscheidende „Rettungsaktion“ ausging. Im Preußischen Landwirtschaftsministerium argumentierte man so: Selbst wenn Rudolf Mosse oder Gebrüder Ullstein gar nicht daran denken, das Scherl-Unternehmen zu kaufen, werde die Logik der Tatsachen dahin führen. Erstens nämlich dränge die geschäftliche Notwendigkeit auf eine Kombination der Zeitungen. Die amerikanische Entwicklung zeige diese Richtung an. Zweitens sei Rudolf Mosse an der Scherl-Gesellschaft bereits beteiligt, was auf ein „aktives Inter-

esse“ schließen lasse. Drittens sei von den an August Scherl finanziell interessierten Banken zu vermuten, daß sie den Verkauf an einen „freihändlerisch eingestellten Verlag“ begünstigen würden¹.

An dieser Stelle sei hervorgehoben, daß weder Hugenberg noch irgendein Mitglied seines Kreises sich damals um die Angelegenheit bemüht haben. Bei den Industriellen bestand nicht die geringste Neigung, sich auf ein Geschäft einzulassen, daß man für ein kostspieliges Abenteuer hielt. Hugenberg und sein Kreis hatten weder direkt noch indirekt mit dem Ankauf der August Scherl gehörenden Anteile irgend etwas zu tun.

Zu Beginn des Jahres 1913 gab August Scherl dem Reichskanzler von Bethmann-Hollweg davon Kenntnis, daß er entschlossen sei, 8 Mill. M. Stammanteile zu verkaufen. Zugleich erwähnte der Vertreter August Scherls „die Tatsache, daß Rudolf Mosse für die 8 Mill. M. Scherlschen Stammanteile 11½ Mill. M. geboten habe, während Scherl diese Anteile Freunden der Regierung zum Preise von nur 10 Mill. M. anbiete“. Dies Angebot aber müsse spätestens am 30. Juni 1913 akzeptiert sein².

Die unmittelbare Folge dieses Angebots war, daß der Reichskanzler v. Bethmann-Hollweg persönlich mit einigen Herren, die wegen ihres Reichtums bekannt waren, in Verbindung trat. Über das Ergebnis melden die Akten lakonisch: „Mehrmonatliche Verhandlungen des Herrn Reichskanzlers mit wohlhabenden Herren hatten keinen Erfolg.“ Mitte Juni 1913, kurz vor Ablauf der von August Scherl gestellten Frist gab der Reichskanzler seine Bemühungen als aussichtslos auf und bat den Landwirtschaftsminister v. Schorlemer, noch einen Versuch zu unternehmen. Schorlemer erlangte zunächst von Scherl eine Verlängerung der Frist bis zum 1. Oktober 1913, freilich nur unter der Bedingung, daß bereits am

¹ Ich erinnere daran, daß beim Verkauf der „Times“ im Jahre 1908 das handelspolitische Argument ebenfalls eine entscheidende Rolle gespielt hatte. Siehe: F. Harcourt Atchin: Moberly Bell and his Times, S. 242ff.

² Obige Angabe ist wörtlich dem Schreiben vom 1. Juli 1913 entnommen, in welchem der Vertreter der Regierung im Auftrage des Landwirtschaftsministers v. Schorlemer, der „auf Bitten des Herrn Reichskanzlers sich der Mühe unterzog“, unter „Freunden der Regierung“ für die Übernahme der Anteile der August Scherl G. m. b. H. warb. Ob Rudolf Mosse wirklich die Scherl-Unternehmungen erwerben wollte und ob er 11½ Mill. M. geboten hatte, oder ob die Mitteilung dieser „Tatsache“ nur ein geschäftlicher Coup August Scherls oder seines Vertreters war, muß dahingestellt bleiben. Jedenfalls hat damals die vertrauliche Mitteilung dieser „Tatsache“ in einem offiziellen Schreiben starken Eindruck gemacht.

28. Juli 1913 1500000 M. gezahlt würden, die, falls der Vertrag nicht spätestens am 1. Oktober 1913 geschlossen sei, zurückgezahlt werden würden.

In dem Druck dieser geschäftlichen Zange wuchs die Erregung. An hoher und allerhöchster Stelle sah man das Gespenst einer Beherrschung der Berliner Presse durch „Mosse — Ullstein“, wie man sich ausdrückte und sprach von „der jüdischen Gefahr“. Dieser Gefahr entgegenzutreten unternahmen schließlich Baron Simon Alfred von Oppenheim in Firma Sal. Oppenheim jun. & Co. in Köln und der Kölner Finanzmann Louis Hagen. Oppenheim und Louis Hagen brachten einen Kreis von Leuten zusammen, die kein anderes Band miteinander hatten, als die Tatsache, daß sie alle wohlhabend und alle von dem Ehrgeiz beseelt waren, zur Erfüllung eines an hoher Stelle gehegten Wunsches beizutragen.

Am 28. Juli 1913 zahlte das Bankhaus Oppenheim 1500000 M. an August Scherl. Am 1. Oktober 1913 kaufte Simon Alfred v. Oppenheim 8 Mill. M. Stammanteile für 10 Mill. M. und zahlte sofort 6 Mill. M. Der Vertrag mit August Scherl aber war keineswegs klar formuliert. Dem Vielgewandten, der sich ungerne von seinem Lebenswerk trennte, blieben vielmehr noch einige Handhaben, um sich in der Leitung des Unternehmens zu behaupten. Daher mußten ihm noch weitere finanzielle Konzessionen gemacht werden. Insbesondere mußte Baron Simon Alfred v. Oppenheim sich durch notariellen Vertrag vom 1. Dezember 1913 und 31. Januar 1914 verpflichten, „falls Herr August Scherl zum 2. Januar 1921 mit mehr als 2 Mill. M. Vorzugsanteilen in Anspruch genommen werde¹, ihn von dem Mehranspruch zu befreien“. Daraufhin erst legte August Scherl am 5. Februar 1914 seine Ämter als Geschäftsführer und Vorsitzender des Verwaltungsausschusses der August Scherl G. m. b. H. nieder.

Jetzt aber gelangte die Posse in ein neues Stadium. An Stelle eines erfahrenen, genialen Mannes traten 59 „wohlhabende Herren“, die noch nicht einmal organisatorisch zusammengefaßt waren. Diese Besitzer der Majorität schlossen sich zu einem Verein „Deutscher Verlagsverein“, Sitz Düsseldorf, zusammen, der durch Erlaß des Ministers des Innern und des Justizministers vom 1. Mai 1914 die Rechtsfähigkeit erhielt. Der satzungsgemäße Zweck des Vereins war: „Erwerb und Verwaltung von Stammanteilen, Vorzugsanteilen und Genusscheinen der August Scherl G. m. b. H. zu Berlin“.

¹ Siehe oben S. 43.

Je 5000 M. Kapitaleinlage gewährten eine Stimme in der Mitgliederversammlung. Die Angelegenheiten des Vereins wurden von einem Ausschuß besorgt, dem außer dem Vorsitzenden des Vereins dem Generalleutnant v. Schubert angehörten: Baron Simon Alfred v. Oppenheim, Geheimer Kommerzienrat Louis Hagen, Walter vom Rath, Graf Tiele Windler und Geheimer Regierungsrat a. D. von Krüger, der die laufenden Geschäfte erledigte. Der Ausschuß übte insbesondere das Stimmrecht für die Stammanteile der August Scherl G. m. b. H. aus, konnte also den Verwaltungsausschuß der August Scherl G. m. b. H. besetzen und die Geschäftsführung und politische Haltung der Zeitungen und Zeitschriften bestimmen. Dies geschah, indem sie dem § 11 des Gesellschaftsvertrages der August Scherl G. m. b. H. folgenden Zusatz gaben:

„Verlagsbuchhändler August Scherl ist nicht mehr Geschäftsführer. Geheimer Regierungsrat Hermann v. Krüger in Düsseldorf ist aus dem Verwaltungsausschuß für die Zeit bis zum 31. Dezember 1914 als Geschäftsführer delegiert dergestalt, daß er die rechtliche Stellung eines alleinigen, ordentlichen, zur Einzelvertretung befugten Geschäftsführers, erlangt“.

So ging die Leitung des größten deutschen Zeitungsverlages an den Vertreter einer improvisierten Gruppe über. Von einer im tieferen Sinne geistigen oder politischen oder auch nur wirtschaftlichen Gemeinschaft war nicht die Rede. Daher fehlte diesem Bunde die suggestive Kraft, die über Enttäuschungen hinweg zum Erfolg aushält.

Die Enttäuschungen kamen sehr schnell von allen Seiten. Schon wenige Wochen, nachdem der „Deutsche Verlagsverein“ Rechtsfähigkeit erlangt hatte, mußte am 29. Mai 1914 den Vereinsmitgliedern folgende peinliche Eröffnung gemacht werden¹: Von den 10 Mill. M., die August Scherl für 8 Mill. M. Stammanteile erhalten hatte, waren nur rund 7 Mill. M. durch Kapitaleinlagen aufgebracht worden. Es bestand daher eine Bankschuld von 3 Mill. M., die in nächster Zeit auszugleichen war. Jedoch 3 Mill. M. genügten nicht: Vor Tische las man, daß der Erwerb von 8 Mill. M. nominell Stammanteile hinreichen werde, um die Herrschaft im Hause Scherl zu erlangen. Nachträglich aber waren einige Klauseln ans Tageslicht getreten, und August Scherl hatte die Abnahme von 1250000 M. Stammanteile, die er außer den 8 Mill. M. nominell besaß, erzwungen. —

¹ Bericht über die Mitgliederversammlung vom 29. Mai 1914.

Dann hatte er gefordert und auch durchzusetzen vermocht, daß ihm 1 900 000 M. Vorzugsanteile für 1 850 000 M. abgekauft würden, und schließlich hatte er seinen „vollständigen“ Austritt noch von der Bedingung abhängig gemacht, daß ihm sog. „Genußscheine“ in Höhe von 5 310 000 M. nominell für 1 450 000 M. abgekauft würden. Dazu waren für Umschreibung, notarielle Akte usw. etwa 200 000 M. Kosten entstanden.

Die überraschten Mitglieder des „Deutschen Verlagsvereins“ konnten also berechnen, daß insgesamt zwar 7 Mill. M. aufgebracht, aber fast 8 Mill. M. noch aufzubringen seien. — Also mußte die kaum abgeschlossene Mitgliederwerbung und Beitragsammlung von neuem eröffnet werden.

Die Gebefreudigkeit der in diesem Kreise führenden Männer aber wurde erheblich dadurch beeinträchtigt, daß sie über den Gang der Geschäfte des „Berliner Lokal-Anzeigers“ und der „Woche“ von Monat zu Monat Ungünstigeres hörten. Dann brachte der Ausbruch des Krieges das Inseratengeschäft fast zum Erliegen und das Jahr 1914 endete mit einer Bilanz, die nicht einmal die satzungsgemäße Verzinsung der Vorzugsanteile ermöglichte. Um peinlichen Folgen auszuweichen, entnahm man die Dividende für die Vorzugsanteile dem Reservefonds. Damit aber gefährdete man in einer geschäftlich schwierigen Zeit die unmittelbare Zahlungsfähigkeit der Scherl-Unternehmungen dermaßen, daß die Verantwortung für die Weiterführung der Geschäfte kaum mehr zu tragen war. Der Vorsitzende des „Deutschen Verlagsvereins“, Generalleutnant v. Schuberth, ließ sich nur ungern durch ein Schreiben des Landwirtschaftsministers v. Schorlemer bewegen, in seinem Amt auszuharren. Der Ausschuß aber sandte am 19. Juni 1915 an die Regierunqsstellen, welche die „Rettungsaktion“ im Jahre 1913 veranlaßt hatten, ein Schreiben¹, welches die Notlage darlegte und zart andeutete, daß die Regierung an dem dilettantischen Verfahren eigentlich schuld sei, denn „den Umworbenen wurde (im Jahre 1913) eine kurze Entschließungsfrist gelassen“ und „offen gesagt, haben wir in der von Herrn Freiherr v. Schorlemer eingeleiteten Aktion lediglich eine Fortsetzung der Verhandlungen erblickt, die zu Beginn des Jahres

¹ Das denkschriftartige Schreiben wurde formell an den Geheimrat gerichtet, der im Jahre 1913 im Auftrage des Landwirtschaftsministers und auch auf Wunsch des Reichskanzlers die Verhandlungen geführt hatte. Gleichzeitig aber ging je eine Abschrift an den Reichskanzler v. Bethmann-Hollweg und an den Landwirtschaftsminister v. Schorlemer persönlich.

1913 der Herr Reichskanzler selbst mit einigen Herren unseres Kreises geführt hat". Die „Umworbenen“ hätten daher angenommen, daß die Regierung an dem Schicksal der August Scherl G. m. b. H. ein dauerndes Interesse nehmen werde. Demzufolge erlaube sich der Ausschuß jetzt „anzuregen“, daß dem Deutschen Verlagsverein „aus irgendwelchen uns nicht bekannten Fonds ein Vorschuß gegeben werde“. Diesen „Vorschuß“ bezifferten die Antragsteller auf 8 Mill. M., wovon 6 Mill. M. sofort zur Begleichung der Bankschulden zu zahlen seien. Die 8 Mill. M. müßten „unverzinslich sein und auf mindestens 10 Jahre gegeben werden“. Andernfalls, so wurde mit einer tiefgründigen Offenheit, welche an die Öffnung einer geladenen Pistole gemahnte, hinzugefügt, andernfalls müsse „in einer Vollversammlung des Vereins eine Entscheidung über die Geldlage herbeigeführt werden“.

Zweiter Teil.
Der Aufbau.

4. Alfred Hugenberg.

Nachdem Hugenberg im Jahre 1909 als Vorsitzender des Direktoriums der Friedrich Krupp A.-G. nach Essen gekommen war, versank er zunächst in der ihm fremden Welt, die seine Arbeitskraft in Anspruch nahm. Nach einigen Jahren aber begann er gleichsam spielend und nebenbei eine scheinbar unerhebliche Organisation vorzubereiten, deren Plan aus folgender Beobachtung entstanden war:

Da Hugenberg von den engen Verhältnissen der Ostmark her gewöhnt war, auf die sparsame Ausnutzung aller finanziellen Mittel zu achten, fiel ihm in den großen Verhältnissen des Ruhrgebiets auf, wie die industriellen Werke von manchen Seiten her, ganz besonders von Berlin aus, angebohrt und angepumpt wurden, um für die verschiedensten wohltätigen, wissenschaftlichen, politischen usw. Zwecke beizusteuern. Wer in deutschen Landen irgendeine „gemeinnützige Idee“ zu verwirklichen strebte, begab sich vor allem ins Ruhrgebiet, um eine Industriegröße für seine Sache zu interessieren und alsdann mit dessen Empfehlung von Werk zu Werk zu gehen. In Berlin gab es routinierte Personen, die genau wußten, an welche Werke man sich am zweckmäßigsten wende, welche Argumente am wirksamsten seien, wie man das Prestigebedürfnis einzelner Herren am geschicktesten ausnütze; denn nicht alle waren wie Emil Kirdorf, der einem Sammler antwortete, „es widerspricht meiner Überzeugung, solche nützlichen Zwecke mit Huldiungen zu verknüpfen“, und der im Jahre 1911 die Zumutung, den erblichen Adel Preußens zu erwerben, mit den Worten ablehnte: „Sie kennen mich nicht; das ist in meinen Augen eine Entschuldigung für Ihr Vorgehen, welches im übrigen den Tiefstand kennzeichnet, in dem wir uns im deutschen Reiche bewegen.“ Was aus den so ersammelten Geldern schließlich wurde, wußte niemand, denn niemand hatte Zeit und Lust, dem nachzugehen. Sicher war nur, daß nicht Hunderttausende, sondern Millionen so in alle Winde verflohen.

Als Hugenberg im Dezember 1912 Vorsitzender des Bergbaulichen Vereins geworden war, dem alle großen Werke des Ruhrgebiets angehören und der seit 1858 Träger ihrer Solidarität ist, begann er die leitenden Persönlichkeiten darauf hinzuweisen, daß sie jährlich bedeutende Summen zerfließen lassen, ohne zu wissen, was damit geschehe. Hugenberg schlug eine sehr einfache Organisation vor, um diesem Mangel abzuhelpfen. Jede Bitte um einen großen Geldbetrag sei seinem Bureau schriftlich oder telephonisch zu melden. Er werde Auskünfte einholen, um die Sache zu kontrollieren. Leicht war die Arbeit durch einen Sekretär zu bewältigen, und bald fühlten die routinierten und gut empfohlenen Sammler, daß geheimnisvoll irgendeine kontrollierende Instanz errichtet worden sei. Und diese Instanz, das war die Hauptsache, befand sich in den Händen eines Mannes von Hugenbergs Eigenart.

Hugenbergs Eigenart ist den meisten, die über ihn urteilen, unbekannt. Seine Abneigung, sich mitzuteilen, sein Inneres zu öffnen, ist so stark, daß diese zugeschlossene, unbewegliche Haltung jedem, der ihm nahe tritt, als ein Hauptmerkmal seines Wesens erscheint. „Hugenberg ist kein Mensch, sondern eine Mauer“, sagte mir jemand, der mit ihm lange gesprochen hatte, und er wiederholte das Wort, nachdem er ihn über ein Jahr kannte. — Verschärft wird der Eindruck des Unzugänglichen dadurch, daß seine fest und ganz offen blickenden Augen eine unentwegte Wachsamkeit zeigen. Niemals schweift der Blick ab, nichts scheint ihm zu entgehen. Eine Schicht von steter Vorsicht, ja von Mißtrauen, scheint ihn zu umgeben. Das Seltsame aber, das Urteil der Menschen Verwirrende liegt darin, daß dieser vorsichtige, unbewegliche Mann Unternehmungen wagt, die höchst kühn, ja risikant erscheinen, und daß er überraschend sich bietende Gelegenheiten mit einer impulsiven Plötzlichkeit ergreift, die sogar schnell zupackende Naturen stürmisch überflügelt.

Um ihn zu verstehen, muß man wissen, daß er vor allem ein systematischer Geist ist. Alles, was er ins Werk setzt, ist ein Teil einer in Jahrzehnten durchdachten, durchgrübelten, auf bestimmte Linien zurückgeführten, festgefügtten Gesamtanschauung. Die Anschauungen, die ich im ersten Teil dieses Buches zum Ausdruck zu bringen versuche, die Anschauungen unseres Freundeskreises, liegen seinen Gedankengängen zugrunde. Der Plan seiner Organisation hat sich durchaus im Rahmen jener bestimmten, gedanklich geord-

neten Gesamtanschauung entwickelt. Hieraus ergibt sich seine so schwer verständliche, seinem unbeweglichen, vorsichtigen Wesen scheinbar widersprechende Bereitschaft gegenüber dem Zufälligen, gegenüber der überraschend sich bietenden Gelegenheit: Denn im tieferen Sinn ist sein plötzliches Zupacken niemals unvorbereitet, ist niemals Würfelspiel; im tieferen Sinn ist es vielmehr das Erkennen: Hier taucht etwas auf, das in mein Gesamtsystem hineinpakt. Meist ist der scheinbar impulsiv erfaßte Zufall in Wirklichkeit ein in geduldigem Warten und Auspähen vorhergesehener Tatbestand. Dieses Vorbereiten, Vorwegkonstruieren, Planen, Entwerfen geschieht mit einer über Jahre sich hinstreckenden Fähigkeit, mit einer alle Konsequenzen im voraus durchdringenden Energie des Denkens. In diesem bahnnenden Ringen, das er am liebsten im Kreise der Freunde, in Rede und Gegenrede unternimmt, kommt das eigentliche, das den meisten verborgene Wesen Hugenbergs zum stärksten Ausdruck. Da dringen die Motive ans Licht, da ermöglicht unbedingtes gegenseitiges Vertrauen die Erörterung der geheimsten Zusammenhänge, da werden Erfahrungen zergliedert, da werden Wege gesucht, werden Anregungen geprüft, verworfen, wieder aufgenommen, da werden entscheidende Wendungen beschlossen, da gibt sich Hugenberg rücksichtslos in Unruhe, in Sorgen, in Bedenken.

Ist aber ein Entschluß gefaßt und seine Durchführung in allen technischen Einzelheiten erwogen und festgelegt, und geht es jetzt an die Verwirklichung, an die Verhandlungen mit Außenstehenden, an die öffentliche Erörterung, dann ist Hugenberg wieder unbeweglich und undurchdringlich. Erregungen, die mit seinen Unternehmungen unvermeidlich verbunden sind, läßt er dann nicht erkennen; Verdächtigungen, die seine Unternehmungen und seine persönliche Integrität treffen, scheinen ihn nicht zu berühren. Wie eine Mauer steht er vor seinen Dingen.

Diesem Charakter entsprechend sind seine Fähigkeiten entwickelt: Es drängt ihn, Anregungen, Pläne dadurch zu prüfen, daß er sie gleichsam ins Organisierte übersetzt; z. B. wie müßte, um eine Anregung, einen Plan zu verwirklichen, die Satzung einer Gesellschaft formuliert werden, welche finanziellen Beziehungen müßten geschaffen werden, welcher juristische und finanzielle Apparat wäre erforderlich. Seine aus natürlicher Anlage entstandene, in Jahrzehnten in ununterbrochener Arbeit geübte Kunst macht ihm diese oft sehr schwierigen Übersetzungsversuche zu einem leichten Spiel,

und außer Hugo Stinnes habe ich niemand kennengelernt, der Hugenberg darin gewachsen gewesen wäre.

Oft ereignet es sich, daß Personen oder Behörden, die aus politischen Gründen durchaus abgeneigt sind, mit Hugenberg zusammen zu arbeiten, dennoch seinen Rat und seine Hilfe suchen, um von seiner Kunst Nutzen zu ziehen; und man kann sicher sein: wenn erst die Männer einander am grünen Tisch gegenüber sitzen, wird Hugenberg durch seine überlegene Kunst in kurzer Zeit die Führung haben.

Das war der Mann, der spielend fast jene kontrollierende Instanz eingesetzt hatte, welche von jedem bei irgendeinem Werk der rheinisch-westfälischen Bergwerksindustrie für gemeinnützige Zwecke erbetenen Geldbeitrag erfahren mußte.

Um die Bedeutung dieser unscheinbaren, kaum als bemerkenswert angesehenen Einrichtung zu kennzeichnen, kommt mir ein Vergleich in den Sinn: Man stelle sich vor, ein Künstler sei plötzlich in den Besitz des Märchenspiegels gekommen, der ihm zauberhafte Bilder zeigt; seine künstlerische Vorstellungskraft werde durch einen Blick in den unscheinbaren Wunderspiegel zu schöpferischer Gewalt gesteigert. — So wurde die unscheinbare Kontrolleinrichtung, die für einen anderen Menschen wahrscheinlich nicht viel bedeutet hätte, für einen Mann von Hugenbergs Eigenart zu einem Wunderspiegel.

Denn er sah nun hinein in den Fluß der heranstömenden Bedürfnisse und erkannte, wie dilettantisch die herkömmliche Art ihrer Befriedigung war. Er sah, daß sich ernsthafte Aufgaben boten, deren Bedeutung wohl verstanden wurde und die von großen Industriellen freigebig unterstützt wurden. Aber er sah auch, daß die Unterstützung meist sozusagen grandseigneurhaft erfolgte mit einer Wirkung, die unmöglich erwünscht sein konnte; so daß mit industriellen Mitteln Organisationen in Berlin entstanden waren, die nur der Eitelkeit und Habgier einzelner Personen dienten oder die sich ganz Fremdartigen, der industriellen Sphäre feindlichen Bestrebungen widmeten. „Vom Standpunkt der wirtschaftlichen Kreise — so heißt es in einer Aktennotiz Hugenbergs — liegt das dringende Bedürfnis vor, den planlosen Sammlungen, die gegenwärtig in Deutschland in immer neuen Formen eingeleitet werden, einen Riegel vorzuschieben. Denn, wie mit Recht in der . . . Sitzung betont wurde, laufen diese Sammlungen in großem Umfange nur darauf hinaus, immer neue Sekretariate mit Gehältern auszustatten und den

Apparat zu unterhalten, der zu diesen Sammlungen selbst erforderlich ist. Diese Beobachtung führt zu der Forderung einer Vereinheitlichung.“ Auf die Bitte eines der ersten Industriellen des Ruhrgebiets, eine bestimmte Sammlung zu unterstützen, antwortete Hugenberg: „Die empfohlene Sache ist das genaue Gegenteil dessen, was zweckmäßig wäre. Denn es wird hier eine Sammlung unternommen, die in erster Linie dazu dient, die große Zahl meist überflüssiger Vereinigungen am Leben zu erhalten, die diese Sammlung unternehmen. Ich fürchte, daß von dem Gelde sehr wenig an . . . gelangen wird, sondern daß der Vereinsapparat das meiste aufzehrt, zumal bei Vereinen wie . . . Ich empfehle daher eine ablehnende Stellungnahme. Ich werde die Sache in der . . . Sitzung zur Sprache bringen und unterrichte außerdem Herrn . . ., damit er auf telephonischem Wege die übrigen uns nahestehenden Stellen vor der Beteiligung an dieser Sache warnt.“

Indem Hugenberg so eingriff, gewann er schnell einen Gesamtüberblick, der ihn das Wesentliche klar erkennen ließ; vieles, das bisher verborgen geblieben war, erfuhr er bis ins einzelne und gewann daher in der Beurteilung der Menschen und Dinge eine hohe Autorität. So wurde Hugenberg in allen Angelegenheiten, in denen es sich darum handelte, die Kapitalkraft der Schwerindustrie für allgemeine, gemeinnützige, politische Zwecke einzusetzen, der maßgebende Mann und damit ein bedeutender Machtfaktor.

Die Grundsätze, nach denen Hugenberg seine Macht angewendet hat, waren von Anfang an klar erkennbar:

Die unter den Bergherren in bezug auf die Zeitungsfrage vorherrschende Meinung war, daß man Zeitungen kaufe, um sie zur Vertretung der industriellen Interessen zu benutzen. Daß sich kein Leserkreis auf die Dauer eine Zeitung gefallen lassen werde, welche die Vertretung industrieller Interessen betreibe, bedachte man nicht. Man war auch durch die lange Reihe von Mißerfolgen durchaus nicht zur Klarheit darüber gekommen. Immer von neuem kaufte bald dieser, bald jener Industrielle irgendeine Zeitung, die sich gerade in finanziellen Schwierigkeiten befand, ließ deren Organisation reformieren, ihre technischen Einrichtungen verbessern, freute sich an „seiner“ Zeitung, bis ihm die dauernden Geldopfer und das völlige Schwinden des Leserkreises diese Freude trübten. Der Schöpfer und Leiter des Reichsverbandes der Industriellen, der greise Buech, mit dem ich im Jahre 1911, also einige Jahre vor dem Entstehen der Hugenberg-Organisation, über die damals

vieleörterte Zeitungsfrage sprach, erklärte mir resigniert: „Wie es uns mit der ‚Nationalzeitung‘ und anderen Blättern ergangen ist, so wird es uns immer wieder ergehen. Die Industriellen haben kein Talent für die Presse. Sobald in einer Zeitung industrielle Einflüsse maßgebend werden, geht das Blatt zugrunde.“ Otto Röse, der kundige Journalist, bemerkte lächelnd dazu: „Die Herren von der Industrie wollen Früchte sehen, aber haben kein Verständnis für Blüten.“ Wie wenig die schlechten Erfahrungen nützten, zeigte sich deutlich, als Hugo Stinnes nach dem Kriege sich in der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ und einigen anderen Blättern eine Art „Hauspresse“ anlegte. Sie kostete viel Geld und geriet schließlich in jenes „Walzen“, d. h. Von-Hand-zu-Hand-Gehen, welches für Zeitungen so charakteristisch ist, die einmal in das Fahrwasser der „Interessenvertretung“ geglitten sind. Denn es gibt keine geschäftlichen Interessen, die bedeutend und dauerhaft genug wären, um einer Zeitung Bedeutung und Dauer zu geben.

Hugenberg wußte natürlich, daß die Industriellen jede von ihnen unterstützte allgemeinpolitische Einrichtung überlegt oder gefühlsmäßig daraufhin prüfen, in welchem Maße sie ihren Interessen Vorteil bringe und von ihnen abhängig bleibe. Seiner eigenen Anschauung aber widersprach eine solche Auffassung. Sein Blick war nicht auf die geschäftlichen Interessen der Industrie, sondern auf die allgemeinen Aufgaben, auf die Pflichten der Industrie gerichtet. Die bodenständige Industrie habe, weil sie über finanzielle Mittel verfüge, die Pflicht, dafür zu sorgen, daß nicht die gesamte Organisation der öffentlichen Meinung unter den direkten oder indirekten Einfluß internationaler Tendenzen gerate¹. Die Industrie habe daher auch die Pflicht, den von ihr geschaffenen oder erworbenen Einrichtungen (Zeitungen, Nachrichtenorganisation, Film) ein eigenes Leben zu lassen, unabhängig von dem Interessendienst, der erfahrungsgemäß die Zeitungen ersticke. Zwei schwere Sünden gebe es in dieser Beziehung: Industrielle, die aus Furcht vor Unannehmlichkeiten oder aus Geiz sich von dem Problem des öffentlichen Nachrichten- und Zeitungswesens fernhalten, seien Sünder. Sünder aber seien auch die Industriellen, welche das öffentliche Nachrichten- und Zeitungswesen in den Dienst ihrer geschäftlichen Interessen zu zwingen suchen.

¹ Vgl. hierzu die ausführliche Darlegung dieser Auffassung im ersten Teil: „Die soziologische Funktion der geschäftlichen Interessen“, S. 25 ff. und S. 34–35.

In einer der ersten Sitzungen, denen ich in der „Wirtschaftsvereinigung“ beiwohnte, gab Hugenberg eine Erklärung ab, die diesen für die Organisation des Konzerns maßgebenden Gedanken in folgender Form aussprach:

„Es wird auf die Dauer in Deutschland keine große Presse geben können, die Eigentum eines industriellen Werkes oder einer Gruppe von Werken (Industriekonzerne) oder eines Verbandes von Interessenten ist; denn keine große deutsche Zeitung kann auf die Dauer Eigentum- oder Interessenvertreterin einer solchen Gruppe oder eines solchen Verbandes sein, aus dem einfachen Grunde, weil ihr die Leser wegläufen würden. Eine große Zeitung kann auf die Dauer ihren Kristallisationspunkt nur in einer Idee finden. Die Grundlage des Baues, dem unsere Arbeit gewidmet ist, sollen zwei Ideen bilden: der nationale Gedanke und die Wiederdurchsetzung des Persönlichkeitsgedankens in Kultur und Wirtschaft. Dieser Gedanke ist heute nicht nur durch den Sozialismus und durch den bewußten Kampf gegen das Privateigentum bedroht, sondern mehr noch fast durch eine unklare Richtung und Verwirrung der öffentlichen Meinung. Indem wir allgemeine Ideen in den Vordergrund stellen, wird zugleich dem Lebensinteresse der Zeitung Rechnung getragen. Denn eine Zeitung ist etwas anderes als ein Walzwerk oder eine Stickstofffabrik. An der Zeitung darf kein Geschäftsinteresse kleben. — Für nichts bin ich meinen Freunden aus dem Ruhrgebiet dankbarer als dafür, daß sie von vornherein diesem Gedankengange gefolgt sind und ihn in der ‚Wirtschaftsvereinigung‘ verwirklicht haben.“

Freilich, diese Zielsetzungen aus der Sphäre der Gedanken in den Bannkreis einer bestimmten Organisation zu übertragen, war nicht leicht, und jahrelang hat Hugenberg darüber gegrübelt und ein Projekt nach dem anderen entworfen und verworfen, bis er den Gedanken faßte, die Gesamtheit der erworbenen und aufgebauten Institute durch eine eigenartige Organisation unabhängig zu machen¹. Welche praktische Bedeutung diese Organisation hat, wurde bald offenbar. Wäre sie nicht erfolgt, so wären die Unternehmungen des Hugenberg-Konzerns entweder Anhängsel des in der Inflationszeit übermächtigen Stinnes-Konzerns oder eines industriellen Interessenverbandes geworden. In beiden Fällen

¹ Über die Durchführung dieses Gedankens siehe unten das Kapitel: „Die Beherrschung des Hugenberg-Konzerns“ insbesondere S. 99 ff.

läge der Hugenberg-Konzern heute schon in Trümmern; im ersten Falle von dem Zusammenbruch des Stinnes-Konzerns getroffen, im zweiten Falle von Interessenpolitik erstickt.

5. Die ersten Maßnahmen.

Das erste Gebiet, das sich Hugenberg darbot, als er in Essen „den planlosen Sammlungen“ ein Ende machte und an einen planvollen Aufbau ging, war das internationale Nachrichtenwesen. Hier waren Aufgaben, die schon deshalb anlockten, weil allgemeine nationale Interessen und geschäftliche Interessen der Industrie einander parallel liefen. Denn es war für das deutsche Volk ebenso nachteilig wie für die Industrie, daß Nachrichten über unser Wirtschaftsleben böswillig entstellt in das Ausland gelangten, und daß wir aus dem Auslande verzögerte und gefälschte wirtschaftliche Nachrichten erhielten. Die beiden Erdteile, die vor dem Kriege Hauptgebiete der internationalen Konkurrenz waren — Südamerika und Ostasien —, wurden ganz besonders zum Nachteil der deutschen Exportindustrie mit entstellten Nachrichten versorgt. Täglich fast konnten Beweise dafür erbracht werden, daß der deutsche Nachrichtendienst nicht fähig war, das Aus- und Einströmen solcher Meldungen zu verhindern oder zu korrigieren. Ein Fall, der in charakteristischer Weise dieses vergiftete Hin und Her illustrierte, und der die unmittelbare Veranlassung zu einem Eingreifen der Industrie bot, war folgender:

Im Januar 1912 schlug ein Arbeiter in der Kruppschen Feuerwerkerei zu Bottrop mit einem abgleitenden spitzen Werkzeug aus Versehen in die Pulverladung einer noch nicht verschlossenen Granate. Die Ladung flog natürlich heraus und das Werkzeug verletzte den Arbeiter schwer. Tags darauf erschien folgende Mitteilung in der großen Pariser Zeitung „Temps“ (24. Januar 1912):

Ein Unfall in den Kruppschen Werken.

Eine Kanone ist im Polygon von Krupp in Essen explodiert; ein Arbeiter wurde getötet, drei andere schwer verletzt.

Einige Wochen später erschien die Mitteilung in Brasilien in folgender Form:

„Revue Franco-Brésilienne“ (Rio de Janeiro), 1. März 1912:

Eine große Kanone, die auf dem Polygon von Krupp in Essen versucht wurde, ist explodiert und hat den Tod mehrerer Arbeiter und zahlreiche Verwundungen herbeigeführt.

Wiederum einige Wochen später erschien die Mitteilung in Berlin, Paris, London, Amsterdam usw. in einer Form, von der ich drei Fassungen mitteile:

„B. Z. am Mittag“ (Berlin), 28. März 1912:

Folgenschwere Geschüßexplosion.

Einer Meldung aus Rio de Janeiro zufolge explodierte bei Versuchen mit dem von der Firma Krupp in Essen kürzlich gelieferten Kriegsmaterial ein großes Geschüß. Mehrere Personen wurden getötet, eine große Anzahl anderer teils schwer, teils leicht verwundet.

„Die Post“ (Berlin), 28. März 1912:

Rio de Janeiro, 28. März (Original-Kabeltelegramm durch Preß-Telegraph). Bei Versuchen, die mit der letzten Lieferung Kruppischer Kanonen angestellt wurden, ist eine große Kanone explodiert. Zwölf Arbeiter wurden auf der Stelle getötet. Eine große Anzahl von Leuten wurde ziemlich schwer verletzt. Die Ursache des Unglücks hat noch nicht ermittelt werden können.

„Temps“ (Paris), 29. März 1912:

Eine Depesche aus Rio de Janeiro meldet, daß bei den Versuchen der letzten Lieferung von Material, das aus den Werken von Krupp stammt, eine große Kanone explodiert ist und den Tod mehrerer Arbeiter und zahlreiche Verwundungen herbeiführte.

Jeder Kenner des internationalen Nachrichtenwesens wußte, daß ein derartiges Manövrieren mit entstellten Nachrichten unmöglich gewesen wäre, wenn Deutschland einen guten internationalen Nachrichtendienst besäße. Die tiefste Ursache des Mangels war das Versagen des offiziellen Wolffschen Telegraphenbureaus, und zwar gerade im Verkehr mit den Hauptkonkurrenzgebieten der Welt, Südamerika und Ostasien. Der Nachrichtendienst des Wolffschen Bureaus beruhte auf Kartellverträgen mit dem englischen Reuterbureau, mit der französischen Agence Havas, der italienischen Agenzia Stefani und anderen ähnlichen Instituten. Diese Kartellverträge teilten nach Art internationaler Industriekartelle den Weltmarkt in Regionen, von denen jede einem oder zwei großen Bureaus als „Berichtserstattungsgebiet“ überlassen wurde. So hatte z. B. das mächtige englische Reuterbureau Ostasien als „Berichtserstattungsgebiet“ erhalten, für Südamerika hatten Reuter und Agence Havas gemeinsam die Nachrichtenversorgung und den Nachrichtenbezug. Durch solche Abmachungen in Verbindung mit den hohen Betriebskosten war die Konkurrenz ausgeschaltet; Nachrichtenmonopole hatten sich also gebildet, die als unbezwingbar galten. „Hier hat für die Initiative des einzelnen wenig Hoffnung Raum“, schrieb Max Garr im

Jahre 1912¹. Sogar der Direktor des Wolffschen Telegraphenbureaus, Dr. H. Diez, gab in seinem auf der Leipziger Tagung des Reichsverbandes der deutschen Presse im Jahre 1914 erstatteten Referat zu: „Wünschenswert bleibt lediglich, daß in den großen Wettbewerbsländern Ostasiens und Südamerika für einen guten Ergänzungsdienst unter rein deutschen Gesichtspunkten gesorgt werde“, und ein so genau informierter und scharfsinniger Beobachter wie Georg Bernhard erklärte in der Diskussion: „Das Wolffsche Bureau beherrscht unseren Auslandsnachrichtendienst: den größten Mangel sehe ich in der unbedingten Koalition mit den anderen Bureaus. Die Verbindung mit Reuter ist doch nicht so harmlos (Diez hatte behauptet, Wolff kontrolliere die ihm von Reuter zur Weitermeldung übergebenen Nachrichten) . . . Wie soll Wolff Nachrichten aus China, aus Japan kontrollieren; Reuter ist der einzige, der Verbindungen insbesondere in den kleinen Orten hat, Verbindungen, die wir nicht kontrollieren können. So sehen wir Dinge, die für uns von Bedeutung sind, durch die englische Brille².

In der Zeit, als Hugenberg diese Verhältnisse auf ein praktisches Eingreifen hin zu prüfen begann, waren bereits zwei Stellen damit beschäftigt, Wandel zu schaffen. Zuerst im Jahre 1913 hatte der Legationsrat Fr. A. von Schwerin einen großen, unabhängigen Nachrichtendienst dadurch zu schaffen gesucht, daß er eine Reihe kleiner Nachrichtenbureaus aufkaufte und zu einem Unternehmen vereinigte, welches am 1. Juli 1913 als „Telegraphen-Union G. m. b. H.“ begründet und am 11. November 1913 unter der Firma „Telegraphen-Union. Internationale Nachrichten G. m. b. H.“ wesentlich erweitert und mit einem Kapital von 2. Mill. 50000 M. ausgestattet wurde. Die Telegraphen-Union enthielt damals vier kleinere Nach-

¹ Dr. Max Garr: Die wirtschaftlichen Grundlagen des modernen Zeitungswesens. Wien 1912. S. 29.

² Einen Bericht über die Leipziger Tagung des Reichsverbandes der deutschen Presse enthält das Organ des Reichsverbandes: „Deutsche Presse“, Nr. 28 vom Juli 1914. — Über die internationalen Nachrichtenbureaus vor dem Kriege und über die Folgerungen, die man daraus für die Zukunft gezogen hat, siehe ferner: Diez: Das Zeitungswesen. Leipzig 1910. Hansen: Depeschbureaus und internationales Nachrichtenwesen. Weltwirtschaftliches Archiv, Bd. 3, 1913. Rotheit: Los von Reuter und Havas. Berlin 1915. Menghius: Das deutsche Depeschbureauwesen. Jena 1915. Fuchs: Telegraphische Nachrichtenbureaus. Berlin 1919. Heerdegen: Der Nachrichtendienst der Presse. Leipzig 1920. Rußlander: Das deutsche Nachrichtengewerbe. Berlin 1923. Diss. Wilh. Schwedler: Das Nachrichtenwesen. Gotha 1925.

richtenbureaus: Louis Hirsch's Telegraphisches Bureau (gegr. 1862), „Herold Depeschsbureau G. m. b. H.“, „Deutscher Telegraph Dr. Rudolf Dannert G. m. b. H.“ und „Preß Centrale Telegraphen Agentur“.

Ob die Telegraphen-Union leistungsfähig werden würde, konnte man vor dem Kriege noch nicht mit Sicherheit erkennen. Reinesfalls genügten die finanziellen Mittel, um einen mit dem W. T. B. vergleichbaren, geschweige einen ihm überlegenen internationalen Dienst aufzunehmen. Schwerin bemühte sich daher, Kapital von der Industrie zu erhalten und begründete, um das zu erleichtern, am 9. Juni 1916 unter der Firma „Westend-Verlag G. m. b. H.“ eine Finanzierungs- und Holdinggesellschaft für die Telegraphen-Union. Hugenberg erwarb damals für die rheinisch-westfälische Bergwerksindustrie Anteile der „Westend-Verlag G. m. b. H.“.

So wohlbegründet und so allgemein war die Ablehnung des herrschenden Systems, daß sogar das Auswärtige Amt, obwohl es an Wolffs Nachrichtenmonopol interessiert war¹, eine Änderung der Verhältnisse für nötig hielt, freilich mit dem Vorbehalt, daß das Auswärtige Amt an dieser Änderung maßgebend beteiligt sein müsse. Ein besonderer internationaler Dienst für wirtschaftliche Nachrichten sollte begründet werden; das Auswärtige Amt, die Großbanken, die Schiffahrtslinien, den Großhandel, die Industrie an einer gemeinsamen Organisation zu interessieren war der Plan. So kam im Winter 1913 insgeheim eine zunächst lose Verbindung „Syndikat Deutscher Überseedienst“ zustande, der Persönlichkeiten des Wirtschaftslebens angehörten. Der Hugenberg nahestehende Syndikus der Handelskammer Essen, Hirsch, vertrat in diesem Syndikat die Interessen der Schwerindustrie. Hugenberg selbst hielt sich zurück, da ihm die Mitwirkung des Auswärtigen Amtes bedenklich erschien, und da er den Eindruck gewann, daß die Regierung zwar bedeutende Geldbeträge von der Industrie erwarte, aber den Einfluß der bodenständigen Industrie möglichst zu verringern suche, indem sie dem beweglichen Kapital (Großbanken, Großhandel) ein Übergewicht einräume. In einer Sitzung des „Syndikats Deutscher Überseedienst“, die am 13. Dezember 1915 in Berlin stattfand², kam der Gegensatz zum Ausbruch

¹ Die Regierung hatte sich (seit 1871) verpflichtet, alle amtlichen Nachrichten durch das W. T. B. zu verbreiten und die Depeschen des W. T. B. bei der Beförderung zu bevorzugen. Mit dieser Sonderstellung verlor das W. T. B. seine Selbständigkeit, es wurde, wie man sich ausdrückte, „halbamtlich“.

² Syndikus Hirsch, Essen, kritisierte in dieser Sitzung die vom Reichskanzler aufgestellten Richtlinien.

und führte zu einer Spaltung des „Syndikats Überseedienst“. Ein Teil der Mitglieder, insbesondere Angehörige des Bankwesens und des Großhandels begründeten daraufhin die „Transocean-G. m. b. H.“, die von der Regierung einen jährlichen Zuschuß erhielt und den Telegraphen- und Telephondienst, insbesondere im Verkehr mit Südamerika übernahm; der andere Teil der Mitglieder, insbesondere Angehörige der Industrie, unter erheblicher finanzieller Beteiligung der Schwerindustrie begründeten am 5. September 1916 die „Deutscher Überseedienst G. m. b. H.“, deren Bedeutung freilich von vornherein gering war, da sie vertragsgemäß einen Depeschendienst nicht organisieren durfte.

Alle diese, seit 1913 erwogenen und verhandelten Pläne zur Entwicklung eines von Wolff unabhängigen Auslandsdienstes, hatten Hugenberg in der Meinung bestärkt, daß die von ihm vertretene Industrie ihre wirtschaftlichen Kräfte zersplitterte und daß ihr die technisch-organisatorischen Einrichtungen fehlten, um einer finanziellen Beteiligung wirksamen Nachdruck zu geben. Immer von neuem hatte er beobachtet, daß die Schwerindustrie zwar in jedem Falle erhebliche Summen aufbrachte, aber fast niemals einen entsprechenden Einfluß auf die Vertretung und Verwendung dieser Summen ausübte. Hugenberg begründet daher am 6. März 1914 die „Ausland G. m. b. H.“ mit dem Sitz in Essen und gab ihr durch Beteiligung der führenden Industriellen den Charakter einer Konzentrationsstelle¹. Die Geschäftsführung wurde Dr. Andrew Thorndike übertragen. Zweck der Gesellschaft: „Die Förderung der Beziehungen und der Stellung der heimischen Industrie zu den wichtigen ausländischen Wirtschafts- und Kulturgebieten durch Verbesserung des Nachrichtenwesens und sonst geeigneter erscheinende Maßnahmen“.

Diese Gesellschaft war also im Grunde nichts weiter als ein juristisch und finanziell aktionsfähigerer Ausbau der überwachenden und konzentrierenden Tätigkeit, die Hugenberg, wie oben S. 54 geschildert, seit 1912 gleichsam nebenamtlich ausübte.

Dabei schwebte ihm aber noch ein anderer Gedanke vor, der erhebliche Konsequenzen haben sollte. In den Beratungen über den

¹ An der Gründung der „Ausland G. m. b. H.“ waren außer Hugenberg beteiligt: Emil Rirdorf, Hugo Stinnes, Wilhelm Beukenberg (Phönix), Friß Baare (Bochumer Verein), Peter Klöcker, Paul Reusch (Saniel-Konzern), Gebr. Stumm, Neunkirchen, Friedrich Springorum (Dortmunder Union) und andere.

internationalen Nachrichtendienst waren ausländische Zeitungen vorgelegt worden, die im Inseratenteil große Annoncen deutscher Industriefirmen enthielten, während der redaktionelle Teil gehässige Bemerkungen oder entstellte Nachrichten über die angebliche Unzuverlässigkeit der deutschen Industrie brachte. Es stellte sich heraus, daß ausländische Agenturen, die gewohnheitsgemäß mit der Unterbringung der deutschen Inserate in der ausländischen Presse betraut wurden, die Annoncen im Auslande ziemlich wahllos unterbrachten oder daß sie die Unkenntnis der deutschen Inserenten mißbrauchten, um Zeitungen zu bevorzugen, von denen die Agenturen besonders hohen Rabatt erhielten. Hugenberg schlug daher den industriellen Werken vor, sich zur Unterbringung ihrer Zeitungsinsertate im Auslande der „Ausland G. m. b. H.“ in Essen als Vermittlungsstelle zu bedienen, und da dieser Vorschlag Beifall fand, baute er sogleich die „Ausland G. m. b. H.“ durch Begründung der „Ausland-Anzeigen G. m. b. H.“ (30. April 1914) aus. Die „Ausland-Anzeigen G. m. b. H.“ hatte einerseits ausländische Zeitungen dauernd daraufhin zu studieren, ob sie geeignet seien, deutschen Inseraten eine gute geschäftliche Wirkung zu geben und andererseits die am Export interessierten Werke zu beraten und ihre Inserate im Auslande unterzubringen.

Die auf das internationale Nachrichten- und Publikationswesen gerichtete Tätigkeit Hugenergs vollzog sich bis Ende 1915 in aller Öffentlichkeit. Die Namen der Begründer der „Ausland G. m. b. H.“, Hugenberg, Emil Rirdorf, Hugo Stinnes, Wilhelm Beukenburg usw., waren nicht nur aus dem Handelsregister bekannt, sondern Hugenberg verhandelte auch in bezug auf die Organisation des Nachrichtendienstes und des Inseratenwesens, ohne im geringsten ein Geheimnis daraus zu machen.

6. Erwerb der maßgebenden Beteiligung an der August Scherl G. m. b. H.

Im Dezember 1915 aber trat das große Geheimnis in den Kreis der Arbeiten Hugenergs. Das Geheimnis kam aus Berlin. Der Landwirtschaftsminister Frh. v. Schorlemer wandte sich am 11. Dezember 1915 in vertraulichen Briefen an die Ruhrindustriellen Emil Rirdorf, Beukenberg und Müser, zugleich wurde Krupp von Bohlen und Halbach vertraulich gebeten, auf seinen ersten Beamtenden, den Vorsitzenden seines Direktoriums, Hugenberg einzu-

wirken. Es handle sich um die in höchster Not befindliche August Scherl G. m. b. H. in Berlin. Strengste Geheimhaltung wurde zur Pflicht gemacht. Baron Simon Alfred v. Oppenheim sei am genauesten über die wichtige Angelegenheit unterrichtet. Noch vor Jahreschluß müsse Klarheit geschaffen werden, um den Zusammenbruch resp. den Übergang der Scherl-Anteile in „unerwünschte Hände“ zu verhindern.

Die Regierung hatte seit dem Notschrei des Deutschen Verlagsvereins vom 19. Juni 1915, siehe oben S. 48, fast ein halbes Jahr mit „internen Erwägungen“ verstreichen lassen. Die Bitte des Verlagsvereins, ihm „aus irgendwelchen uns nicht bekannten Fonds“ einen „Vorschuß“ von 8 Mill. M. zu gewähren, und zwar „unverzinslich und auf mindestens 10 Jahre“, hatte sich nicht erfüllen lassen. Die Regierung konnte aus „unbekannter Quelle“ nicht vielmehr als 1 Mill. beschaffen. Landwirtschaftsminister v. Schorlemer mußte also wieder seine reichen Freunde bestürmen, um die geforderten 8 Mill. M. für die August Scherl G. m. b. H. resp. den Deutschen Verlagsverein schleunigst zu erlangen. Ohne weiteres leuchtete ein, wie peinlich die Affäre der Regierung war und wie ängstlich sie daher auf Geheimhaltung bedacht sein mußte¹. Hugenberg hielt sich daher verpflichtet, über den von der Regierung selbst gezogenen Kreis der Wissenden: Krupp von Bohlen, Emil Rirdorf, Beukenberg, Müser nur mit Vorsicht hinauszugehen. Auf Briefe und schriftliche Verhandlungen wurde nach Möglichkeit verzichtet. In den Aktennotizen erschienen Decknamen, z. B. wurde die Regierung resp. der Landwirtschaftsminister als „Firma“, die Ruhrindustriellen als „die Gruppe“, die August Scherl G. m. b. H. als „Zentrale“ bezeichnet. Die notwendigen juristischen Formalitäten durchzuführen, wurde eine juristische Person geschaffen, deren Name nichts vermuten ließ und deren Sitz vom wirklichen Mittelpunkt des Geschehens entfernt war: „Sanseatische Treuhand G. m. b. H.“ in Lübeck. Ferner wurden einige unbekannte Privatpersonen in den Vordergrund gestellt.

Daß nur Hugenberg die von der Regierung gewünschten Verhandlungen mit dem Deutschen Verlagsverein führen könne, war im Dezember 1915 bereits eine von den führenden Industriellen als selbstverständlich angesehene Tatsache. Hugenberg nahm daher

¹ Der Vorgang erinnert in fast jedem Zuge an die geheimnisvolle Art, in der nach dem Kriege eine andere deutsche und eine preußische Regierung sich um die ins Wanken gekommene „Deutsche Allgemeine Zeitung“ bemühten.

unter Mitwirkung einiger Mitglieder seines engeren Freundeskreises eine finanzielle Prüfung der August Scherl G. m. b. H. und des Deutschen Verlagsvereins vor und kam zu folgendem Ergebnis¹:

Der Verwaltungsausschuß des Deutschen Verlagsvereins hatte in seinem an die Regierung gerichteten Schreiben vom 19. Juni 1915 angenommen, daß 8 Mill. M. erforderlich seien, und zwar 6 Mill. M. zur Abdeckung der Bankschulden und 2 Mill. M. zur finanziellen Ausstattung der August Scherl G. m. b. H. Wenn 8 Mill. M. aufgebraucht würden, könne das Unternehmen mit Erfolg weiterarbeiten. — Hugenberg bezweifelte die Richtigkeit dieser Annahme. Er konstatierte, daß August Scherl schon seit 1911 einen Raubbau getrieben habe und daß nicht 2 Mill. M., sondern annähernd 10 Mill. M. zur Sanierung der August Scherl G. m. b. H. erforderlich sein würden. Dem aber müßte die Abtragung der Bankschulden, die auf etwa 7 Mill. M. angewachsen war, vorausgehen. Die Hilfsaktion mußte also in zwei Akten erfolgen: 1. Sanierung des Deutschen Verlagsvereins durch Abtragung der Bankschuld von 7 Mill. M., 2. Sanierung der August Scherl G. m. b. H. mit einem Aufwand von schätzungsweise 10 Mill. M. — Dieser zweite Teil mußte mit erheblichen organisatorischen Maßnahmen verbunden werden, wenn das Ziel, die selbständige Bilanzierung der August Scherl G. m. b. H. erreicht werden sollte. Beide Akte waren untrennbar miteinander verbunden, denn wenn die Sanierung des Deutschen Verlagsvereins nicht gelang, mußten die Anteile der August Scherl G. m. b. H. verkauft werden, und wenn die Sanierung der August Scherl G. m. b. H. nicht gelang, würde der Deutsche Verlagsverein in spätestens zwei Jahren wieder in derselben Notlage sein. Hugenberg hatte also hier in vergrößertem Maßstabe dasselbe Bild vor Augen, daß ihm aus mehrfachen Industrieerfahrungen wohlbekannt war: Ein Zeitungsunternehmen war von jemand, der nichts davon verstand, aus politischen Gründen gekauft worden; das Unternehmen war finanziell zurückgegangen; Zuschüsse, Sanierungen wurden erforderlich, d. h. immer erneute Kosten, Ärger und schließliches Versagen. Auch jetzt wieder bemerkte er in den Vorschlägen des Deutschen Verlagsvereins die dilettantische Neigung, das Loch durch „neues Kapital“ zuzustopfen, d. h. die Bankschulden von 7 Mill. M. abzuzahlen und das Zeitungsunternehmen notdürftig mit 2 Mill. M. zu stützen, um dann „weiter zu sehen“, bis auch das neue Kapital ver-

¹ Es liegen genaue Akten darüber vor, deren Geheimhaltung heute nicht mehr erforderlich erscheint.

braucht und neue Bankschulden angehäuft waren. Zwei Jahre, höchstens drei, pflegt solche Phase im Leben einer aufgekauften Zeitung zu dauern: Im ersten Jahre wird das neue Kapital verbraucht, im zweiten und eventuell dritten wird mit neuen Bankschulden gemikrowirtschaftet. In diesem Rhythmus konnte das große Scherl-Unternehmen viele Millionen verschlingen.

Hugenberg erklärte daher, daß er die Verantwortung für eine so kostspielige und auch für sein persönliches Ansehen folgenschwere Sanierung nur dann übernehme, wenn er die Möglichkeit erhalte, unbehindert durch Seiteneinflüsse zu handeln. Diese Haltung wurde vom Verwaltungsausschuß des Deutschen Verlagsvereins anerkannt und es kam folgende Regelung zustande:

Die Bankschulden des Deutschen Verlagsvereins, die am 25. März 1916 = 7112500 M. betragen, wurden getilgt, durch eine von „Unbekannt“ gegebene Summe von 1 Mill. M. und durch die von Hugenbergs „Gruppe“ aufgebrachten 6100000 M. und noch einen kleinen Privatbeitrag. Das stimmfähige Kapital des Deutschen Verlagsvereins, das 7112500 M. betrug, wuchs dadurch am 25. März 1916 auf 14279000 M. an. Die geforderte Möglichkeit, nunmehr unbehindert an die Sanierung der August Scherl G. m. b. H. zu gehen und das Unternehmen auf eigene Verantwortung weiterzuführen erhielt die „Gruppe“ Hugenbergs durch eine Satzungsänderung¹, die dem Verwaltungsausschuß des Verlagsvereins das Recht gab, „bestimmt zu bezeichnenden neuen Einlagen“ das doppelte Stimmrecht zu gewähren. Hugenbergs Gruppe erhielt für ihre Einlage von 6,1 Mill. M. diese Bevorzugung und damit die Majorität². Aus dieser Tatsache ergab sich, daß Hugenberg am 25. März 1916 der wirkliche Beherrscher des Scherl-Konzerns geworden war.

Mit diesem Ereignis mußte sich der Stil seiner Tätigkeit notwendig ändern: Während die Beschäftigung mit dem internationalen Nachrichtendienst und mit der Inseratenorganisation bis dahin nur eine nebenamtliche war, die er als Vorsitzender des Direktoriums Krupp beiläufig erledigte, wurde er jetzt durch das wachsende Ge-

¹ Am 25. März 1916 von der Mitgliederversammlung des Deutschen Verlagsvereins mit 473 von 495 vertretenen Stimmen beschlossen und am 10. Mai 1916 durch Erlaß des Ministers des Innern und des Justizministers genehmigt.

² Ihr wurden, wie vorher vereinbart worden war, im Deutschen Verlagsverein von den 17 Sitzen des Verwaltungsausschusses 9 Sitze eingeräumt und in der August Scherl G. m. b. H. von den 7 Sitzen des Verwaltungsausschusses 4 Sitze.

wicht der neuen Aufgabe gezwungen, einen immer größeren Teil seiner Kraft auf das Publikationswesen zu konzentrieren. Folgerichtig führte dieser in der Sache liegende Zwang dahin, daß er am 1. Januar 1919 aus dem Direktorium R r u p p ausschied, um sich ganz der Leitung der Publikationsorganisation zu widmen.

Aber noch in einer anderen und wesentlicheren Richtung bedeutete der 25. März 1916 eine entschiedene Wendung: Wenn Industrielle ein Zeitungsunternehmen kaufen, sind sie im allgemeinen wenig geneigt, sich einer der Zeitung immanenten Macht zu beugen. Fast immer sind Zeitungen, ehe sie in industrielle Hände fallen, finanziell heruntergekommen, erforderten schon längst Zuschüsse, stehen vor dem Bankerott, müssen saniert werden. Solche arme Zeitung, die schon lange nach einem reichen Freier ausschaut, scheint wenig Anrecht zu haben, für ihre seelische Eigenart Beachtung zu fordern. Der industrielle Käufer ahnt auch kaum etwas von der Existenz einer geheimnisvollen Zeitungsseele. Er glaubt, sich um die Zeitung und um die Kultur sehr verdient zu machen, wenn er die Sanierung auch auf die Redaktion ausdehnt. Oft besteht dies in einem dilettantischen Versuch, dem Inhalt der Zeitung mehr Gewicht zu geben, und zwar soll das Mehrgewicht in der Regel durch eine Ausdehnung und Verbesserung der wirtschaftspolitischen Beiträge erreicht werden, da dies Gebiet dem geistigen Bedürfnis des Industriellen naturgemäß wertvoll erscheint. In den vielen Fällen, in denen Industrielle, die eine Zeitung gekauft hatten, mit mir über das „Problem“ sprachen, hörte ich fast stets dieselben Worte: „Die Zeitung muß wirtschaftspolitische Beiträge bringen, der wirtschaftliche Nachrichtendienst und die wirtschaftspolitische Redaktion sind auszubauen.“ Die Folge solchen Aufschwunges ist, daß auch der letzte Rest der Leser dahinschwindet. Auch als das Scherl-Unternehmen im Herbst 1913 in die Hände des Deutschen Verlagsvereins kam, wurde im internen Kreise erklärt: „Der Berliner Lokal-Anzeiger darf kein Sensations- und Nachrichtenblatt bleiben, sondern muß eine hochstehende Zeitung mit guten wirtschaftspolitischen Artikeln werden.“ Diese ethische Umwandlung, dilettantisch verwirklicht, kostete später 10 Mill. M. Sanierungskosten.

Hugenburgs Erfolg beruht wesentlich darauf, daß er die Existenz einer dem Scherl-Konzern immanenten Seele spürte und ihrer Macht auch dann Spielraum und Entfaltung gönnte, wenn er sie als fremd und unsympathisch empfand. Diese Seele des Scherl-Konzerns stammte aus dem schöpferischen Geiste August Scherls.

Früher als irgendein anderer europäischer Zeitungsmann, früher als die Gebrüder Millstein, früher als Alfred Harmsworth, Lord Northcliffe, früher als die Brüder Berry, hatte August Scherl erkannt, daß es möglich sei, mit Hilfe der sogenannten amerikanischen Organisationsmethode das Zeitungswesen technisch bedeutend zu entwickeln, d. h. durch Konzentration, durch Vereinigung vieler Zeitungen und Zeitschriften, durch Angliederung großer Buchverlage, gab er technisch hochstehenden Druckereien, Nachrichtenorganisationen, Vertriebsrichtungen genügend Beschäftigung, machte die Investierung erheblichen Kapitals dadurch lohnend und konnte zugleich Zeitungen und Zeitschriften mit besserem Nachrichtendienst, in glänzenderer Ausstattung und mit größerer Propaganda herausbringen als andere. Dazu aber gehörte als notwendige Ergänzung, daß diese Zeitungen und Zeitschriften geeignet sein mußten, einem sehr großen Leserkreise zu gefallen. Je höher das Niveau einer Zeitung, um so kleiner der Kreis ihrer Leser. Das Niveau mußte also auf den Geschmack der Masse eingestellt werden.

Jene eigenartige, in ihren Wirkungen genau berechnete, nur dem Unwissenden plump erscheinende Sensationstechnik mußte entwickelt werden, die Lord Northcliffe später als „Technik des talking point“ zur Meisterschaft steigerte, d. h. die Kunst, die Aufmerksamkeit weiter Kreise mit magnetischer Kraft für einen Tag auf ein Ereignis zu lenken; einen Vorgang, einen Ausspruch, eine Vermutung für einen Tag zur Höhe einer Weltbedeutung zu erheben. Eine kurze Kunst, die kein Gestern und kein Morgen kennen darf, weil sie dem Heute alle Töne und Farben preisgeben muß. So wurde die Verbreitung der Zeitung erzielt, die dann wiederum das Wichtigste erreichte: Die Anlockung von Inserenten. Denn die Einnahmen aus Annoncen ist die Haupteinnahme der großen Zeitungen.

Nach August Scherls Vorbild und gewaltigem Erfolg haben die Gebrüder Millstein Ähnliches organisiert. Auf denselben Grundsätzen beruht in England das Gedeihen der mächtigen Northcliffe-Presse, der Zeitungen des Lord Beaverbrook, der Berry-Presse, in Amerika der Hearst-Presse und anderer Zeitungskonzerne. Sie alle ohne Ausnahme sind kapitalstarke, auf dem Prinzip der industriellen Konzentration beruhende, mit allen Mitteln moderner Technik ausgerüstete Organisationen, die dazu dienen, die auf Massenwirkung berechnete Produktion ihrer Redaktionen ins Land zu schleudern. In diesem steten Werben um die Aufmerksamkeit der Menge, in diesem unausgesetzten Bedachtsein auf Effekt gedeihen natürlich

feinere Qualitäten nur mittelmäßig. Die Verlagsleiter und ihre Redakteure beugen sich dieser Notwendigkeit gewiß nicht gern. Jeder der genannten Konzerne läßt daher neben den gewinnbringenden Massenblättern auch eine „hochstehende“ Zeitung erscheinen, begnügt sich dabei mit bescheidenen Gewinnen oder zahlt gar noch etwas dazu. Aber für alle gilt die Wahrheit, die in folgendem Zwiegespräch zum Ausdruck kommt: Als der Chefredakteur einer „hochstehenden“ Zeitung dem Redakteur der Massenzeitung seines Verlages zurief: „Wie konnten Sie heute früh solche dumme Sensationsnachricht bringen,“ erfolgte die Antwort: „Ich muß eine dumme Zeitung schreiben, damit der Verlag das Defizit Ihrer klugen Zeitung decken kann.“

Als Hugenberg einen dieser Zeitungskonzerne seit dem 25. März 1916 beherrschte, hatte er nur die Wahl, entweder August Scherls Seele weiterwirken zu lassen oder das zur Verfügung stehende Kapital an Geld und Geduld in wenigen Jahren zu erschöpfen. Das war sicherlich nun eine schwierige Frage, eine Gewissensfrage, die nach der Art des Urteilenden ganz verschieden beantwortet werden wird, und es liegt mir fern, irgendeine Antwort für „falsch“ oder „richtig“ zu halten. Aber einige Tatsachen lassen sich doch feststellen, die für die Beantwortung Bedeutung haben könnten:

Erstens kann festgestellt werden, daß die industrielle Konzentration auf dem Gebiete des Zeitungswesens eine Erscheinung ist, die sich in allen industriell entwickelten Ländern durchgesetzt hat und deren Möglichkeit noch längst nicht erschöpft ist.

Zweitens kann festgestellt werden, daß die auf solcher Konzentration beruhenden Zeitungsunternehmungen sämtlich erhebliche politische Faktoren geworden sind. Die große Verbreitung ihrer zahlreichen Publikationen, die Möglichkeit, täglich in verdeckter oder offener Weise, einen bestimmten Ton anzuspielden, geben ihnen einen Einfluß, der tief eindringend und viel nachhaltiger ist, als man angesichts der Oberflächlichkeit dieser ganzen Produktion vermuten möchte.

Drittens steht fest, daß ein so organisierter Zeitungskonzern sich finanziell nur halten kann, wenn sowohl die kapital-technische Konzentrationsmethode als auch der dem Geschmack der Masse angepaßte Charakter seiner Publikationen erhalten bleibt.

Über alle diese Dinge ist in unserem Freundeskreise viel diskutiert worden. Nach langwierigen Lasten und Experimentieren, das sehr viel Geld kostete und die Weiterführung der großen Unternehmen

zeitwillig in Frage stellte, kam man schließlich darüber zur Klarheit, daß ein Zeitungskonzern von der Art der August Scherl G. m. b. H. seine eigene Konsequenz habe, der man sich beugen müsse, wenn man das gewaltige Instrument politischen Einflusses nicht zerstören wolle.

Um eine Vorstellung davon zu geben, welchen Umfang das Scherl-Unternehmen schon damals hatte, erinnere ich daran, daß der Verlag folgende Zeitungen und Zeitschriften druckte und vertrieb:

„Berliner Lokal-Anzeiger“, in 241 500 Exemplaren gedruckt. — „Der Montag“, in 232 200 Exemplaren gedruckt. — „Die Woche“, in 256 250 Exemplaren gedruckt. — „Der Tag“. — „Täglicher Vergnügungsanzeiger und Fremdenführer.“ — „Die Gartenlaube.“ — „Die weite Welt.“ — „Vom Fels zum Meer.“ — Die Wochenschriften „Praktischer Wegweiser“ und „Allgemeiner Wegweiser“. — „Internationale Wochenschrift für Wissenschaft, Kunst und Technik.“ — „Berliner Wohnungs-Register.“ — „Export Trade.“ — „Sport im Wort.“ — „Sport im Bild.“ — Fast alle diese Zeitschriften gehörten zu den verbreitetsten ihrer Art, ferner gehörten der August Scherl G. m. b. H. Buchverlage, insbesondere die Mehrheit der August Scherl, Deutsche Adreßbuch G. m. b. H., welche die Adreßbücher von Berlin, Breslau Frankfurt a. M., Halle a. d. S., Leipzig, Magdeburg, Stettin herausgab. — Die Bibliothek August Scherl G. m. b. H.

Die Firma besaß in Berlin und Leipzig Druckereien, die durchaus auf der Höhe standen und die besonders gut für den Druck illustrierter Zeitschriften ausgerüstet waren.

Die Gesamtergebnisse der August Scherl-Unternehmungen hatten betragen:

1910: 23 404 000 M.

1911: 25 203 000 M.

1912: 25 900 000 M.

Die Dividende hatte betragen:

1901 = 12 %	1907 = 12 %
1902 = 12 %	1908 = 11½ %
1903 = 12 %	1909 = 8 %
1904 = 11½ %	1910 = 10 %
1905 = 12 %	1911 = 10 %
1906 = 12 %	1912 = 10 %

In den folgenden Jahren fand der Niedergang statt.

Nachdem die August Scherl G. m. b. H. dann von Hugenberg saniert worden war, wurde das Unternehmen unter der Leitung des Generaldirektors Ludwig Alißsch (seit 1. Januar 1920) erheblich ausgedehnt. Zu der Reihe der bereits bestehenden Zeitungen, Zeitschriften und anderen Publikationen kamen vor allem Export-

zeitschriften, für welche die Auslandsverlag G. m. b. H. unter der Leitung Ludwig Klischys begründet wurde: „Die Exportwoche“, „Das Echo“, ferner eine „Revue des Exports und Imports“, die in fünf verschiedenen Ausgaben (englisch, spanisch, portugiesisch, italienisch und französisch) erscheint. Die Zahl der Fachblätter wurde vermehrt durch: „Das Grundeigentum“, Organ des Bundes Berliner Haus- und Grundbesitzer; „Kinematograph“; eine für den Massenvertrieb organisierte illustrierte Monatschrift „Scherls Magazin“ und eine Art Boulevardblatt, die illustrierte Abendzeitung „Berliner Nachtausgabe“, kamen dazu. Die Reihe der Adreßbücher wurde ausgedehnt. Große Industrie- und Handelsadreßbücher, Kursbücher wurden herausgegeben, der Buchverlag erheblich erweitert. Und dieser Expansion entsprechend wuchsen die Gebäude, Druckereien, Vertriebsorganisationen¹.

7. Aufbau der AIA-Anzeigen-Gesellschaft.

Zu derselben Zeit, als die Regierung resp. der Deutsche Verlagsverein sich an die Ruhrindustriellen wandten, um eine Beteiligung an der August Scherl G. m. b. H. zu erreichen, beschäftigte sich unser Freundeskreis eifrig mit der Möglichkeit, der im Jahre 1914 begründeten und durch den Kriegsausbruch zunächst lahmgelegten Auslands-Anzeigen G. m. b. H. einen ganz anderen Charakter zu geben. Insbesondere brachte Leo Wegener, der ideenreiche Praktiker des Genossenschaftswesens, in Briefen und Gesprächen immer von neuem folgenden Gedanken zur Debatte:

Die Auslands-Anzeigen G. m. b. H. beruhe im Grunde auf einem Prinzip des Genossenschaftswesens; denn als Gesellschafter seien industrielle Werke vereinigt, die am Export interessiert seien und die auf eine planmäßige Werbung im Auslande Wert legen müßten. Diese haben sich in der Auslands-Anzeigen G. m. b. H. ein gemeinsames Organ geschaffen, um den ausländischen Inseratenmarkt zu erkunden und ständig zu benutzen. Dieses genossenschaftliche Prinzip sei so fruchtbar, daß man es weiterentwickeln müsse.

¹ Die August Scherl G. m. b. H. hat heute ein Kapital von 30 Mill. M. nominell, und zwar 20 Mill. M. stimmberechtigte Stammanteile und 10 Mill. M. Vorzugsanteile (mit Vorzugsverzinsung, aber ohne Stimmberechtigung). Fast das gesamte Stammkapital befindet sich im Besitze einer Holdinggesellschaft des Hugenberg-Konzerns. Vgl. Näheres im Abschnitt: „Die Beherrschung des Hugenberg-Konzerns.“

Man müsse die *Auslands-Anzeigen G. m. b. H.* zu einer Allgemeinen Anzeigen-Gesellschaft erweitern, deren Gesellschafterkreis möglichst viele bedeutende Inserenten umfasse. Nicht nur an die Rohstoffindustrie des Eisens und der Kohle, sondern an alle Industriestufen und Industriezweige, aber auch an den Handel müsse man sich wenden, um die am Inserat dauernd interessierten Firmen gewissermaßen zu einer Genossenschaft der Inserenten zu vereinigen. Diesem erweiterten Kreise entsprechend seien auch die Aufgaben der Anzeigen-Gesellschaft zu erweitern. Nicht nur die Unterbringung von Annoncen im Auslande, sondern auch im Inlande sei zu organisieren, ferner das Plakatwesen und das andere weite Gebiet der Werbetätigkeit. Diese genossenschaftliche Durchdringung des Werbewesens habe den Vorteil, daß die Inserenten selbst, also diejenigen, die am genauesten über das Wesen der anzupreisenden Waren und Dienste unterrichtet seien, an der Organisation des Werbewesens teilnehmen.

Dieser in den Jahren 1915 und 1916 erörterte, erwogene und planvoll durchgearbeitete Gedanke fand Beifall. Hugenberg erweiterte die *Auslands-Anzeigen G. m. b. H.* zu einer Allgemeinen Anzeigen-G. m. b. H. zuerst in der Sache, dann auch in der äußeren Form. Am 9. März 1916 wurde das Kapital der Gesellschaft von 200 000 M. auf 1 Mill. M. und am 8. Juli 1917 auf 2. Mill. M. erhöht. Die Zahl der Gesellschafter wuchs schnell, insbesondere beteiligte sich auch die Berliner Industrie und der Großhandel. Zur Belebung der Arbeit trug wesentlich die Art bei, wie der „*Ma-Gedanke*“, so nannten wir den genossenschaftlichen Grundgedanken des Werbewesens, auf die Zeitungsverlage wirkte. Mehrere bedeutende Zeitungsverlage erklärten, daß sie diese neuartige Form der Inseratenvermittlung als eine Durchbrechung der Inseratenmonopole privater Annoncenbureaus für einen Fortschritt hielten, und über 40 Zeitungsverleger traten der „*Ma*“ im Jahre 1917 als Mitglieder bei; jedenfalls ein Beweis dafür, daß die Sachverständigen das junge Unternehmen beachtenswert fanden. — Jedoch zur vollen Entfaltung eines Annoncenbureaus fehlte der „*Ma*“ das unentbehrliche dichte Netz von Filialen und eingearbeitete Filialleiter. Daher bemühte sich Hugenberg, mit einem der bestehenden größten Annoncenbureaus, Haasenstein & Vogler, in Verbindung zu treten und erfuhr im Herbst 1917, daß der in der französischen Schweiz in Genf lebende Eigentümer der Aktienmajorität von Haasenstein & Vogler seine Aktien möglicherweise verkaufen werde.

Haasenstein & Vogler war, 1855 in Hamburg begründet, die älteste Annoncexpedition in Deutschland, besaß ein Netz von Filialen und einen Stab von erfahrenen Mitarbeitern. Seitdem die Aktienmehrheit nach der Westschweiz gekommen war, hatte das Unternehmen in Verbindung mit der „Société anonyme de Publicité“ und der „Publicitas“ einen internationalen Charakter angenommen und war an Arbeitsgebieten in Frankreich, Italien, Spanien, Österreich interessiert¹. Gerade der Umstand, daß das in Deutschland vielfach verzweigte Unternehmen seinen finanziellen Schwerpunkt in der französischen Schweiz hatte, bestärkte Hugenberg in seinem Plan, die Aktienmajorität nach Deutschland zu bringen. Ende 1917 begab sich daher der Leiter der Ausland-Anzeigen G. m. b. H. nach der Schweiz, und es gelang ihm, die Aktien zu erwerben. Da Haasenstein & Vogler die Gesellschaftsanteile des Annoncenbureaus Daube & Co. besaßen, erlangte Hugenberg auch dieses Unternehmen. So wurden die Betriebsysteme von Haasenstein & Vogler A.-G. und von Daube & Co. mit ihrem gesamten Netz von Filialen zu Beginn des Jahres 1918 ein Teil des Hugenberg-Konzerns.

Diese Entwicklung erregte Aufsehen und rief Angriffe hervor. In Zeitungen und im Reichstage wurde der Vorwurf erhoben, daß die „Ma“ politischen Zwecken diene. Sie benutze die Inseratenmacht, um auf die politische Haltung der Presse einzuwirken².

Diese Frage ist wichtig genug, prinzipiell erörtert zu werden, zumal die erbitterten Auseinandersetzungen im Jahre 1918 sich mit oberflächlichen Vermutungen begnügten und nicht frei waren von geschäftlich interessierten Einflüssen.

Inwieweit kann und darf ein Annoncenbureau politischen Einfluß üben?

Ein Annoncenbureau hat den Zweck, den Verkehr zu vermitteln zwischen den Zeitungen und denjenigen Personen, welche Dienste und Waren in Zeitungen anzeigen wollen. Das Annoncenbureau

¹ In jedem dieser Gebiete bestand eine juristisch selbständige Gesellschaft. Hugenbergs Interesse bezog sich nur auf die deutsche Aktiengesellschaft Haasenstein & Vogler.

² Über die im Jahre 1918 geführten Kämpfe um die „Ma“ unterrichten am besten folgende Aufsätze und Reden: Artikel von Professor Walter Goetz im „Leipziger Tageblatt“, 25. Februar 1918. — Rede des Abgeordneten Erzberger im Reichstage am 27. Februar 1918. — Zu dem Artikel von Goetz und zur Rede von Erzberger nahm Stellung am 8. März 1918 das Organ der deutschen Zeitungsverleger: „Der Zeitungsverlag“, und am 9. März 1918 die „Böhmische Volkszeitung“.

bietet dem Publikum folgenden Vorteil: Es berät bei der Auswahl der Insertionsorgane oder nimmt die Auswahl im Interesse des Inserenten selbst vor. Es erteilt Ratschläge bei der Formulierung der Inserate und macht Entwürfe für einen wirkungsvollen Drucksaß. Es übernimmt für denjenigen, der eine Annonce in verschiedene Zeitungen einrücken lassen will, die Korrespondenzen mit den verschiedenen Zeitungen. Alle diese Leistungen erfolgen im allgemeinen kostenlos. Die Annoncenbureaus machen sich dadurch bezahlt, daß sie von den Zeitungen, denen sie Annoncen übermitteln, Rabatte erhalten. Rabatte, die 33% und auch mehr betragen¹, werden den Annoncenbureaus gewährt, nicht nur, weil sie den Zeitungen Inserate bringen, sondern auch, weil sie die Bezahlung der Inserate verbürgen und den ganzen Geschäftsbetrieb erleichtern und verbilligen. Da die Annoncenbureaus das Publikum bei der Wahl der Insertionsorgane beraten und sogar die Auswahl selbst vornehmen, sind manche Zeitungen, wie Garr sich ausdrückt, „von der Wohlgenieghtheit und dem guten Willen der Annoncenbureaus abhängig“².

Wesentlich verstärkt werden die Wirkungsmöglichkeiten, wenn ein Annoncenbureau zugleich Besitzer oder Pächter des Annoncenteils von Zeitungen ist. Und ist ein bedeutendes Annoncenbureau gar auf irgendeine Weise mit dem Kraftzentrum einer politisch geladenen Sphäre verbunden, so kann eine mindestens indirekte politische Wirkung des Annoncenbureaus auch dann nicht ausbleiben, wenn das Bureau rein geschäftlich, politisch neutral geleitet wird. Inseratenaufträge zu erhalten, ist für jede Zeitung eine Lebensfrage. Politischer Einfluß eines Annoncenbureaus bedeutet nicht Inseratenbestechung. Politischer Einfluß eines Annoncenbureaus bedeutet auch nicht Untreue gegen den Auftraggeber, der mit seinem Inserate nicht Politik treiben, sondern den größtmöglichen geschäftlichen Nutzen erzielen will. Politischer Einfluß eines Annoncenbureaus bedeutet vielmehr eine suggestive Wirkung, die notwendig ausströmen wird von einem Unternehmen, das erstens bedeutende Inseratenaufträge zu vergeben hat, zweitens Verfügungsrechte über den Annoncenteil von zahlreichen Zeitungen hat und drittens mitten in einer entschieden politischen Sphäre steht.

¹ Vgl.: „Der Zeitungsverlag“, Jahrgang XII, Nr. 30, S. 666, und Nr. 34, S. 736, und die Darlegungen bei Dr. Max Garr: „Die wirtschaftlichen Grundlagen des modernen Zeitungswesens.“ Wien 1912. S. 72.

² Garr, I. c., S. 73.

In ganz loyaler, gegen kein Gebot des Anstands verstoßender Weise kann dieser politische Einfluß durch die systematische Anwendung von zwei geschäftlichen Maßnahmen verstärkt werden: In den zahlreichen, sich immer wiederholenden Fällen, in denen die Inserenten zweifeln, welche von mehreren Zeitungen für die Insertion die geeignetste sei, wenn also mehrere Zeitungen in bezug auf die geschäftliche Wirkung ihrer Inseratenteile gleichwertig sind, wird jedes Annoncenbureau den Auftrag im Zweifel derjenigen unter den gleichwertigen Zeitungen zuwenden, mit der es selbst in enger Geschäftsverbindung steht. Diese geschäftliche Selbstverständlichkeit aber verursacht überall da eine politische Wirkung, wo die eng mit einem Bureau verbundenen Zeitungen einer bestimmten politischen Richtung angehören.

Eine zweite Kategorie von geschäftlichen Maßnahmen mit politischer Wirkung ist immer dann ohne Verletzung der kaufmännischen Grundsätze möglich, wenn zwischen einer Gruppe von Inserenten und einem Annoncenbureau Übereinstimmung darüber besteht, daß eine gewisse, über die Grenzen des rein kaufmännischen hinausgehende Wirkung durch eine systematische Inseratenvergebung erzielt werden soll. Ein Beispiel: Bei Gründung der Ausland-Anzeigen G. m. b. H. wurde, wie erwähnt, mit besonderer Betonung hervorgehoben, daß deutsche Industrieinserate in solchen ausländischen Zeitungen veröffentlicht werden seien, die in ihrem redaktionellen Teil die deutsche Industrie verdächtigten¹. Der Ausland-Anzeigen G. m. b. H. wurde daher ausdrücklich die Aufgabe gestellt, „der Vergabung deutscher Inserate an notorisch deutschfeindliche Zeitungen im Ausland entgegenzuwirken, sofern deren Berücksichtigung geschäftlich vermieden werden kann“². Das war eine Aufgabe, die politische Absicht voraussetzte. Niemals aber ist in der Öffentlichkeit die Berechtigung einer solchen Aufgabe bestritten worden.

Aus dem Gesagten ergibt sich folgende Nutzenanwendung auf die in Deutschland bestehenden großen Annoncenbureaus:

Vor dem Kriege gab es in Deutschland drei Annoncenbureaus, die über die Menge der kleineren Vermittler emporragten: Haasenstein & Vogler mit Daube & Co., Rudolf Mosse und Invalidentank. Haasenstein & Vogler hatte in den 60er, 70er und 80er Jahren

¹ Siehe oben S. 65.

² Vgl. die Erklärung der „Ma“ selbst in der „Täglichen Rundschau“ vom 10. März 1918, Nr. 127.

am meisten dazu beigetragen, das Inseratenwesen in Deutschland zu entwickeln. Dann aber war das Annoncenbureau Rudolf Mosse stärker hervorgetreten, hatte durch geschäftliche Überlegenheit, insbesondere auch durch die Pachtung des Anzeigenteils zahlreicher Zeitungen, die Konkurrenz so weit überflügelt, daß man das Annoncenbureau Rudolf Mosse als das führende Institut auf dem Gebiete der Inseratenvermittlung bezeichnen mußte. Da dieses Unternehmen mitten in einer entschieden politischen Sphäre stand, vereinigte sich alles, um dem rein geschäftlich geführten Unternehmen eine bedeutende politische Wirkung zu geben, gleichviel ob diese Wirkung von dem Inhaber des Verlages Rudolf Mosse gewünscht wurde oder nicht. Es war daher begreiflich, ja sogar notwendig, daß Hugenberg, als er zur Unterstützung einer grundsätzlich entgegengesetzt orientierten politischen Anschauung eine Presse- und Nachrichtenorganisation schuf, dahinstrebte, der geschäftlichen und damit auch politischen Überlegenheit des Bureaus Mosse etwas Ähnliches gegenüberzustellen.

8. Einfluß auf die Provinzpresse.

Die wirtschaftlichen Verhältnisse der Nachkriegszeit bis zur Stabilisierung der deutschen Währung verstärkten die Tendenz, die schon vorher auf eine Konzentration des Zeitungswesens hingewirkt hatte. Zwei Momente insbesondere machten sich entschiedener geltend: Die Verknappung eines wichtigen Rohstoffes drängt die auf den Rohstoff angewiesenen weiterverarbeitenden Unternehmungen zur Bildung oder Vergrößerung und Befestigung von Unternehmungsgemeinschaften, zumal wenn die Verknappung durch organisatorische Maßnahmen der Rohstoffproduzenten zur Erzielung höherer Gewinne planmäßig ausgenutzt wird.

Der wichtigste Rohstoff der Zeitungen, das Zeitungsdruckpapier, ließ sich wegen der seit 1915 fühlbar werdenden Knappheit und wegen der organisatorischen Zusammenfassung im Verband deutscher Druckpapierfabriken leicht „beherrschen“. Bis zum Jahre 1919 war diese Herrschaft der Papierproduzenten dadurch gemildert worden, daß die Kriegswirtschaftsstelle für das deutsche Zeitungsgewerbe eine Kontingentierung und Preisbestimmung erzwungen hatte. Im Jahre 1919 jedoch wurde die Kriegswirtschaftsstelle in eine private Wirtschaftsstelle unter staatlicher Aufsicht umgewandelt,

die ausgleichende Preispolitik verlor wegen des Abbaues der staatlichen Subventionen an Kraft, und bei der Beschaffung von Zeitungsdruckpapier wurde für die Bedingungen des Kaufes die finanzielle Überlegenheit des Abnehmers immer entschiedener maßgebend.

Hierzu kam ein zweites Moment: die sich vermehrende Spanne zwischen der Preisentwicklung des Zeitungsdruckpapiers einerseits und der Entwicklung der Zeitungsroheinnahmen andererseits. Während die Papierpreise in den Jahren 1919 bis Ende 1923 in Papiermark so hoch getrieben wurden, daß sie der Papiergeldentwertung fast folgten, ja ihr sogar zuweilen beträchtlich voraneilten¹, und anderes Zeitungsmaterial, insbesondere Metalle, den Weltmarktpreisen unmittelbar folgte, war es ganz unmöglich, vom zeitungskaufenden und vom inserierenden Publikum im Inlande Preise zu erhalten, die der Entwertung der Papiermark entsprachen.

Diese Divergenz zwischen Rohstoffpreisen und Verkaufspreisen führte zum Konkurs, zur Geschäftsauflösung und zum Verkaufe von mehr als tausend deutschen Zeitungen. Widerstand leisten aber konnten solche Zeitungsverleger, die entweder den durch die Inflation forcierten Export ausnutzen konnten (Begründung und Entwicklung von Exportzeitschriften, Export von Büchern) oder imstande waren, sich Papiermarkkredite zu beschaffen, deren Gegenwerte sie in Druckpapier, Metallen usw. relativ wertbeständig anlegten und die sie in weiter entwertetem Papiergelde zurückzahlten, oder die während der letzten Zeit der Inflation langfristige Valutakredite (Goldmark, Dollar, Gulden usw.) erhielten, die sie nach der Stabilisierung der deutschen Währung abdeckten.

Diese drei Hauptmittel zur Überwindung der Inflationsgefahr standen den großen Verlagshäusern in weit höherem Maße zur Verfügung als den kleinen Zeitungsverlegern, und so mußte die Inflation notwendig zur Vergrößerung derjenigen Zeitungsverlagsanstalten führen, die in klarer Erkenntnis der Inflationvorgänge geleitet wurden.

Die Hugenberg-Unternehmungen standen den Inflationsverhältnissen sowohl aktiv wie passiv gegenüber. Aktiv insofern, als bereits vor dem Zusammenbruch der Währung die kapitalintensivsten Teile des Konzerns, insbesondere die August Scherl G. m. b. H., erworben worden war, passiv aber insofern, als gerade in den

¹ Im Jahre 1920 z. B. erreichte der Preis des Zeitungsdruckpapiers, in Goldmark ausgedrückt, die doppelte Höhe des Preises von 1913 und in den Jahren 1921 und 1922 blieb der Preis nur um etwa 15% hinter dem Friedenspreise zurück.

schlimmsten Inflationsjahren so bedeutende Valutaschulden fällig wurden, daß der Hugenberg-Konzern durch die Inflation zeitweilig in seiner Bewegungsfähigkeit sehr behindert war. Diese passive Seite machte es unmöglich, von der aktiven Tendenz der Inflationszeit in solchem Maße Gebrauch zu machen, wie es erwünscht gewesen wäre.

Als die Provinzzeitungen in Massen zusammenbrachen, wurden sie teils durch vordringende großstädtische Zeitungen ersetzt, teils gerieten sie in eine vollständige Abhängigkeit von anderen großstädtischen Faktoren (Banken, Lieferanten). Hierzu kam, daß ausländische Zeitungskäufer die Notlage der deutschen Presse in bestimmter politischer Absicht zu benutzen suchten: So kaufte z. B. eine tschecho-slowakische Gruppe nicht nur in Böhmen deutsche Zeitungen, die dann in deutscher Sprache deutschfeindlich schrieben, sondern eine ausländische Gruppe gewann auch Einfluß auf zwei bedeutende sächsische Zeitungen; ebenso suchte eine dänische Gruppe Beteiligungen an schleswig-holsteinischen Blättern zu erlangen. Mit französischem Gelde bemühte sich der Separatistenführer Dorten, eine Kölner Zeitungsdruckerei zu kaufen. Die Sowjetregierung brachte Verlagsanstalten in Hamburg und Leipzig in ihren Besitz usw.

Es entsprach den Anschauungen, in denen Hugenberg und seine Freunde lebten, hier mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln einzugreifen.

Hugenberg benutzte als Werkzeug zunächst ein Unternehmen, das während des Krieges gegründet, aber nicht recht in Aktion getreten war: „Vera Verlagsanstalt G. m. b. H.“ in Berlin¹. Die Begründung im Jahre 1917 hatte folgenden Anlaß. Während des Krieges hatten mehrere Industrielle in der üblichen Weise Zeitungen gekauft, ohne die Fähigkeit und Möglichkeit zu haben, den Betrieb der Zeitungen mit Erfolg weiterzuführen. Da in industriellen Kreisen bekannt war, daß Hugenberg von der Sache etwas verstehe, hatten sich solche industriellen Zeitungseigentümer ratsuchend an ihn gewandt. So war der Gedanke entstanden, in Berlin eine Geschäftsleitung zu errichten, die, aus Fachleuten bestehend, den ratsuchenden Zeitungen helfen könnte. Für diese Hilfe sollten die Zeitungen ein Honorar zahlen, auch sollten gegen eine Pauschalsumme regelmäßige Revisionen der sich anschließenden Zeitungen vorgenommen werden. Darüber hinaus sollte die Vera den ihr angeschlossenen Zeitungen

¹ Begründet am 29. Oktober 1917 und am 2. November 1917 in das Handelsregister eingetragen.

als Vermittler dienen beim Bezuge von Maschinen und Material, bei der Kreditbeschaffung usw.

Die geschäftliche Form, in der das Verhältnis zwischen Vera und Provinzzeitung festgelegt wurde, ist folgendes:

Die Vera schließt mit dem Zeitungsverlag ein „Revisions- und Fachberatungsabkommen“, demzufolge die Vera zur Besprechung von Verlagsfragen, kaufmännischen und drucktechnischen Fragen, zur Vornahme von Revisionen usw. Sachverständige zum Verlage der Provinzzeitung zu entsenden hat.

Die Dauer des Abkommens wird auf drei Jahre festgesetzt. Erfolgt drei Monate vor Ablauf des Fachberatungsabkommens keine Kündigung, so gilt das Abkommen um weitere drei Jahre verlängert. — Der Zeitungsverlag zahlt für die dauernde Fachberatung monatlich ein bestimmtes Honorar an die Vera.

Der Genossenschaftsmann wird aus diesen Hinweisen schon erkannt haben, daß es sich hier wiederum um einen ursprünglich genossenschaftlichen Gedanken handelte. Hier ist im Grunde eine Genossenschaft von Zeitungsinteressenten vorgesehen, d. h. von solchen Persönlichkeiten, die direkt oder indirekt auf Zeitungen Einfluß üben. Durch den Zusammenschluß als Gesellschafter der Vera sollten sie veranlaßt werden, die von ihnen beeinflussten Zeitungen der Vera als Kunden zuzuführen.

Um den oben dargelegten Aufgaben der Inflationszeit zu entsprechen, wurde die Vera durch ein eigenartiges Institut, eine „Zeitungsbank“, ergänzt. Unter der Firma: „Mutuum Darlehns-Aktien-Gesellschaft“ wurde am 23. Oktober 1922 eine Bank begründet, die sich speziell damit befaßt, an Zeitungen Kredit zu geben und sich an Zeitungen finanziell zu beteiligen. Die Zeitungsbank wurde mit der Vera durch Personalunion und durch Vertrag eng verbunden. Die Finanzierung von Zeitungen führt sie entweder direkt und aus eigener Initiative aus oder so, daß Personen, welche sich an einer Zeitung beteiligen wollen, sich dabei der Zeitungsbank in folgender Weise bedienen: Die „Zeitungsinteressenten“ zahlen bei der Zeitungsbank eine Summe ein unter der Bedingung, daß die eingezahlte Summe zur Beteiligung an einer bestimmten Zeitung verwendet werde. Dadurch gewinnen die „Zeitungsinteressenten“ erstens die sachverständige Unterstützung der Vera, zweitens bleibt die Person des wirklichen Geldgebers im Hintergrunde, sein Name wird nicht genannt, und drittens wird dadurch ein systematisches Zusammenarbeiten mit anderen von der Zeitungsbank finanzierten Zeitungen

und ein systematisches Zusammenarbeiten mit anderen Geldgebern ermöglicht. Die Geldgeber können sich einen dauernden Einfluß auf die Zeitungen über die Vera hinweg sichern, indem sie entweder Aktionäre der Zeitungsbank werden oder einen Sondervertrag mit der Zeitungsbank abschließen. Heute sind Vera resp. Mutuum an 14 zum Teil bedeutenden Zeitungen in München, Stuttgart, Darmstadt, Elberfeld, Magdeburg, Halle und in kleineren Städten beteiligt und besitzen von einigen dieser Zeitungen die Majorität der Anteile. — Vera und Mutuum selbst befinden sich mit der überwiegenden Majorität ihrer Anteile, resp. Aktien, im Besitze der Dachgesellschaft des Hugenberg-Konzerns¹.

Die Beschäftigung mit der Provinzpresse belebte andere Erfahrungen und Pläne, mit denen sich unser Kreis zwei Jahrzehnte früher in der Ostmark beschäftigt hatte. Damals² machte die neue Methode uns starken Eindruck, die ein Berliner Zeitungsfachmann anwandte, um die Provinzpresse täglich mit aktuellen Leitartikeln, Plaudereien, Kurszettel, Nachrichten usw. zu versehen, die er fertig gesetzt und in Pappstreifen eingepreßt (gematert) lieferte, so daß die Provinzdruckerei ohne Setzer mit Hilfe einer einfachen Metallgießmaschine die Druckplatten herstellen konnten. Anton Levins Zentralbureau für die Deutsche Presse G. m. b. H. hatte auf diesem Gebiet Erfolg erzielt. Noch eine zweite Maternkorrespondenz war entstanden. Beide übten eine erhebliche politische Wirkung aus und es schien, daß diese Wirkung sich mit der vom Hugenberg-Konzern erstrebten Entwicklung nicht vertrug. Die genaue Beobachtung der beiden Maternkorrespondenzen ergab nämlich, daß die eine sog. „nationale“ Leitartikel brachte, die der Stimmung auf dem Lande im allgemeinen entsprachen. Ganz anders aber wirkte sie durch sehr bedeutsame „Nebensachen“, wie z. B. durch Parlamentsberichte mit leichten Verschleierungen und Entstellungen, durch einseitige Kommentare und vor allem durch die geschickte Unterdrückung gewisser unliebsamer Tatsachen. — Die zweite große Berliner Maternkorrespondenz, die in Süddeutschland und am Rhein erhebliche Verbreitung hat und sich bemühte, auch im deutschen Osten Einfluß zu gewinnen, war scheinbar politisch neutral mit religiöser Färbung, bevorzugte aber im Grunde die Vertretung der jeweiligen politischen Bestrebungen der Zentrumspartei.

Unter diesen Umständen schien es erwünscht, eine Maternkor-

¹ Siehe Näheres im Abschnitt: „Die Beherrschung des Hugenberg-Konzerns.“

² Siehe oben S. 15 ff.

respondenz zu schaffen, die imstande wäre, die Konkurrenz gegen die beiden Unternehmungen zu bestehen. So wurde am 6. September 1922 die „Wirtschaftsstelle der Provinzpresse (Wipro)“ in Berlin gegründet, die eine gedruckte Korrespondenz und eine Maternkorrespondenz herausgibt. Einige Jahre später gelang es, noch eine zweite Maternkorrespondenz zu erwerben.

So besaß der Hugenberg-Konzern neben dem hauptstädtischen Zeitungsverlag und dem Annoncenbureau der „Ma“ A.-G. jetzt in der Vera, der Mutuum und den beiden Maternkorrespondenzen wirksame Mittel auf dem Gebiete der Provinzpresse.

Diese Ergänzung des Hugenberg-Konzerns war von Wichtigkeit, da der Provinzpresse in Deutschland eine weit größere Bedeutung zukommt als in anderen Ländern. Die auffallend geringe Auflageziffer der großen Berliner Zeitungen, verglichen mit den Auflageziffern der Pariser und Londoner Zeitungen¹, erklärt sich daraus, daß die Provinzpresse sich in Deutschland durchgesetzt und behauptet hat. In Frankreich gibt es viele Orte von 8000—10000 Einwohnern, in denen überhaupt keine Zeitung erscheint. In Deutschland wäre das ganz undenkbar. Aber selbst wenn in einer französischen Stadt eine Zeitung erscheint, liest der Provinzfranzose fast stets noch eine Pariser Tageszeitung. In Deutschland hingegen begnügen sich viele, jawohl die meisten Bewohner der Provinzstädte mit ihren Lokalzeitungen und müssen somit aus ihnen alles schöpfen, was von den großen wie kleinen Ereignissen wissenswert erscheint. Besonders den Zeitungen der kleinsten Städte und Orte ist heute die Maternkorrespondenz fast unentbehrlich geworden. Dort ist der Verleger immer gleichzeitig Drucker und Redakteur und der Faktor besorgt alles übrige. Dieses „Übrige“ besteht im wesentlichen nur in dem Zusammentragen und Setzen von — sagen wir — Stadtklatsch und in Mitteilungen und Bemerkungen über alltägliche Erscheinungen. Die Leitartikel hingegen, die Nachrichten und Kommentare über politische Ereignisse, die landwirtschaftlichen Aufsätze, die Plaudereien, die Unterhaltungsnotizen, die Romane, das Feuilleton, die Sportberichte usw., die von den Berliner Maternkorrespondenzen teils in Berlin selbst, teils in einigen Hauptstädten der Provinzen gesetzt und gematert werden, üben eine entscheidende Wirkung auf das aus, was man „die öffentliche Meinung auf dem Lande“ nennt.

¹ Die größten Berliner Tageszeitungen erreichen nicht eine Auflagenziffer von einer halben Million. In Paris und London gibt es Tageszeitungen mit täglichen Auflagen von 1 bis 2 Mill. Stüd.

9. Erwerb und Ausbau der Telegraphen-Union. Internationaler Nachrichtendienst G. m. b. H.

Die Abhängigkeit des großen offiziellen Deutschen Auslandsdienstes W.T.B. von den englischen und französischen Nachrichtenorganisationen¹ verschlimmerte sich nach dem unglücklichen Ausgang des Krieges; denn die Nachrichtenbureaus von Reuter (London) und Agence-Havas (Paris) konnten auf Grund der vor dem Kriege abgeschlossenen Kartellverträge und auf Grund der politischen und wirtschaftlichen Überlegenheit der Sieger das W.T.B. in eine unwürdige und den deutschen Interessen höchst nachteilige Lage zwingen.

Nicht nur blieben die Bindungen bestehen, die es dem W.T.B. z. B. verboten, in Südamerika eigene Agenturen zur Nachrichtenverbreitung zu errichten, sondern es kam in bezug auf die von den Feinden besetzten deutschen Gebiete noch der Zwang hinzu, daß das deutsche offiziöse Nachrichtenbureau täglich an die gesamte Presse der Pfalz 600 Worte und an die gesamte Presse der übrigen besetzten deutschen Gebiete täglich 1000 Worte — Havasmeldungen — liefern mußte. Das W.T.B. hat, als dieses Verhältnis bekannt wurde, nur erwidern können: „Die Bestimmungen in bezug auf den Kartellvertrag sind unverändert geblieben, die seit 50 Jahren bestehen“ und in bezug auf die neue unwürdige Verpflichtung, in den besetzten deutschen Gebieten französische Havasmeldungen zu verbreiten: „Bei Vertragschluß lagen die Dinge so, daß das Wolffsche Bureau und die leitenden Stellen in Deutschland vor der Alternative standen, daß entweder alle Zweigstellen des Wolffschen Bureaus in den besetzten Gebieten aufgelöst und durch Zweigstellen von Havas ersetzt würden oder Wolff seine Zustimmung zu dem vorstehenden Abkommen gab.“ Tatsächlich also war die Lage jetzt so, daß die Entente, insbesondere Frankreich, deutschfeindliche Propaganda in deutschen Gebietsteilen mit Hilfe des offiziösen deutschen Nachrichtenbureaus betrieb. Auf Drängen industrieller Kreise (Reichsverband der deutschen Industrie, Stinnes, Hugenberg) setzte der Reichstagsausschuß für auswärtige Angelegenheiten einen Untersuchungsausschuß ein, der die oben angeführten, bestimmt formulierten Behauptungen zu prüfen hatte. Der Untersuchungsausschuß kam zu einem Ergebnis, dessen Einzelheiten streng geheimgehalten wurden und das nur in folgendem

¹ Siehe oben S. 61 fg.

Sache bekanntgegeben wurde¹: „Die Prüfung der Verträge des W.L.B. hat keinen Anlaß zu Beschwerden und Ausstellungen gegeben“.

Die auf den internationalen Nachrichtendienst angewiesenen Industriellen hatten ein berechtigtes Interesse, zu erfahren, was dieser kurze Satz bedeute. War damit gesagt, daß das öffentlich Behauptete und vom W.L.B. bereits halb Zugegebene nicht den Tatsachen entspreche? Welchen Tatbestand hatte die mehrere Wochen andauernde geheime parlamentarische Untersuchung ergeben? Auf diese beiden Fragen antwortete der Berichterstatter des Untersuchungsausschusses, „daß er nicht mehr sagen dürfe, da es sich um eine vertrauliche Angelegenheit handle und der Auswärtige Ausschuß die Verhandlungen darüber ebenfalls als vertraulich erklärt habe“.

An diesen orakelhaften „Feststellungen“ des Reichstages wirkte besonders peinlich die Angst vor jeder öffentlichen Klarstellung, die Bemühung, auf das unwissende Publikum den Eindruck zu machen, als liege nichts vor, was den deutschen Interessen gefährlich werden könne. Den Wissenden aber wurde dadurch ganz klar, daß die Kartellverträge des W.L.B. weiterbestanden, die sich schon vor dem Kriege als nachteilig für die deutsche exportierende Industrie erwiesen hatten, und daß diese Kartellverträge nach dem Kriege noch drückendere Ergänzungen erhalten hatte. Schon vor dem Kriege hatte Georg Bernhard mit Recht darauf hingewiesen, daß keine Kontrolle, die vom W.L.B. und von den deutschen Zeitungen ausgeübt werde, die Sache bessern könne, denn „der kontrollierende Beamte kann nur das kontrollieren, was ihm durch fremde Röhren zufließt“². Jetzt, nach dem Kriege, empfing das W.L.B. seine Nachrichten wieder aus diesen englischen und französischen Röhren und war insbesondere auch gezwungen, die ins Ausland hinausgehenden Nachrichten durch die englischen und französischen Röhren gehen zu lassen. Diese Röhren aber waren im Kriege daraufhin präpariert worden, alle auf Deutschland bezüglichen Nachrichten zu vergiften. Das Wiederaufleben der alten Kartellverträge bewirkte daher nicht etwa nur die Wiederherstellung des vor dem Kriege bestehenden für

¹ Quellen: Akten des Reichstagsausschusses für auswärtige Angelegenheiten. Beschluß des Unterausschusses vom 24. Dezember 1921 durch Kenntnisnahme am 23. Januar 1922 erledigt.

² Siehe hierzu die oben S. 62 zitierten Verhandlungen des Reichsverbandes der deutschen Presse in Leipzig 1914.

Deutschland nachteiligen Verhältnisses, sondern eine wesentliche Verschlechterung.

Der am Export interessierten deutschen Großindustrie war dieser Zustand um so unerträglicher, als gerade damals, durch die Inflation angeregt, ein starker Export und eine Wiedereroberung der verlorenen Auslandsmärkte möglich erschien. Daher drängten fast gleichzeitig zwei industrielle Kreise auf die Schaffung eines vom W.T.B. unabhängigen internationalen Nachrichtenbureaus. Einer dieser Kreise umfaßte die Industrie, deren Mittelpunkt der bergbauliche Verein in Essen war. Im Besitz der Rohstoffgrundlagen hatten jene Werke Einfluß gewonnen auf die vom Rohstoff abhängigen Industrien Deutschlands und waren im Begriff, seit Anfang 1919 Konzerne zu entwickeln, die von der Kohle über die Maschinen- und Elektrizitätsindustrie hinaus bis zu den Schiffahrtslinien und zum Großhandel die wirtschaftlichen Kräfte zusammenfaßten. Als gegebener Mann, diesen Kreisen den erforderlichen internationalen Nachrichtendienst aufzubauen, mußte notwendig Hugenberg erscheinen, der den Nachrichtendienst seit 1912 studiert hatte, seit 1916 durch die Westendverlag G. m. b. H. an der Telegraphen-Union des Legationsrats von Schwerin beteiligt war und im Jahre 1919 deren Anteilsmehrheit für den Hugenberg-Konzern erworben hatte¹.

Der andere Kreis, der sich in der Inflationszeit an die schwierige Aufgabe wagte, einen internationalen Nachrichtendienst zu errichten und aufrechtzuerhalten, war der „Otto Wolff-Konzern“. Während die an Hugenberg sich anschließenden Industriekreise vom alten Rohstoffbesitz, von der Kohle, ausgingen, repräsentierten Otto Wolff und sein Partner Ottmar Strauß das konzernbildende Handelskapital. Die Kölner Eisenhandlung Otto Wolff, die vor dem Kriege noch keine erhebliche Bedeutung gehabt hatte, gewann auf Grund von Kriegsgewinnen nach dem Kriege dadurch eine führende Stellung, daß sie die Exportorganisation großer Stahl- und Eisenwerke wieder aufbaute und dabei zugleich in die Leitung der Werke eindrang. Für die Vereinigten Stahlwerke van der Zypen, die Kasseler Eisenwerke A.-G. und andere hatte Otto Wolff den Vertrieb des Weißbleches an sich gezogen und beherrschte bald den größten Teil der deutschen Weißblechproduktion. Zugleich hatte er seinen Einfluß auf einige der größten Stahlwerke ausgedehnt, insbesondere auf die Rheinischen Stahlwerke in Duisburg-Neiderich und

¹ Siehe oben S. 63.

auf die Phönix A.-G. für Bergbau und Hüttenbetrieb in Düsseldorf, und hatte den Vertrieb ihrer Erzeugnisse im Auslande übernommen. Durch die Defries-Werke A.-G. in Düsseldorf hatte er Eingang in die Maschinenindustrie gefunden und stand im Jahre 1920 ebenbürtig neben den Konzernen des „alten“ Besitzes und diesen sogar überlegen in der Organisation des Auslandsvertriebes. Daher ging ihn das Problem des internationalen Nachrichtendienstes unmittelbar an. Gesteigert wurde das Interesse der Firma Otto Wolff dadurch, daß der Partner Wolffs, Ottmar Strauß, während des Krieges Hilfsarbeiter in der Nachrichtenabteilung des Auswärtigen Amtes gewesen war und ihm daher die Technik und die Bedeutung des internationalen Nachrichtendienstes wohlbekannt waren. So kam es, daß der bekannte Organisator von Nachrichtenbureaus Dr. Rudolph Dammert am 12. April 1920 ein großes Nachrichtenbureau „Dammert Verlag G. m. b. H.“ begründete, dessen Mehrheitsanteile Ottmar Strauß, der Mitinhaber der Firma Otto Wolff, durch einen Treuhänder besaß. Die mächtige finanzielle und organisatorische Hilfe, die Dammert fand, ermöglichte ihm während des Jahres 1920 einen Nachrichtendienst zu führen, der — gestützt auf ein Bureau in Paris, auf Verbindungen mit holländischen Wirtschaftskreisen und auf Beziehungen zu Rußland — sehr Bedeutendes leistete. Man darf nicht vergessen, daß ein internationaler Nachrichtendienst während der Inflationsjahre ein Unternehmen war, das sich in Deutschland nur unter dauernden Verlusten mit unaufhörlichen Zuschüssen aufrecht erhalten ließ. Denn fast alle ausländischen Stellen und der gesamte ausländische Depeschendienst, also ein großer Teil der Produktion, waren in fester Währung zu bezahlen, während die in Deutschland ausgegebenen Nachrichten, also die Produkte, in schnell sinkender Währung bezahlt wurden. Nachdem Ottmar Strauß während des Jahres 1920 immer neue Zuschüsse gezahlt hatte, kam die „Dammert Verlag G. m. b. H.“ Anfang 1921 in eine finanzielle Krisis. Hugenberg suchte in dieser Lage zunächst, zwischen der von ihm beherrschten Telegraphen-Union und der „Dammert Verlag G. m. b. H.“ eine Arbeitsgemeinschaft zu errichten. Als das mißlungen war, ließ Hugenberg durch eine dritte Firma („Patria Literarischer Verlag G. m. b. H.“) sämtliche Anteile der „Dammert Verlag G. m. b. H.“ aufkaufen und vereinigte am 18. März 1921 dieses Unternehmen mit der Telegraphen-Union.

Man darf sich aber die Telegraphen-Union des Jahres 1921 nicht als ein Unternehmen vorstellen, das mit den großen internationalen

Diensten des W.T.B., Reuter, Havas usw. damals vergleichbar gewesen wäre. Denn durch die monopolartige Handhabung der amtlichen Kriegsberichterstattung war die Telegraphen-Union zu einem kleinen Ergänzungsdienst herabgesunken und in den Jahren 1919 und 1920 war nicht viel geschehen, um die internationalen Verbindungen wiederherzustellen. Die „Dammert Verlag G. m. b. H.“ wurde im Jahre 1920 schon wegen der journalistischen Überlegenheit Rudolf Dammerts weit mehr beachtet. Diese Überlegenheit kam darin zur Geltung, daß Rudolf Dammert nicht nur Nachrichten vom Ausland nach Deutschland und von Deutschland nach dem Auslande vermittelte, sondern daß er den eigentlichen „Nachrichtendienst“ durch sog. „Korrespondenzen“ erweiterte. Die von einer großen Anzahl sehr qualifizierter journalistischer Mitarbeiter verfaßten täglichen Korrespondenzen wurden von den Zeitungsredaktionen in ganz Deutschland gern genommen und verwertet. Sie stellten ein Mittelglied zwischen „rohem“ Nachrichtenmaterial und „fertigem“ Redaktionswerk dar. Der Verkauf der „Dammert Verlag G.m.b.H.“ durch Hugenberg ermöglichte, fast den ganzen gut eingearbeiteten Mitarbeiterstab Dammerts zu gewinnen und der „Telegraphen-Union“ durch Aufnahme dieses Korrespondenzdienstes einen Vorsprung vor Wolffs Telegraphenbureau zu geben. — Daran schloß sich zunächst der Ausbau eines innerdeutschen Nachrichtendienstes, insbesondere einer Parlaments- und Kongreßberichterstattung durch den Ankauf des bekannten parlamentarischen Bureaus von Bäckler und Gutmann und mehrerer parlamentarischer Korrespondenzbureaus in Süddeutschland. — Mit Rücksicht auf die wirtschaftlichen Interessen wurde seit dem Sommer 1921 ein spezieller Dienst für wirtschaftliche Nachrichten aufgebaut: „Deutscher Handelsdienst“ (D.H.D.) in Berlin mit einem in Essen erscheinenden Sonderdienst, dem „Westdeutschen Handelsdienst“ (W.H.D.) Daß die Telegraphen-Union wegen ihrer engen Beziehungen zu den industriellen Kreisen den Handelsdienst in überlegener Weise mit Nachrichten versorgen konnte, ist begreiflich. Wesentlich dieser Überlegenheit hat es die Telegraphen-Union zu verdanken, daß die staatlichen Behörden ihren Widerstand gegen die Lieferung amtlicher Nachrichten an die Telegraphen-Union faktisch aufgaben. Einen großen Fortschritt gerade in dieser Richtung brachte das Jahr 1924: der amtliche Widerstand gegen die Erteilung einer Rundfunkkonzession wurde überwunden, so daß dies wichtige Nachrichtenmittel unter gleichen Bedingungen

und zur gleichen Zeit der Telegraphen-Union wie dem offiziellen W.T.B. zur Verfügung stand¹.

Dann ging die Telegraphen-Union an das schwierigste Werk: den Ausbau eines Systems für den Absatz von Nachrichten im Auslande. Hierfür sind zwei Methoden möglich: erstens Verträge mit ausländischen Nachrichtenbureaus (indirekter Absatz) und zweitens Absatz an eigene Filialen im Auslande und an ausländische Zeitungen (direkter Absatz). So schloß die Telegraphen-Union Verträge mit den großen amerikanischen Nachrichtenbureaus United Press und Associated Press, ferner mit dem englischen Exchange-Telegraph und mit anderen Bureaus. Die mit bedeutenden Mitteln geplante Begründung eigener Niederlassungen in den südamerikanischen Staaten scheiterte im Jahre 1925 an dem Widerstand des deutschen Auswärtigen Amtes. In Osteuropa hingegen besitzt die Telegraphen-Union eine Reihe eigener Filialen und liefert auch unmittelbar an Zeitungen, so daß Österreich, Ungarn, Bulgarien, Rumänien, die europäische Türkei, die Tschechoslowakei, Jugoslawien, Litauen und die baltischen Länder von der Telegraphen-Union mit Nachrichten versehen werden.

In Deutschland und im übrigen deutschen Sprachgebiet beziehen gegenwärtig etwa 1600 Zeitungen den Nachrichtendienst der Telegraphen-Union, womit natürlich nicht gesagt ist, daß 1600 deutsche Zeitungen von Hugenberg „direkt oder indirekt abhängig seien“, denn diese 1600 Zeitungen erhalten auch die Nachrichten des W.T.B.

Wie steht es nun mit der politischen Haltung der Telegraphen-Union?

Wenn ein großes internationales Nachrichtenbureau einseitig die Politik einer Partei vertreten und unterstützen wollte, hätte es in kurzer Zeit abgewirtschaftet. Denn die Zeitungen, die den „Dienst“ eines Nachrichtenbureaus abonnieren, wollen richtige Nachrichten, nicht aber zweifelhafte Meinungen erfahren.

Dieser berechtigten Auffassung, die sich sehr energisch geltend macht, steht aber folgender Umstand gegenüber: Die meisten Zeitungsredaktionen, zumal in der Provinz, sind gar nicht imstande, mit Sicherheit zu beurteilen, welche Bedeutung jede vom Nachrichtenbureau gemeldete „naßte Tatsache“ hat. Das Nachrichtenbureau hin-

¹ Die Rundfunkkonzession von 1924 gestattet den beiden großen Nachrichtenbureaus die Lieferung von Nachrichten an Zeitungen durch den Rundfunk. Hingegen ist ihnen die Lieferung von Rundfunknachrichten an Banken, industrielle Unternehmungen usw. noch nicht gestattet.

gegen besitzt für jedes Gebiet einen besonderen Fachmann, der zu beurteilen vermag, „was hinter einer Nachricht steckt“. Die Folge davon ist, daß die Zeitungsredaktionen tatsächlich nicht nur nackte Tatsachen, sondern auch Werturteile über die Tatsachen zu erfahren wünschen. Der große Erfolg von Dammert beruhte wesentlich darauf, daß er dies Bedürfnis erkannte und geschickt „auswertete“, d. h. er kommentierte die Tatsachen und ließ sie in eine Form bringen, welche die Bedeutung der Nachricht deutlich machte. Wie erwähnt, hat die Telegraphen-Union dies System übernommen und ausgearbeitet, so daß sie, abgesehen von ihrem „Nachrichtenpersonal“, das etwa 2000 Mitarbeiter und 500—600 Beamte (festangestellte) umfaßt, noch 90 Redakteure beschäftigt.

Nachrichten „redigieren“ aber — es mag so objektiv wie möglich geschehen — bedeutet immer: Nachrichtenpolitik treiben. Jedes internationale Nachrichtenbureau behauptet, unparteiisch zu sein, treibt aber faktisch irgendeine Nachrichtenpolitik. Wenn z. B. Wolffs Telegraphenbureau einen Monopolvertrag mit der Reichsregierung hat und von der Regierung bedeutende Unterstützungen empfängt, so bedeutet es, daß W.T.B. der Regierung, die doch eine Repräsentation der regierenden Parteien ist, besondere Dienste leisten soll. Diese Dienste können nur darin bestehen, daß das W.T.B. bei der Auswahl und Formulierung der Nachrichten eine der Regierung genehme Nachrichtenpolitik betreibt.

Daß die beiden größten Nachrichtenorganisationen in England (Reuter) und in Frankreich (Agence Havas) in systematischer Weise Nachrichtenpolitik treiben, ist bekannt und ergibt sich auch bei ihnen aus dem offiziellen Charakter. Ja sogar „Associated Press“, das unabhängige und unparteiische große amerikanische Nachrichteninstitut treibt Politik, indem es z. B. die Nachrichten über Sowjetrußland, bolschewistische Vorgänge mit erkennbarer Tendenz auswählt und formuliert.

In denselben Grenzen, in denen die anderen großen Bureaus „Nachrichtenpolitik“ treiben, geschieht das auch durch die Telegraphen-Union. Hierzu kommt die politisch wichtige und für die Allgemeinheit wertvolle Tatsache, daß es infolge der Entwicklung der Telegraphen-Union ein Nachrichtenmonopol in Deutschland nicht mehr gibt. Die Durchbrechung des offiziellen Nachrichtenmonopols und die systematische Führung eines scharfen Wettbewerbes, um nicht zu sagen Wettrennens, mit dem offiziellen Bureau ist die politische Hauptleistung der Telegraphen-Union.

10. Erwerb der maßgebenden Beteiligung an der Universum-Film-A.-G. (Ufa)

Schon im Jahre 1916 bemühte sich Hugenberg, auf den Film Einfluß zu gewinnen, weil er die populäre Propagandakraft des Films für fast ebenso mächtig hielt wie die der Presse. Er gründete deshalb mit Hilfe der Ausland G. m. b. H. am 18. November 1916 die „Deutsche Lichtbildgesellschaft“ als eingetragenen Verein. Dieser Verein sollte gemeinnützig sein, d. h. keinen Gewinn verteilen und den Zweck verfolgen: „planmäßige Werbearbeit für Deutschlands Kultur, Wirtschaft und Fremdenverkehr im In- und Auslande“ durch den Film zu veranstalten. Wiederum, wie bei der Ma-Anzeigen-Gesellschaft und bei der Vera-Verlagsgesellschaft wurde eine Art genossenschaftlichen Zusammenhanges von physischen und juristischen Personen zustandegebracht. Nicht nur private Unternehmungen, sondern auch Gemeinden, Wohlfahrtsorganisationen, Berufsverbände, Sportverbände usw. schlossen sich der Deutschen Lichtbildgesellschaft an. Wiederum wurde der Zusammenhang zwischen speziellen Interessen (geschäftliche Propaganda für die deutsche Industrie usw., Förderung des Fremdenverkehrs) und allgemeinen Kulturbestrebungen (Volksbildung, Verbreitung von Verständnis für die Schönheit deutscher Landschaft, für Kunst usw.) benutzt, um einerseits die finanziellen Mittel zu erlangen, andererseits die Wirkung ins Weite zu gewinnen. Nach jedem, selbst dem kleinsten deutschen Ort lieferte die Deutsche Lichtbildgesellschaft gegen Erstattung der Selbstkosten und oft auch zu einem geringeren Satze technisch vollkommenes Material für Lichtbildervorträge. Jeder Pfarrer, Lehrer, Arbeitersekretär konnte sich durch Vermittlung der Berliner Zentrale der Deutschen Lichtbildgesellschaft die Apparate, die Lichtbilder, die erläuternden Bücher leihweise beschaffen. Andererseits fanden alle, die eine „Idee“ hatten, in der Zentrale der Lichtbildgesellschaft geschulte Kräfte und technische Einrichtungen, um solche Idee prüfen zu lassen und nutzbar zu machen.

Bald zeigte sich, daß diese Arbeit des Rückhalts an einer produzierenden Filmgesellschaft bedürfe, um finanziell haltbar zu sein. So entstand am 21. Oktober 1920 die Deuligfilm G. m. b. H. und später die Deuligfilm Aktiengesellschaft mit einem Kapital von 1,5 Mill. M. Sie organisierte insbesondere einen Nachrichtendienst im Bilde, die „Deulig-Woche“, d. h. kurze kinematographische Bildstreifen, welche die Ereignisse der letzten Woche zeigten. Sie wurden

als sog. Beiprogramme von Filmtheatern abonniert; gleichsam illustrierte Zeitungen im Film. — Der Scherl-Verlag unterstützte diese Arbeit durch Begründung eines großen Filmsachblattes (Kinematograph) und durch Zeitungsbeilagen, die wöchentlich über den Filmmarkt berichteten.

Am Anfang des Jahres 1927 bot sich eine überraschende Gelegenheit, das größte Filmunternehmen in Deutschland, die Betriebe und Theater der Universum-Filmgesellschaft (Ufa) zu erwerben. An sich war das Angebot nicht sonderlich verlockend, denn die Ufa stand vor der Katastrophe. Ihre Verluste betragen etwa 50 Mill. M. bei einem Aktienkapital von 45 Mill. M. Außerdem aber war sie mit schwer übersehbaren Verpflichtungen belastet, die insbesondere aus langfristigen, ungünstigen Autorenverträgen, Materiallieferungsverträgen, Pachtverträgen bestanden. Die Übernahme war also riskant. Einige Großbanken, an ihrer Spitze die Deutsche Bank, waren Großaktionäre und Gläubiger des zusammenbrechenden Unternehmens. Interessen des Prestiges drängten daher auf Verhinderung des Konkurses. Die Ufa wurde unter der Hand verschiedenen Stellen, darunter auch einigen großen Zeitungsverlagen, z. B. Rudolf Mosse, angeboten, aber von diesen abgelehnt. Als das Angebot auch an den Hugenberg-Konzern kam, ließ dieser den finanziellen Zustand der Ufa untersuchen und fand die Lage zwar sehr schwierig, aber nicht ganz aussichtslos. In den Erwägungen, die schließlich zur Annahme des Angebots führten, spielten nicht nur geschäftliche, sondern auch allgemeine kulturelle politische Gesichtspunkte eine Rolle. Der Gebrauch oder Mißbrauch des Films zu politischen Zwecken war gerade kurz vorher grell in die Erscheinung getreten, indem die Propagandazentrale der kommunistischen Internationale mit dem „Potemkin“ und anderen Filmen eine sensationelle Wirkung ausgeübt hatte. Das Schicksal der Ufa, die alle anderen deutschen und die meisten ausländischen Unternehmungen an Wirkungsmöglichkeiten weit übertraf, konnte daher kulturell und politisch nicht gleichgültig sein. So einleuchtend trat diese Verantwortung hervor, daß sich Persönlichkeiten, die Hugenberg politisch fernstanden, aus freien Stücken bereiterklärten, das finanzielle Risiko einer Ufasanierung mitzutragen, wenn Hugenberg die Ufa übernehme. Hugenberg war sich darüber klar, daß, wenn die Sanierung nicht einheitlich geleitet werde, das Wagnis seinen ganzen Pressekonzern schwer schädigen, ihn vielleicht sogar bedrohen könne. Daher stellte er die Bedingung, daß dieselbe Gruppe, welche den

„Hugenberg-Konzern“ leite, auch den ausschlaggebenden Einfluß auf die Leitung der Ufa haben müsse. Diese Bedingung wurde den im Aufsichtsrat der Ufa vertretenen Großbanken und den an der Sanierung teilnehmenden Finanzleuten von vornherein bekanntgegeben, und auf dieser klaren Grundlage erfolgten die Beschlüsse des Aufsichtsrates und der Generalversammlung der Ufa.

Das Ergebnis war¹: Nachdem die Hauptgläubigerin der Ufa, die Deutsche Bank, erhebliche Opfer gebracht hatte, wurde das Aktienkapital der Ufa von 45 Mill. M. auf 16,5 Mill. M. herabgesetzt. Als dann wurden 28,5 Mill. M. neues Kapital zugeführt und so das Aktienkapital wieder auf 45 Mill. M. erhöht. Die entscheidende Stellung der Hugenberg-Gruppe wurde dadurch gesichert, daß die Holding-Gesellschaft des Hugenberg-Konzerns 3 Mill. M. Aktien Litt B. erhielt, welche 30faches Stimmrecht und damit die weit überwiegende Stimmenmehrheit haben. An den 42 Mill. M. Aktien Litt A. mit einfachem Stimmrecht beteiligte sich der Hugenberg-Konzern als Großaktionär, und es wurde außerdem durch Sonderverträge mit anderen Großaktionären dem Willen einer einheitlichen Leitung Rechnung getragen. Die drei Maßnahmen (Verzicht eines Hauptgläubigers, Herabsetzung des Aktienkapitals und Zuführung von 28,5 Mill. M. neuen Kapitals) ermöglichten die Abschreibung von 55 Mill. M. und den Eintritt in die neue geschäftliche Aktion.

Für die Entwicklung des Hugenberg-Konzerns ist folgendes von Bedeutung: Während alle früheren Beteiligungen, insbesondere die Beteiligung an der August Scherl G. m. b. H., die Telegraphen-Union, die Ufa A. = G. durch Kapitalzuwendungen der Industrie ermöglicht worden waren, hat der Hugenberg-Konzern seine Beteiligung an der Ufa aus eigener Kraft aufgebracht, d. h. aus Reserven und kaufmännisch normalen Bank- und Hypothekarkrediten.

Soweit die Tatsachen. Über das Gelingen oder Mißlingen der Ufasanierung kann man noch kein Urteil abgeben, denn die Filmproduktion und Filmverwertung erfordert eine Geschäftsperiode von etwa zwei Jahren. Man wird daher erst in einiger Zeit beurteilen können, ob die Sanierung gelingt und ob es zweckmäßig ist, die Ufa im Hugenberg-Konzern dauernd zu behalten.

¹ Beschlüsse vom 21. und 23. April 1927.

11. Die Beherrschung des Hugenberg-Konzerns.

Der Hugenberg-Konzern erstreckt sich wie gezeigt auf fünf Gebiete des Publikationswesens.

1. Hauptstädtische Presse.
2. Provinzpresse.
3. Annoncenzepedition und Propaganda.
4. Internationaler Nachrichtendienst.
5. Film.

Für diese fünf Wirkungsgebiete besitzt der Hugenberg-Konzern je eine Hauptgesellschaft.

1. Hauptstädtische Presse: August Scherl G. m. b. H. in Berlin.
2. Provinzpresse: Vera-Verlagsanstalt G. m. b. H. in Berlin.
3. Annoncenzepedition und Propaganda: Ma-Anzeigen A.-G. in Berlin.
4. Telegraphen-Union. Internationaler Nachrichtendienst G. m. b. H. in Berlin.
5. Universum-Film A.-G. (Ufa) in Berlin.

Die Beherrschung dieser fünf Hauptgesellschaften ist durch folgendes Kontrollsystem¹ gesichert:

ad 1. August Scherl G. m. b. H.

- a) Von den insgesamt 20 Mill. M. nom. betragenden stimmberechtigten Anteilen (Stammanteile) kontrollieren die Ostdeutsche Privatbank 16750000 M. nom. und eine andere Gesellschaft des Konzerns 2000000 M. nom.
- b) Die Ostdeutsche Privatbank wird von der „Wirtschaftsvereinigung“, einer Gesellschaft bürgerlichen Rechts, kontrolliert und auch die andere Gesellschaft untersteht der Kontrolle der „Wirtschaftsvereinigung“.

¹ Mit „Kontrolle“, „kontrollieren“ ist im folgenden die Fähigkeit bezeichnet, eine Handelsgesellschaft in ihren Beschlüssen zu bestimmen. Diese Fähigkeit kann darauf beruhen, daß die kontrollierende physische oder juristische Person Eigentümerin der Anteilsmehrheit ist; aber die Fähigkeit kann auch auf sogenannter „indirekter Wirkung“ beruhen, indem z. B. die kontrollierende Instanz solche physischen oder juristischen Personen, die im Besitz von Anteilen sind, veranlaßt, diesen Besitz in bestimmter Weise zu benutzen. Solche „indirekte Wirkung“ kann durch ein sogenanntes Verschachtelungssystem erreicht werden aber auch durch Sonderverträge über die Ausübung des Stimmrechts oder durch statutarische Sonderbestimmungen.

Das System des Hugenberg-Konzerns bedient sich der verschiedensten Kontrollmittel, um ein einheitliches Zusammenwirken zu erreichen.

- c) Folglich kontrolliert die „Wirtschaftvereinigung“ über 18750000 M. nom., d. h. über 93,75 % des stimmberechtigten Kapitals der August Scherl G. m. b. H. in Berlin.

ad 2. Provinzpresse: Vera-Verlagsanstalt G. m. b. H.:

- a) Von dem insgesamt 1500000 M. nom. betragenden stimmberechtigten Kapital der Vera-Verlagsanstalt G. m. b. H. kontrolliert die Ostdeutsche Privatbank A.=G. 446000 M.
andere Gesellschaften des Konzerns 764000 M.
1210000 M.
- b) da die „Wirtschaftvereinigung“ die Ostdeutsche Privatbank direkt und die anderen Gesellschaften indirekt kontrolliert, so ergibt sich
- c) daß die „Wirtschaftvereinigung“ zirka 80 % des stimmberechtigten Kapitals der Vera-Verlagsanstalt G. m. b. H. kontrolliert.

ad 3. Ma-Anzeigen A.=G. in Berlin:

- a) Von dem insgesamt 2 Mill. M. nom. betragenden stimmberechtigten Kapital der Ma-Anzeigen A.=G. kontrolliert die Ostdeutsche Privatbank 1169000 M.
andere kleinere Gesellschaften des Konzerns 607000 M.
1776000 M.
- b) da die „Wirtschaftvereinigung“ die Ostdeutsche Privatbank kontrolliert und auch die kleineren Gesellschaften indirekt von der „Wirtschaftvereinigung“ abhängen, so ergibt sich:
- c) daß die „Wirtschaftvereinigung“ über 89 % des stimmberechtigten Kapitals der Ma-Anzeigen A.=G. kontrolliert.

ad 4. Telegraphen-Union. Internationaler Nachrichtendienst G. m. b. H. in Berlin:

- a) Von dem insgesamt 1400000 M. nom. betragenden stimmberechtigten Kapital der Telegraphen-Union kontrollieren Ostdeutsche Privatbank 937000 M. nom.
Westend-Verlag G. m. b. H. 166000 M. nom.
andere Gesellschaften des Konzerns 125000 M. nom.
1228000 M. nom.

- b) Da die „Wirtschaftvereinigung“ die Ostdeutsche Privatbank kontrolliert und auch die Westend-Verlag G. m. b. H. und die anderen Gesellschaften indirekt von der „Wirtschaftvereinigung“ abhängen, so ergibt sich,
- c) daß die „Wirtschaftvereinigung“ zirka 87 % des stimmberechtigten Kapitals der Telegraphen-Union G. m. b. H. kontrolliert.

ad 5. Universum=Film=A.=G.(Ufa).

- a) Das Aktienkapital der Ufa beträgt 45 Mill. M. Die Aktien sind in zwei Serien eingeteilt, von denen Serie A 42 Mill. M., Serie B 3 Mill. M. umfaßt. Die Aktien der Serie A haben einfaches Stimmrecht, die Aktien der Serie B 30faches Stimmrecht. Sämtliche Aktien der Serie B und 10,5 Mill. M. nom. der Serie A sind auf Ostdeutsche Privatbank und einige andere Gesellschaften des Konzerns verteilt.
- b) Da die „Wirtschaftvereinigung“ die Ostdeutsche Privatbank kontrolliert und auch die anderen Gesellschaften indirekt von der „Wirtschaftvereinigung“ abhängen, so ergibt sich,
- c) daß die „Wirtschaftvereinigung“ die gesamten Ufa-Aktien mit 30fachem Stimmrecht und etwa 25 % der Aktien mit einfachem Stimmrecht kontrolliert, d. h. 75 % der Stimmen. Außerdem ist durch besondere Vereinbarungen eine Erhöhung der Verfügung über Aktien mit einfachem Stimmrecht gesichert.

Im Endergebnis kontrolliert also die „Wirtschaftvereinigung“:

93,75 %	der Stimmen in der August Scherl G. m. b. H.
80 %	„ „ „ „ Vera-Verlagsanstalt G. m. b. H.
89 %	„ „ „ „ Ma-Anzeigen A.=G.
87 %	„ „ „ „ Telegraphen Union G. m. b. H.
75 %	„ „ „ „ Ufa A.=G.

Als Holding-Gesellschaft, d. h. Gesellschaft, welche den Zweck hat, die Effekten anderer Gesellschaften zu besitzen, bedient sich die „Wirtschaftvereinigung“ in der Hauptsache der Ostdeutschen Privatbank. Alle übrigen Gesellschaften des Hugenberg-Konzerns hängen entweder von der Ostdeutschen Privatbank oder von einer der fünf Hauptgesellschaften ab, so daß auch sie von der „Wirtschaftvereinigung“ kontrolliert werden.

Hieraus ergibt sich, daß der sog. Hugenberg-Konzern eine Vereinigung von Unternehmungen ist, die darauf beruht, daß die Mehr-

heiten des stimmberechtigten Kapitals der einzelnen Gesellschaften von einer einzigen Stelle aus kontrolliert werden. Der sogenannte Hugenberg-Konzern ist also ein Trust.

Der im vorhergehenden dargestellte einfache und klare Zusammenhang wird aber durch mehrere Einrichtungen kompliziert:

Erstens ist zwischen den vertrusteten Gesellschaften noch ein zweites Band geknüpft durch einen Interessengemeinschaftsvertrag, der am 8. Juli 1922 abgeschlossen worden ist und zunächst bis Ende 1933 gilt. Die Interessengemeinschaft, die den Namen „Werbe-gemeinschaft“ führt, besteht aus den wichtigsten Gesellschaften des Hugenberg-Trusts, greift aber noch auf andere Gesellschaften über, insbesondere auf die „Gewerbehäus A.-G.“, eine Gesellschaft, die ein Aktientkapital von nominell 7 Mill. M. hat und gegründet worden ist, um für verschiedene industrielle Gruppen ein repräsentatives Verwaltungsgebäude in Berlin zu schaffen. Andererseits gehört der Werbe-gemeinschaft eine Bank an, die sich besonders mit der landwirtschaftlichen Kreditorganisation im östlichen Deutschland befaßt.

Die Werbe-gemeinschaft hat den Zweck, das Zusammenarbeiten der verschiedenen Gesellschaften durch finanzielle Maßnahmen zu fördern, insbesondere soll diese Gemeinschaft solchen Unternehmungen helfen, die zwar politisch sehr wirksam aber geschäftlich nicht einträglich sind. Ferner soll sie einen finanziellen Ausgleich für gegenseitige Dienste herbeiführen, z. B. dafür, daß eine Gesellschaft ihre Vertriebsorganisation oder ihren Propaganda-apparat einer anderen Gesellschaft zur Verfügung stellt. Um diese finanziellen Maßnahmen ausführen zu können, erhebt die Werbe-gemeinschaft bei ihren Mitgliedern nach einem bestimmten Maßstabe Umlagen, über die der Vorsitzende auf Grund eines Voranschlages verfügt.

Das Übergreifen der Werbe-gemeinschaft auf Unternehmungen, die nicht zum Trust der Publikationsunternehmungen gehören, dient dazu, den Zusammenhang mit industriellen und landwirtschaftlichen Kreisen zu befestigen, entsprechend der Anschauung, daß besondere wirtschaftliche Interessen und allgemeine politische Bestrebungen miteinander in Wechselwirkung stehen müssen, um ein lebendiges Ganzes zu erhalten. Organe der Werbe-gemeinschaft sind die „Gemeinschaftsversammlung“, die aus Vertretern der vereinigten Gesellschaften besteht und der fünfköpfige „Gemeinschaftsrat“, der faktisch vom Vorsitzenden beherrscht wird. Denn der Vorsitzende ernannt

von den vier anderen Mitgliedern des Gemeinschaftsrats zwei, die zugleich Geschäftsführer sind, und kann diese Geschäftsführer jederzeit abberufen. Vorsitzender muß natürlich derselbe Mann sein, der den Vorsitz der den Trust beherrschenden „Wirtschaftsvereinigung“ hat, um die Einheitlichkeit der Leitung nicht zu gefährden.

Eine weitere Komplikation des Aufbaus besteht darin, daß die zum Trust gehörenden Gesellschaften mit einem Netz von gegenseitigen Beteiligungen untereinander „verschachtelt“ sind. Diese Verschachtelung dient, wie aus der Praxis der industriellen Konzentration bekannt ist, folgenden Zwecken: Sie ermöglicht mit relativ geringem Kapital, relativ große finanzielle Wirkungen zu erzielen. Sie ermöglicht ferner, die in letzter Instanz von einer Zentrale abhängenden Gesellschaften zueinander in gewollte Verhältnisse der Nebenordnung und Unterordnung zu bringen, ermöglicht also eine Verfeinerung der inneren Struktur des Trusts durch Dezentralisation. Das Schachtelnsystem ermöglicht drittens gegenseitige finanzielle Ausgleiche der verschiedenen Gesellschaften und schließlich paßt sich das Schachtelnsystem der geltenden Steuergesetzgebung (Körperschaftsteuer) am leichtesten an.

Diesen Vorteilen stehen allerdings Nachteile gegenüber. Insbesondere führt die Verschachtelung leicht zu einer an Verwirrung grenzenden Verwicklung der Beziehungen, zu inneren Reibungen, zur Schwächung der einheitlichen Leitung. Daher neigt die industrielle Praxis in letzter Zeit sowohl in Amerika wie in Europa dazu, durch das sog. „merging“ (verschmelzen) zu einer organisatorisch festeren Zusammenfassung zu kommen.

Ich erwähne das, um darauf hinzuweisen, daß das komplizierte Verschachtelungssystem nichts für die Existenz des Hugenberg-Konzerns Wesentliches ist. Wesentlich vielmehr sind nur die oben dargestellten einfachen Zusammenhänge der Beteiligungen, die der Wirtschaftsvereinigung die letzte, entscheidende Kontrolle geben und den Konzern dadurch zu einem festgeschlossenen Trust machen.

Alle bisher erwähnten Anordnungen, welche die einheitliche Leitung sichern sollen, enthalten nichts Eigenartiges. Es sind die üblichen Formen, die sich in vielen Konzentrationen von Unternehmungen wiederholen.

Jetzt aber komme ich zur Erörterung der wichtigsten Eigenart des Hugenberg-Konzerns:

Die im Jahre 1919 gegründete „Wirtschaftsvereinigung“, d. h. der Verein, welcher den Hugenberg-Trust durch seine direkten und indirekten Beteiligungen beherrscht, hat eine im Jahre 1916 gebildete Gruppe von vier Personen und deren Arbeitsergebnis in sich aufgenommen. Den sich aus dieser Übernahme ergebenden Aufgaben hat sich die „Wirtschaftsvereinigung“ durch einen im Jahre 1921 erfolgten Ausbau ihrer Satzung angepaßt. Folgendes bestimmt diese Satzung:

1. § 1: „Der Zweck des Vereins ist nicht auf Gewinn seiner Mitglieder gerichtet, sondern gemeinnützig. Der Ertrag des Vereins soll ausschließlich dazu dienen, von Jahr zu Jahr ohne Eingehung von dauernden Verpflichtungen gemeinnützige, im Sinne der Vereinsaufgaben liegende Zwecke zu unterstützen. Eine Verteilung von Gewinn ist also ausgeschlossen.“

2. In § 7: „Eine Verteilung des Vereinsvermögens an die Mitglieder ist ausgeschlossen.“

3. In § 7: „Der Gesellschaft oder Korporation, der im Falle der Auflösung das Vereinsvermögen anfällt, ist vor der Übertragung des Vereinsvermögens die vertragliche Verpflichtung aufzuerlegen, das angefallene Vermögen dauernd zu gleichen oder ähnlichen gemeinnützigen Zwecken zu verwenden wie der aufgelöste Verein und es unter keinen Umständen zur Ausschüttung von Gewinnen oder Liquidationserlös an seine Gesellschafter oder Mitglieder zu verwenden und zwecks dauernden Weiterwirkens dieser Bestimmungen auch ihrerseits jeden Rechtsnachfolger für die Weitergabe dieser Verpflichtung verantwortlich zu machen.“

Hieraus geht hervor: 1. Es gibt keine physische oder juristische Person, die das Vermögen oder einen Teil des Vermögens für sich beanspruchen oder von dem Ertrage des Vermögens einen Gewinn fordern könnte.

2. Der Ertrag des gesamten Vermögens, der sich aus dem Reingewinn der Unternehmungen ergibt, wird für Vereinszwecke verwendet, d. h. der Jahresertrag wird dazu verwendet, die Unternehmungen weiter auszubauen und anderen satzungsgemäßen, gemeinnützigen Zwecken zu dienen.

Die „Wirtschaftsvereinigung“ ist also in jeder Hinsicht als gemeinnützige Gesellschaft ausgebaut.

Wem gehört demnach das den Hugenberg-Konzern beherrschende Vermögen?

Die „Wirtschaftsvereinigung“ ist ein nichtrechtsfähiger Verein. Da nach § 54 BGB. die Vorschriften über die Gesellschaft Anwendung finden, sind die Mitglieder der „Wirtschaftsvereinigung“ als Eigentümer anzusehen.

Die Verfügungsgewalt über dieses ungeteilte, gemeinsame Vermögen der Mitglieder ist aber vom übrigen Eigentum jedes der ein-

zelen Vereinsmitglieder losgelöst und wird rechtlich besonders behandelt, und zwar entsprechend den in der Satzung festgelegten Zwecken¹.

Man kann daher das den Hugenberg-Konzern beherrschende Vermögen als ein „Zweckvermögen“ bezeichnen.

Träger des Vermögens sind 12 Personen. Eine Erhöhung dieser Zahl ist nur bei Zustimmung sämtlicher Mitglieder möglich. Andererseits sucht die Satzung zu erreichen, daß beim Ausscheiden eines Mitgliedes sofort, ohne daß es eines Beschlusses bedarf, ein vorher bestimmter Nachfolger als gewählt gilt.

Dieser Mechanismus wirkt darauf hin, daß die 12-Zahl nicht leicht überschritten noch verringert werden wird. Die 12 Sitze sind unter Männern aus den verschiedenen Teilen Deutschlands so verteilt, daß die Hälfte der fiduziarischen Eigentümer aus solchen besteht, die an führender Stelle praktisch im Wirtschaftsleben tätig sind, während die andere Hälfte durch Gelehrte, Beamte und im politischen Leben stehende Personen gebildet wird. Gerade das fruchtbare und soziologisch gegebene Zusammenwirken geschäftlicher Interessen mit allgemeinpolitischen Anschauungen soll dadurch gefördert werden. Von entscheidender Bedeutung für die Vereinigung ist eine aus tieferer Übereinstimmung stammende Freiwilligkeit. Die auf S. 59 erwähnte Erklärung Hugenbergs hat von vornherein die Grundlage der gemeinsamen Arbeit und Organisation gebildet.

Um eine reibungslose, sorgfältig vorher erwogene Entwicklung auch in der Zukunft nach Möglichkeit zu sichern, ist in der Satzung das Prinzip der Selbstergänzung in folgender Weise zur Geltung gebracht:

Das Ziel: Es soll erreicht werden, daß es beim Ausscheiden eines Mitgliedes keines Beschlusses bedarf, sondern ein vorher bestimmter Nachfolger als gewählt gilt. — Um dies Ziel zu erreichen, hat jedes Vereinsmitglied der Gesellschaft eine Liste in Verwahrung zu geben, welche die Namen von mindestens zwei Herren enthält. Diese Listen und ihre Abänderungen oder Ergänzungen sind alsbald in der Mitgliederversammlung zu besprechen und zur Abstimmung zu bringen.

¹ Die Sonderbehandlung tritt z. B. im Konkurs eines Mitgliedes, ferner beim Ausscheiden, bei der Besteuerung der Mitglieder nach außen hervor und ist im Innenverhältnis scharf durchzuführen. Vgl. auch §§ 714 und 427 BGB. als Anwendungsmöglichkeiten getrennter Behandlung.

Alle zwei Jahre sind die Listen aufs neue zu bestätigen. Beim Ausscheiden eines Mitgliedes bedarf es dann zum Eintritt seines Nachfolgers keines Beschlusses mehr.

Die Vereinigung der 12 Männer ist aber keineswegs als ein kollegiales Verwaltungsorgan gedacht. Im Gegenteil herrscht Übereinstimmung, daß nur ein Einzelner fähig sein kann, ein solches Unternehmen zu leiten. Klarheit des Ziels, absolute Diskretion in der Vorbereitung, Schnelligkeit des Entschlusses, unbeirrbar festigkeit in der Durchführung, Vermeidung jeder inneren Reibung aber auch Widerstandsfähigkeit gegen innere Strömungen und Bestrebungen — das alles kann in vollkommener Weise nur eine einzelne Persönlichkeit gewährleisten. Die Leitung durch einen hervorragend geeigneten Mann ist daher nach Ansicht des 12-Männer-Kollegiums die ideale Lösung, und es besteht Übereinstimmung, daß Hugenberg ein solcher Mann sei.

Die Konstituierung des Hugenberg-Trufts als „Zweckvermögen“ entspricht einem Gedanken, der — unabhängig von jeder parteipolitischen Richtung — schon früher erwogen, aber, soweit ich zu sehen vermag, noch niemals in so großem Maßstabe verwirklicht worden ist. — Daß große Zeitungen, welche die öffentliche Meinung mächtig beherrschen, Privatunternehmungen von Geschäftsleuten sind, wird allgemein als ein Mißverhältnis empfunden. Sogar ein so entschiedener Zeitungsgeschäftsmann wie Lord Northcliffe hat dies erkannt. Im Besitz der Anteilsmehrheit der „Times“, dieser ehrwürdigsten Zeitung Englands, entwickelte er den Plan, die ihm gehörende Anteilsmehrheit einem „National-Truft“ zu übertragen, der aus den Trustees der Britischen Museums oder einem Kreise anderer angesehenen Persönlichkeiten bestehen sollte. Lange hat Lord Northcliffe sich ernstlich mit dem Gedanken befaßt¹. Nach seinem Tode erwarb Lord J. J. Astor die Anteilsmehrheit der „Times“ und suchte dem Gedanken Northcliffes in folgender Weise zu entsprechen: Er brachte einen Beschluß sämtlicher Anteilseigner der „Times“ zustande, auf Grund dessen die stimmberechtigten Anteile (Ordinary Shares der Times Publishing Company Limited) einer Truftgesellschaft übertragen wurden, die aus J. J. Astor,

¹ Der Assistent Manager der „Times“ F. Harcourt Ritchie teilt das in seinen Erinnerungen „Moberly Bell and his Times“, London 1925, S. 277, mit.

dem Mehrheitsbesitzer, John Walter, dem Erben des „Times“-begründers, und einigen an der „Times“ nicht beteiligten angesehenen Persönlichkeiten besteht. Zwischen sämtlichen Eigentümern der „Times“-Anteile und der Trustgesellschaft wurde ein Vertrag geschlossen, demzufolge die Eigentümer der „Times“-Anteile das unbeschränkte Recht behalten, die Verwaltung der „Times“ zu bestimmen. Die Trustgesellschaft hingegen erhielt das Recht, bei der etwaigen Eigentumsübertragung von „Times“-Anteilen mitzuwirken: Von jedem beabsichtigten oder durch Erbgang eingetretenen Eigentumsübergang von „Times“-Anteilen ist der Trustgesellschaft Mitteilung zu machen, und der Trustgesellschaft ist Gelegenheit zu geben, in einer dem guten Glauben entsprechenden Weise einzugreifen, und zwar nicht auf Grund einer Abstimmung nach der Größe des Kapitalbesitzes, sondern auf Grund einer Abstimmung nach einfacher Stimmenzahl. Es handelt sich um eine elastische Bindung, die nicht auf strengem, fest umschriebenem Rechtsanspruch, sondern auf der anständigen Würdigung des einzelnen Falles beruht und die in der lebenskundigen englischen Rechtsprechung eine Stütze findet.

12. Wirkung und Wesen.

Da der Hugenberg-Konzern bestimmte politische Anschauungen verbreitet und andere politische Anschauungen bekämpft, werden diejenigen, welche die verbreiteten Anschauungen richtig finden, geneigt sein, den Hugenberg-Konzern für eine gute Einrichtung zu halten, während die politischen Gegner geneigt sein werden, ihn für eine schlechte Einrichtung zu halten. Könnte man beweisen, daß die vertretenen Anschauungen richtig sind, oder könnte man das Gegenteil beweisen, so wäre eine objektive Stellungnahme möglich. Eine lebende politische Bestrebung kann aber nicht als richtig oder falsch bewiesen werden, weil sie auf Zukunftsvorstellungen beruht und weil der Zusammenhang ihrer gegenwärtigen Aktion mit der Zukunft aus Kausalverbindungen besteht, die der logischen Prüfung nicht zugänglich sind.

Wenn Vertreter politischer Anschauungen für ihren Standpunkt „wissenschaftliche Beweise“ erbringen, sind das stets Scheinbeweise, wie z. B. historische Analogien, rassentheoretische Spekulationen und ähnliche Surrogate mangelnder Sicherheit. Der Analogie-

schluß, dessen populäre Wirkung sehr stark ist und der deshalb in der politischen Propaganda stets eine große Rolle spielen wird, ist nach der Form gebildet: $1 \times 1 = 1$, folglich $2 \times 2 = 2$. Die historische Analogie ist die Willkür in gelehrtem Gewande. Die Mitteilung des historisch Analogen oder angeblich Analogen soll den Anreiz geben, einen bestimmten Verlauf gegenwärtiger und zukünftiger Vorgänge für wahrscheinlich oder gar erwiesen zu halten. Tritt die historische Analogie in negativer Form auf, so ist sie geistig noch ärmer, aber dafür um so anspruchsvoller und wirkungsvoller: „Niemals hat es Völker gegeben, die unter solchen Umständen . . .“ Welcher Politiker möchte darauf verzichten?

Ähnlich steht es mit den rassentheoretischen Spekulationen. Da wird die willkürliche Behauptung aufgestellt, daß die Aufnahme fremder Elemente für eine Nation verderblich sei, oder die ebenso willkürliche Behauptung, daß gerade die Aufnahme fremder Elemente eine inhaltsreiche geistige Entwicklung der Nation bewirke. Alle solche und ähnliche „wissenschaftlichen Begründungen“ sind den Dixerbildern zu vergleichen, die anders erscheinen je nach dem Gesichtswinkel, unter dem man sie betrachtet. Indem aber mit Enthusiasmus und Erbitterung jede Prüfung der Erfahrungsgrundlagen verworfen wird, erstarrt die parteipolitische Spekulation zum Dogmatismus.

Deshalb möchte ich die Frage so stellen: Wie ist der Hugenberg-Konzern zu beurteilen, wenn man vom parteipolitischen Standpunkt ganz absieht? Da der Konzern ein politisches Instrument sein will, wird die überparteiliche Frage lauten müssen: Ist das Instrument politisch wirksam und worauf beruht die Wirkung?

Einer der erbittertsten Gegner des Hugenberg-Konzerns, der demokratische Führer Anton Erkelenz, hat am frühesten und am eindringlichsten die Zusammenhänge des Konzerns beobachtet. Nachdem er mehrmals in Reden und Aufsätzen auf diese Zusammenhänge als auf „das System der indirekten Einflußnahme“ hingewiesen hat, veröffentlichte er am 1. Februar 1925 in seiner Wochenzeitschrift „Die Hilfe“ einen aufsehenerregenden Artikel, in welchem ein kundiger Anonymus ein Bild von der Struktur des Hugenberg-Konzerns zu geben versuchte. Der Artikel, der sachlicher und tiefer eindringend als alle früheren Veröffentlichungen über den Hugenberg-Konzern war, kommt zu folgendem Urteil:

„Das ganze System Hugenberg ist planmäßig aufgebaut und straff gegliedert. Seine Organisation zwingt in ihrer scharfsinnigen, genau auf Zweck und Effekt

berechneten Struktur zur Anerkennung. In dem präzisen Zueinandergreifen der ganzen Kette von verschiedenartigsten, alle aber auf das eine Ziel eingestellten Einrichtungen und in der Verteilung der Einflußzone über das Reich liegt die unleugbare Stärke des Systems Hugenberg, aber zugleich auch die Größe der Gefahr für diejenigen, gegen die diese Waffe sich richtet . . . Die Unternehmungen des Herrn Dr. Hugenberg haben es eben verstanden, sich psychologisch richtig einzustellen und die indirekte und mittelbare Einflußnahme auf die Provinzpresse der direkten und unmittelbaren, die naturgemäß Abwehr und Widerstreben weckt, vorzuziehen.“

Der Aufsatz kommt hieraus logisch zu der schon von Anton Erkelenz aufgestellten Forderung, für die politische Anschauung der Demokratie ein ähnliches Instrument zu schaffen:

„Sollte es der Deutschen demokratischen Partei unmöglich sein, auch für sich die Kanäle zu öffnen, die zum ‚Gehirn des Volkes führen‘? . . .

Eine im demokratischen Geist arbeitende, psychologisch richtig eingestellte Organisation zur Einflußnahme auf Presse und Volksstimmung ist Lebensbedingung und Lebensnotwendigkeit für die demokratische Sache in der deutschen Republik.“

Anton Erkelenz wußte, daß dies nicht leicht erreichbar sein werde, denn etwa ein Jahr früher hatte er den Versuch gemacht, für die politischen Anschauungen der demokratischen Partei ein gemeinsames Verlagsunternehmen zustande zu bringen, indem er die drei größten demokratischen Zeitungsverlage Deutschlands: Rudolf Mosse, Ullstein A.-G., Frankfurter Sozietätsdruckerei, veranlaßte, sich mit ihm gemeinsam an einem Verlagsunternehmen „Neuer Staat“ zu beteiligen¹. § 4 der Satzung erhielt den Zusatz: „Zu Geschäftsführern dürfen nur solche Personen gewählt werden, die Mitglieder der Deutschen Demokratischen Partei sind“, und die Kontrolle der Geschäftsleitung wurde einem „Beirat“ von sechs Mitgliedern übertragen, dem drei Führer der demokratischen Partei und drei Zeitungsverleger angehörten: Reichsminister a. D. Erich Koch, Anton Erkelenz, Dr. Hermann Fischer und Dr. Franz Ullstein, Dr. Martin Karbe (Mosse), Dr. Kurt Simon (Frankfurter Zeitung).

Der Erfolg des Unternehmens war sehr gering, da der Mangel einer einheitlichen Leitung und die divergierenden geschäftlichen Interessen der drei großen demokratischen Verlage es unmöglich machten, mit bedeutenden Mitteln zielbewußt vorzugehen.

¹ Die Beteiligung wurde in der Gesellschaftsversammlung vom 22. Dezember 1923 beschlossen, in der der Verlag Rudolf Mosse durch den Chefredakteur Otto Ruschke, der Ullstein-Verlag durch Dr. Franz Ullstein und die Frankfurter Sozietätsdruckerei durch Dr. Kurt Simon vertreten waren.

Gleichzeitig und im Zusammenhang mit dieser Vereinigung der drei großen demokratischen Zeitungsverlage hatte eine Aktion begonnen, die ebenfalls für die starke Wirkung des Hugenberg-Konzerns bezeichnend war. Ein ungeschriebenes Gesetz der Zeitungstaktik bestimmt, daß ein mit Hilfe der Presse auftretender Gegner totzuschweigen sei. Nachdem also zuerst Hugenbergs Name kaum erwähnt worden war, brach plötzlich ein Hagel von Angriffen gegen ihn los. Seit dieser Zeit kann man fast täglich in den führenden Blättern seiner Gegnerschaft, insbesondere im „Berliner Tageblatt“, in der „Frankfurter Zeitung“ und in den Allsteinblättern Angriffe gegen ihn lesen. Es ist sehr merkwürdig, daß so erfahrene und kluge Zeitungsleiter, wie Theodor Wolff, Georg Bernhard, nicht erkannten, daß sie mit diesen Angriffen nicht nur die gewaltige Wirkung des Hugenberg-Trustes bewiesen, sondern seine Wirkung noch steigerten. Im Auslande begann man nämlich jetzt erst über das Auftreten eines „gewissen Hugenberg“ zu berichten, um ihn bald den „ungekrönten König“, „uncrowned king“, „roi sans couronne“ zu nennen. Im Inlande aber begann unter der Wucht der Angriffe allmählich ein mystischer Glanz den Organisator zu verklären. Alle, die an dem Planen und Durchführen Hugenberg's in den letzten Jahren teilnahmen, empfanden, wie sehr die Aktionen durch die Angriffe erleichtert worden sind. Zeitungen und andere Unternehmungen wandten sich unter dem Eindruck seiner Autorität an ihn, wenn sie Schwierigkeiten zu überwinden hatten, und erleichterten so die einheitliche Zusammenfassung, die er erstrebte.

Die oben wiedergegebene kritische Analyse, die von einem entschiedenen, aber auch kundigen Gegner des Hugenberg-Konzerns stammt, läßt deutlich die technischen Mittel erkennen, welche die politische Wirkung des Presse-Trusts verstärken:

1. „die Verteilung der Einflußzone über das Reich“ (durch Beeinflussung der Provinzpresse);
2. „die indirekte und mittelbare Einflußnahme“ (durch „unpolitische“, halbpolitische und politisch „neutrale“ Mittel);
3. „das präzise Ineinandergreifen der ganzen Kette von verschiedenartigsten, alle aber auf das eine Ziel eingestellten Einrichtungen“ (durch Vertrustung und Interessengemeinschaft).

Singegen läßt diese Analyse das Wesentliche nicht erkennen. Es ist ein häufig bei der Analyse industrieller Konzentrationen began-

gener Fehler, daß die technischen Mittel allzusehr in den Vordergrund der Betrachtung gerückt werden, und daß die Beurteilung der Erscheinung auf Grund technischer Feststellungen erfolgt. Technische Anordnungen, wie z. B. in diesem Falle: die Verteilung von Einrichtungen über das Reich, die Benützung „unpolitischer“, halbpolitischer, „neutraler“ Mittel zu bestimmten politischen Zwecken, die Art der Zusammenfassung, drängen sich dem Beobachter auf, weil sie das Tatsächliche deutlich hervortreten lassen, also die Feststellung eines „Tatbestandes“ ermöglichen.

Wesentliche Prinzipien hingegen bleiben oft unausgesprochen. Ihre Feststellung ist daher schwierig und bleibt auch unsicher, weil sie von subjektiven Eindrücken abhängig ist und weil ihre Grundlagen sich unmerklich verschieben. Die wirksame Technik des Hugenberg-Konzerns, d. h. die auf psychologischen Erwägungen beruhende Auswahl, Gruppierung und Verbindung der verschiedensten Einrichtungen, hängt damit zusammen, daß der Hugenberg-Konzern als „Zweckvermögen“ eigenartig aufgebaut ist. Denn dadurch wird es möglich, der Arbeit zwei einander entgegengesetzte Prinzipien zugrunde zu legen:

1. Für die Entscheidung über Beteiligungen oder über die Begründung und den Ausbau der verschiedenen Unternehmungen ist in erster Linie die voraussichtliche politische Wirkung maßgebend und erst in zweiter Linie das geschäftliche Ergebnis.

2. Für die Gesamtleitung des Trusts hingegen ist die Überzeugung maßgebend, daß der Konzern ein positives geschäftliches Ergebnis zeitigen müsse, welches ihn finanziell unabhängig macht.

Der Gegensatz, den diese beiden Grundsätze zum Ausdruck bringen, macht das eigentliche Wesen aus. Denn dadurch unterscheidet sich der Hugenberg-Konzern von den rein geschäftlichen Zeitungskonzernen, wie z. B. Ullstein A.-G., Daily Mail Trust, einerseits und andererseits von den Anhängseln der Interessenverbände, wie z. B. Gewerkschaftspresse, und der privaten Unternehmungen, wie z. B. einstige Stinnes-Presse und heutige Hanielzeitungen. Würde man den Hugenberg-Konzern nach rein geschäftlichen Gesichtspunkten leiten, so müßte man einen großen Teil gerade der politisch wirksamsten Unternehmungen liquidieren oder an politische Organisationen abgeben. Würde man den Hugenberg-Trust nur nach politischen Gesichtspunkten leiten, so müßte man manche sehr ertragreiche, aber politisch gleichgültige oder sogar im Gegensatz zu den politischen Prinzipien des Hugenberg-Konzerns stehende Unter-

nehmung unterlassen und würde dadurch die geschäftliche Selbständigkeit des Trusts gefährden.

In dem fortwährenden Abwägen- und Entscheidenmüssen, das der Ausgleich der einander entgegengesetzten Prinzipien erfordert, besteht die wesentliche Aufgabe der Trustsleitung. Ein solches Abwägen- und Entscheidenmüssen aber kann nicht durch irgendwelche Anordnungen oder gar durch technische Maßnahmen gewährleistet werden, sondern setzt ein sicheres Begründetsein in durchdachten, befestigten Anschauungen voraus, nicht eine technische, sondern eine psychologische Sicherung. Diese für die Existenz des Hugenberg-Konzerns wesentlichen, lebengebenden Grundanschauungen lassen sich in fünf Satzgruppen zusammenfassen, denen der Kenner die Abstammung von Raiffeisen anmerken wird; gewiß eine ganz andere Welt, als die Welt Raiffeisens, aber eine Welt, die ohne Raiffeisen nicht zu verstehen wäre, da sie aus seinen Gedanken erwachsen ist:

1. Mangel an Heimatgefühl und Nationalgefühl führt zur Auflösung und zur Schwächung eines Volkes gegenüber anderen Völkern. Heimat- und Nationalgefühl sind daher zu stärken. (Siehe oben S. 9fg.)

Zwischen diesen Gemeinschaftsgefühlen und den Berufen und Beschäftigungen der Menschen bestehen Zusammenhänge, die zu benutzen sind. So bildet insbesondere der unbewegliche Besitz einen sammelnden, stärkenden Kern für alles dasjenige, was dahin neigt, die heimatische und nationale Eigenart zu betonen. (Siehe S. 27ff.)

2. Der unbewegliche Besitz ist durch Schaffung von geschäftlichen, auf genossenschaftlicher Grundlage ruhenden Zentren zu stärken, welche den geschäftlichen Zentren des beweglichen Besitzes (Großbanken) ebenbürtig sein müßten. Damit wäre der Faktor geschaffen, der ein kulturelles und politisches Gegengewicht bilden könnte gegenüber dem internationalen beweglichen Kapital. (Siehe S. 8ff.)

3. Indem der unbewegliche Besitz ein Gegengewicht gegen das internationale Kapital schafft, gewinnt er die Möglichkeit und die Pflicht, zu sozialer Wirkung: Denn der ländliche und städtische Mittelstand sind zu stärken. Stärkung des Mittelstandes aber bedeutet Aufstiegsmöglichkeit für die Arbeiterschaft, Verringerung der Klassengegensätze. (Siehe S. 8.)

4. Der unbewegliche Besitz hat, weil diese soziologischen Zusammenhänge bestehen und weil der Einfluß des internationalen,

beweglichen Kapitals in der Presse wächst, die Pflicht, Mittel zur Verfügung zu stellen für die Organisation der öffentlichen Meinung (Presse) im Sinne einer Stärkung des Heimatgefühls und Nationalgefühls. (Siehe S. 58 fg.)

5. Das soziologisch begründete und politisch erwünschte Zusammenwirken des unbeweglichen Besitzes mit der Organisation der öffentlichen Meinung darf nicht zur Entartung führen, d. h. die Presse darf nicht ein Instrument geschäftlicher Interessen werden. (Siehe S. 59.) Deshalb ist das leitende Organ des Hugenberg-Konzerns so eingerichtet und so zu bewahren, daß der Pressetrust eine selbständige Einheit als „Zweckvermögen“ bildet; keine Verteilung von Gewinn; in dem leitenden Organ keine Entscheidung nach der Größe von Kapitalbeteiligungen, sondern nach Köpfen. (Siehe S. 99 ff.) Alles Anschauungen, die ihre Wurzeln in Raiffeisens Prinzipien haben.

Daß in den Einzelheiten des Aufbaus genossenschaftliche Erfahrungen und Gedankengänge benutzt worden sind, ist mehrmals hervorgehoben worden. (Siehe S. 73 ff.; 81 ff.; 90.) Auch die souveräne Art, in welcher im Hugenberg-Konzern hochkapitalistische Formen für nichtkapitalistische Zwecke verwendet werden, erinnert lebhaft an Raiffeisen, dem häufig vorgeworfen wurde, daß er „kaufmännische“ Einrichtungen schaffe, die dem „Geist der guten Sache“ widersprechen. „Die kaufmännische Firma ist eigentlich Nebensache“, erwiderte Raiffeisen den guten Freunden, die ihn verdächtigten, „es handelt sich um eine bestimmte Grundlage, eine feste Gemeinschaft zu bilden“.

In den fünf Satzgruppen ist von besonderer, ich möchte sagen dynamischer Bedeutung die Spannung, die darin zum Ausdruck kommt, daß einerseits die Verbindung mit Industrie und Landwirtschaft gesucht, andererseits die Abhängigkeit von geschäftlichen Interessen geflohen wird. Diese organische Spannung bringt immer erneute Anregungen hervor, läßt immer neue Möglichkeiten oder Schwierigkeiten entstehen, die zu benutzen oder zu überwinden sind. Solche Spannung wirkt als suggestive Kraft eine freudige Unzufriedenheit, die über Enttäuschungen und Gefahren hinweg zu Erfolgen ausharrt.

Diese Anschauungen, in denen ein Kreis vertrauensvoll miteinander verbundener Männer lebt, geben dem Hugenberg-Konzern das innere Maß, das ihm eigene Gesetz, den Stil. Ja, ich möchte

geradezu sagen: nur diese Anschauungen geben dem Hugenberg-Konzern ein Recht, zu existieren. Denn darüber kann wohl kein Zweifel bestehen, daß die Zusammenballung einer so großen Zahl von Zeitungen und anderen Einrichtungen, die zur Massenfabrikation öffentlicher Meinung dienen, sehr ernste Bedenken gegen sich hat. Wer solches unternimmt, ladet sich eine gewaltige Last an Verantwortung auf. Eine Rechtfertigung gegenüber der Allgemeinheit ist nur dann und nur solange möglich, als jenes innere Gesetz, jener eigene Stil erhalten bleibt.

Kapital und Arbeit im industriellen Betrieb. Volkswirtschaftliche Studie. Von **M. Galler**, Direktor der Siemens & Halske A.-G. und der Siemens-Schüdert-Werke G. m. b. H. Zweite Auflage. 20 Seiten. 1926. RM 2.—

Die Ordnung des Wirtschaftslebens. Von **Werner Sombart**. Zweite, verbesserte Auflage. (Band 35 der „Enzyklopädie der Rechts- und Staatswissenschaft“.) V, 65 Seiten. 1927. RM 3.60

Geschichte der Volkswirtschaftslehre. Von Dr. **Edgar Salin**, Professor an der Universität Heidelberg. (Band 34 der „Enzyklopädie der Rechts- und Staatswissenschaft“.) IV, 44 Seiten. 1923. RM 1.80

Das neue deutsche Wirtschaftsrecht. Eine systematische Übersicht über die Entwicklung des Privatrechts und der benachbarten Rechtsgebiete seit Ausbruch des Weltkrieges. Von Dr. **Arthur Ruffbaum**, Professor an der Universität Berlin. Dritte, völlig umgearbeitete Auflage. VII, 132 Seiten. 1922. RM 3.—

Ⓜ **Die Gesetzmäßigkeit in der Wirtschaft.** Von Dr. **Josef Dobretzberger**. VIII, 159 Seiten. 1927. RM 6.50

Grundzüge der technischen Wirtschafts-, Verwaltungs- und Verkehrslehre. Von Oberregierungs- und Baurat Prof. **G. Mattern**, Berlin. Mit 35 Abbildungen im Text. VIII, 350 Seiten. 1925. RM 18.—; gebunden RM 19.50

Soziale und technische Wirtschaftsführung in Amerika. Gemeinschaftsarbeit und sozialer Ausgleich als Grundlage industrieller Höchstleistung. Von Prof. Dr.-Ing. **W. Müller**, Regierungsbaurat a. D. Mit 45 Abbildungen auf Tafeln. VI, 214 Seiten. 1926. RM 7.20; gebunden RM 8.40

Volkswirtschaftliches Wörterbuch. Von Dr. **Hereward T. Price**. Erster Teil: **Englisch-Deutsch**. IX, 220 Seiten. 1926. Gebunden RM 9.60
Zweiter Teil: **Deutsch-Englisch**. In Vorbereitung

Das Wörterbuch umfaßt die gesamte moderne englisch-amerikanische volks- und finanzwirtschaftliche Terminologie, die in allgemeinen Wörterbüchern nicht enthalten ist. — Auch guten Kennern der Sprache wird das Buch bei der Lektüre von Handels- und Bilanzberichten, statistischen Arbeiten, theoretischen oder praktischen wirtschafts- und sozialpolitischen Abhandlungen usw. gute Dienste leisten.

Wirtschaftswissenschaftliche Leitfäden

Erster Band: Angebot und Nachfrage. Von **Hubert D. Henderson, M. A.**, Dozent für Volkswirtschaftslehre an der Universität Cambridge. Mit einem Vorwort von **J. M. Keynes**. Deutsch herausgegeben von **Dr. Melchior Palnyi**, Privatdozent an der Handelshochschule Berlin. Mit 2 Abbildungen. VII, 155 Seiten. 1924. RM 3.90

Zweiter Band: Das Geld. Von **D. S. Robertson, M. A.**, Dozent am Trinity College Cambridge. Deutsch herausgegeben von **Dr. Melchior Palnyi**, Privatdozent an der Handelshochschule Berlin. VII, 149 Seiten. 1924. RM 3.90

Aus dem Inhalt: Licht- und Schattenseiten des Geldes. — Der Wert des Geldes. — Die Geldmenge. — Bankgeld und Preisniveau. — Der Krieg und das Preisniveau. — Stabiler und veränderlicher Wertmaßstab. — Die Wechselkurse. — Die aktuellen Fragen der Währungspolitik.

Dritter Band: Produktion. Von **D. S. Robertson, M. A.**, Dozent am Trinity College Cambridge. Deutsch herausgegeben von **Dr. Melchior Palnyi**, Privatdozent an der Handelshochschule Berlin. V, 148 Seiten. 1924. RM 3.90

Aus dem Inhalt: Einleitung. — Der Großbetrieb. — Einige Entwicklungstendenzen des Großbetriebs. — Die Organisation des Handels. — Die Finanzierung der Produktion. — Das Finanzkapital in der Industrie. — Die kapitalistische Produktionsordnung. — Die Produktion und die Konsumenten. — Kollektivismus und Kommunismus. — Die Arbeiter im Besitz der Produktionsmittel. — Gemeinschaftliche Produktionsleitung.

Vierter Band: Bevölkerung. Von **Sarald Wright, M. A.**, Cambridge. Deutsch herausgegeben von **Dr. Melchior Palnyi**, Privatdozent an der Handelshochschule Berlin. Mit einem Vorwort von **J. M. Keynes**. VIII, 150 Seiten. 1924. RM 3.90

Fünfter Band: Einführung in die Finanzwissenschaft. Von **Hugh Dalton, M. A., D. Sc.**, Dozent an der Universität London, Mitglied des Englischen Unterhauses. Deutsch mit Anmerkungen von **Dr. Hans Meißner**, Berlin. XII, 182 Seiten. 1926. RM 4.80

Aus dem Inhalt: Vom Wesen des öffentlichen Haushalts. Haupt-einteilung der Materie. — Der Grundsatz des größten gesellschaftlichen Nutzens. — Öffentliche und private Finanzen. — Die Quellen des öffentlichen Einkommens. — Die Einteilung der Steuern. — Über einige Merkmale eines guten Steuer-systems. — Die Steuerabwälzung. — Die Verteilung der Steuerlast und die Forderung der Gerechtigkeit. — Der Einfluß der Besteuerung auf die Produktion. — Der Einfluß der Besteuerung auf die Einkommensverteilung. — Einige andere Steuerwirkungen. — Das Steuersystem vom ökonomischen Standpunkt. — Einnahmen aus öffentlichem Eigentum und öffentlichen Betrieben. — Einnahmen aus der Notenpresse. — Gegenstand und Einteilung der öffentlichen Ausgaben. — Unentgeltliche und entgeltliche Leistungen. — Die Wirkungen der öffentlichen Ausgaben auf die Produktion. — Die Wirkungen öffentlicher Ausgaben auf die Einkommensverteilung. — Einige andere Wirkungen öffentlicher Ausgaben. — Der Charakter der Schuldenlast. — Die Rückzahlung öffentlicher Schulden.

Weltwirtschaft und Wirtschaftspolitik in Einzeldarstellungen.

Band I: Die Deflation und ihre Praxis in England, Vereinigten Staaten, Frankreich und Tschechoslowakei. Von **Charles Rist**, Professor an der Faculté de Droit in Paris. Mit 3 Kurven. VI, 128 Seiten. 1925. RM 6.60

Aus dem Inhalt: Was versteht man unter Deflation? — Die englische Methode. — Die Deflation in den Vereinigten Staaten. — Die Deflation in Frankreich. — Die Deflation in der Tschechoslowakei. — Schlußbetrachtungen: Wirtschaftliche Beziehungen zwischen dem Gleichgewicht des Budgets und der Besserung des Wechselkurses.